

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1815 bis 1848

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

Fünfter Abschnitt: Der Sieg der Regierungsgewalten (1832-1840)

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6465

vers in die benachbarten Staaten tragen zu können. Aber auch ihr Triumph dauerte kaum acht Tage. Am 16. Januar rückte General vom Busche mit bedeutenden Truppenmassen heran und erzwang die Übergabe der Stadt. Die meisten Häupter des Aufstandes waren so glücklich sich retten zu können.

Die Verfassung
von 1833.

Auch jetzt aber kehrte die Ruhe keineswegs ins Land zurück; nur wirkte man weniger durch Aufläufe und Zusammenrottungen als durch Adressen an den König. Und damit erreichte man mehr, da Wilhelm IV. gemäßigten Neuerungen ganz geneigt war. Graf Münster nahm noch im Februar 1831 seine Entlassung, der zum Vizekönig erhobene Herzog von Cambridge setzte einige Steuern herab und berief die Stände zum 7. März. Diese hatten teils durch Neuwahlen, teils durch den Einfluß der liberalen Strömung des Jahres 1830 eine freisinnigere Färbung erhalten, als ihnen vorher eigen gewesen, aber gemäßigt und versöhnlich waren sie auch so noch. Eine Kommission von 21 Mitgliedern entwarf unter Dahlmanns Einfluß im Sommer 1831 eine neue Verfassung, welcher die Regierung zustimmte. Dennoch bedurfte es noch langer Verhandlungen, ehe der Entwurf Gesetz werden konnte. Denn die Reaktion, welche nach dem Erliegen der polnischen Revolution durch ganz Europa ihren Rundzug begann, ermutigte auch den hannoverschen Adel zu zähem Widerstande und erst am 26. September 1833 konnte die überdies mannigfach verstümmelte neue Verfassung verkündet werden.

Preußen und der Zollverein.

In den übrigen norddeutschen Staaten fehlte es wohl auch nicht an Volksbewegungen, aber sie beschränkten sich meist auf lärmende Vorgänge in den Septembertagen. Hier und da wurden kleine Verbesserungen seitens der Regierung zugesagt und durchgeführt, aber sie änderten nichts an dem politischen Gesamtzustande der einzelnen Staaten. Auch nach Preußen hinein erstreckten sich die Unruhen. Wie Hessen, Braunschweig, Sachsen, Thüringen, Hannover, Hamburg, Mecklenburg, so sahen auch Berlin, Breslau und einige Städte der Rheinprovinz ihre Septemberaufläufe, die jedoch ohne Mühe unterdrückt wurden. Allerdings lebte der Wunsch nach einer reichsständischen Verfassung unvermindert fort und tauchte unter diesen Umständen mit etwas größerem Nachdruck wieder auf. Man sprach davon, Wilhelm von Humboldt, der wieder in den Staatsrat berufen wurde, sei mit einem Verfassungsentwurfe betraut; die westfälischen Provinzialstände beantragten 1831 die Einführung von Reichsständen; aber zu weiteren Anstrengungen raffte man sich nicht auf. Zum guten Teil lag der Grund dafür in der Rücksicht auf den alternden König, von dem man keine großen Änderungen mehr glaubte erwarten zu dürfen, und den zu drängen eine achtungswerte Anhänglichkeit verbot. Niemand getraute sich recht, den alten Herrn an sein Versprechen von 1815 zu erinnern; sein ganzes

Die Ver-
fassungstrage.

Wesen, so ließ selbst ein Herwegh noch 1843 drucken, war zu sehr mit dem Bewußtsein des Volkes verwachsen, Volk und König waren zusammen eine zu lange Schule der Leiden und Freuden durchgegangen, als daß man nicht vor dem besten Willen des Herrschers hätte überzeugt sein sollen: Ein kindliches Verhältnis, das schöne Band des Vertrauens fesselte beide aneinander. Allein dieses Vertrauen würde doch kaum ausgereicht haben, wenn nicht im allgemeinen die Zustände so tüchtig und gesund gewesen wären. Die auswärtige Politik war freilich auch jetzt nichts weniger als glänzend; aber von jener schwachmütigen Abhängigkeit von Oesterreich, die ihn beim Antritt seines Ministeriums beherrscht hatte, war Bernstorff, der noch immer am Ruder saß, doch frei geworden. Preußen eine Macht dritten Ranges zu nennen, wie zu Anfang der zwanziger Jahre, wäre niemandem mehr eingefallen. In den Zollvereinsverhandlungen hatte es schon glänzende Erfolge errungen, und weitere waren in sicherer Vorbereitung. Auch in der großen europäischen Politik spielte es eine nicht unrühmliche Rolle. Daß unter seiner Vermittelung der Friede von Adrianopel zustande gekommen war, erwarb ihm Anspruch auf den Dank nicht bloß der Kriegführenden, sondern aller Friedensfreunde. In der Anerkennung Louis Philipps war es den Kabinetten von Wien und Petersburg vorangegangen; entschlossen und gerüstet einen etwaigen französischen Angriff zurückzuweisen, lehnte Friedrich Wilhelm doch den Vorschlag Metternichs ab eine Ministerkonferenz in Berlin abzuhalten um dort Maßregeln zu beraten für den Fall, daß die Franzosen die Ruhe der Nachbarstaaten bedrohten; nicht mit Unrecht meinte er, daß ein solcher Schritt wie eine Herausforderung wirken würde. Auch daß die belgische Revolution nicht zu einem europäischen Brande ausartete, wurde mit Recht Preußens Könige gutgeschrieben, der bei sich selbst die Neigung überwand den Draniern Hilfe zu bringen und sich mit Eifer bei Nikolaus für den Frieden verwendete. Zeitweilig übte diese friedliche und doch feste Politik eine starke Anziehungskraft selbst auf Bayern und Württemberg aus und versprach Preußen beim Ausbruch eines Krieges die führende Stellung zu verschaffen. Die beiden süddeutschen Könige waren sich der Gefahr, die gerade ihren Staaten von Frankreich drohte, sehr wohl bewußt; rheinbündlerische Lockungen prallten an ihnen, deren Patriotismus sich schon in den Tagen Napoleons so unzweideutig bewährt hatte, vollkommen ab; gegen Metternich nährten sie beide seit lange heftigen Groll und überdies wußten sie, daß es trotz aller großen Worte mit der österreichischen Armee nur dürftig bestellt war. Besonders als im Februar 1831 die österreichische Einmischung in Italien die Möglichkeit nahe rückte, daß Deutschland wegen undeutscher Interessen in den Krieg verwickelt werden könnte, lag es nahe den engsten Anschluß an Preußen zu suchen. Und dieses kam dem Bedürfnis bereitwillig entgegen. Da der General Röder, der die Aufgabe hatte mit Oesterreich eine Verständigung herbeizuführen, sein Ziel nicht erreichen konnte, wurde ohne dessen Rückkunft abzu-

Die auswärtige
Politik.

Militärische
Verhand-
lungen.

Gegensatz zu
Österreich.

Umschwung in
Berlin.

warten der General Rühle von Lilienstern an die süddeutschen Höfe geschickt und hier sehr günstig aufgenommen. Der Grundgedanke der Verhandlungen war der einer engeren Verbindung mit Preußen um nicht von Österreich ins Schlepptau genommen zu werden; man wollte die Wahl eines Bundesoberfeldherrn, wozu Österreich damals den Erzherzog Karl ausersehen hatte, vereiteln, an die Spitze der süddeutschen Armeen den König von Württemberg stellen, die norddeutschen Kontingente Preußen überweisen, und um mit diesem gemeinsam operieren zu können die süddeutschen Truppen auf Würzburg und Mainz konzentrieren. Österreich ließ es nicht an Bemühungen fehlen diese Absichten zu durchkreuzen. Im April mußte der Graf Schönburg als außerordentlicher Gesandter die größten Zusicherungen machen und die einzelnen Höfe zur Entsendung von vertrauten Offizieren nach Wien einladen. Allein überall wurde diese Aufforderung abgelehnt, von Bayern mit dem Zusatz, man sei so eng mit Preußen verbunden, daß dieses etwaige Verhandlungen mit Österreich auch in Bayerns Namen führen werde. Umsomehr suchte nun Metternich am Berliner Hofe wieder Fuß zu fassen. Die Bestrebungen Preußens an die Spitze eines engeren Bundes zu bringen erfreuten sich dort einflußreicher Fürsprecher. Empfahl doch des Königs Schwager, Herzog Karl von Mecklenburg, geradezu den Ausschluß Österreichs aus dem Bunde und die Übernahme der diplomatischen Leitung durch Preußen, dem zwei andere, jährlich wechselnde Fürsten beizuordnen wären. Die Staatsmänner, die den Zollverein geschaffen, viele hervorragende Offiziere wie des Königs Generaladjutant von Witzleben, auch Bernstorff als Minister des Auswärtigen wirkten in derselben Richtung, obgleich der letztere doch mehr zurückhielt als antrieb. Indes als er krankheitsshalber im April 1831 um Entlastung bitten mußte und nun Ancillon, der Bewunderer Metternichs, ihm zur Seite trat, wurde das Nachteilige dieses Wechsels bald fühlbar; den völligen Umschwung der preußischen Politik erreichte Metternich durch Umstimmung des Königs, als dieser, von Wittgenstein begleitet, im August sich in Teplitz befand. Obgleich die Kriegsgefahr gerade jetzt wieder brennend wurde, ließ der König die schon beschlossenen Militärkonferenzen mit den Südstaaten fallen und statt dessen mit dem nach Berlin gesandten General Clam-Martiniß Verhandlungen führen, die obendrein bald in die Hände des österreichischgesinnten Generaladjutanten v. d. Kneesebeck gelegt wurden. Von diesem Augenblicke an hatte Metternich gewonnenes Spiel; die Vorstellungen der Gegner, z. B. Witzlebens, wurden vom König schroff zurückgewiesen; Bernstorff erhielt von den wichtigsten Akten gar keine Mitteilung und bat im März 1832, tief gekränkt, ihn von der Teilnahme an diesen Verhandlungen völlig zu entbinden. Nicht allein das wurde ihm gewährt, sondern zwei Monate später auch die völlige Entlassung. Wenige Tage darauf erging an Bayern und Württemberg, bald auch an Hannover und Sachsen die Einladung Offiziere nach Berlin zu schicken um mit dem Grafen Clam und mit Kneesebeck die militärische

Org
Pre
sich
die
erna
meer
Bun
rend
900
ware
Pre
weise
risch
im
die
durd
betro
und
bis
doch
mild
goge
aber
ihner
schlü
anste
mehr
finan
ihrer
neue
Alter
stand
Süv
1825
Sch
in P
gewi
gung
doch
Nur
wurd
zu er
evan
Leber
Der

Organisation in einem Kriege mit Frankreich zu beraten. Dafür daß Preußen die Idee der engeren Vereinigung preisgegeben hatte, erwies sich Oesterreich in den militärischen Fragen nachgiebig; es ließ seinerseits die Forderung des Bundesgesetzes von 1821, daß ein Bundesfeldherr ernannt werden solle, fallen und willigte in die Aufstellung dreier Armeen, von denen die des linken Flügels zwei preußische und das zehnte Bundeskorps, die des rechten 150 000 Oesterreicher umfassen sollte, während dem Centrum das siebente, achte und neunte Bundeskorps und 90 000 Preußen zugewiesen wurden. Für die Sicherung Deutschlands waren diese Abmachungen nicht zu unterschätzen und auch die Stellung Preußens war dadurch im Vergleich zu dem Bundesgesetz von 1821 wesentlich gehoben; aber diejenigen Hoffnungen freilich, die auf militärischem Gebiet eine ähnliche Verbindung wie auf dem wirtschaftlichen im Auge gehabt hatten, waren damit gründlich vereitelt und überdies die engste Anlehnung der preußischen Politik an die österreichische dadurch von neuem gewährleistet. Was die inneren Zustände des Landes Polizeiwesen. betraf, so war das traurige Polizeiregiment, welches die Schuckmann und Kampf zur Zeit der Demagogenverfolgungen eingeführt, zwar nicht bis zur Wurzel ausgerottet, aber der hämische, kleinliche Charakter war doch geschwunden und nach und nach manches Unrecht gesühnt oder gemildert worden. In nicht geringer Zahl bekleideten ehemalige Demagogen öffentliche Ämter, die Zensur wurde häufig zwar mit Ungeschick, aber doch ohne berechnete Mißgunst gehandhabt, die Universitäten, unter Unterricht. ihnen das 1818 gegründete Bonn, entfalteten trotz der Karlsbader Beschlüsse eine fruchtbare und segensreiche Thätigkeit. Die höheren Lehranstalten wurden mit allseitigem Eifer gepflegt, ihre Zahl beständig vermehrt; auch für den Volksunterricht geschah viel und Großes. Die finanzielle Lage der Lehrer wurde nach Kräften gebessert; zur Förderung ihrer Bildung gründete der König seit den Freiheitskriegen etwa zwanzig neue Seminare. Die Seele des Unterrichtswezens war der Minister Altenstein, der seit 1817 dem Neubegründeten Kultusministerium vorstand; unter ihm arbeiteten hochverdiente Männer, wie Joh. Schulze, Süvern, Nicolovius. Die Trennung der Schule von der Kirche machte 1825 einen großen Fortschritt durch die Abzweigung eigener Provinzial-Schulkollegien von den Konsistorien. In religiöser Beziehung herrschte in Preußen eine Freiheit, die in späteren Jahren oft sehnsüchtig zurückgewünscht wurde. Allerdings griff der König, seinen theologischen Neigungen folgend, auf diesem Gebiete gern persönlich ein; aber es war doch sein leitender Grundsatz, daß er empfehlen und nicht befehlen wolle. Nur in bezug auf die Union der beiden evangelischen Landeskirchen wurde er diesem Grundsatz manchmal untreu und suchte durch Zwang zu erreichen, was nur die Frucht freier Überzeugung sein durfte. Diese Die evangelische Union. evangelische Union, die er 1817 zum Jubelfeste der Reformation ins Leben gerufen hatte, betrachtete er mit Recht als sein eigenstes Werk. Der Unterschied zwischen der lutherischen und der reformierten Kirche

war längst so völlig dem Bewußtsein der großen Mehrzahl auf beiden Seiten entschwunden, daß der König glaubte, es bedürfe nur des äußeren Anstoßes um auch die trennenden Formen zu beseitigen und das, was aus einer Wurzel entsprungen war, auch wieder als einen Organismus herzustellen. Eine Kabinettsordre vom 27. September 1817 legte deshalb den geistlichen Behörden dringend den Wunsch ans Herz die Vereinigung beider Bekenntnisse zu fördern. Zwang sollte nirgends geübt, bestehende Rechte nirgends gekränkt werden; aber aus der Freiheit eigener Überzeugung, aus der Einigkeit der Herzen, so hoffte der Monarch, werde die neue Lebensform sich kräftig und gesund entwickeln. In Berlin fand die Anregung lebhaften Beifall; am Vortage der Reformationsfeier genossen 63 Geistliche, die Mitglieder der theologischen Fakultät, des Konsistoriums, der Gymnasialkollegien, des Magistrates und viele königliche und städtische Beamte das Abendmahl nach den Einsetzungsworten Christi als Genossen Einer evangelischen Kirche; am Festtage selbst that der König mit seiner Familie in Potsdam das Gleiche und durch die ganze Monarchie und darüber hinaus fand der Vorgang Nachfolge. Der Widerspruch blieb freilich auch nicht aus; zum Mittelpunkte der Gegner wurde der Holsteiner Claus Harms, der in seinen 95 Thesen schroffes Festhalten am strengen Luthertume predigte und dem es auch in Preußen nicht an Anhang fehlte. Aber da es den Widerstrebenden unbenommen blieb ihrer Überzeugung zu folgen und in den ersten Zeiten keine Zwangsmaßregeln ihnen ein billiges Martyrium verschafften, so vereitelte ihre Weigerung nicht das kräftige Aufblühen der Union, und erst späteren Tagen war es vorbehalten das zeitgemäße Werk wieder zu untergraben. Erfreut durch den guten Erfolg dieses ersten Schrittes unternahm nun aber Friedrich Wilhelm einen zweiten, bei dem er weniger im Einklang mit dem Zeitbewußtsein stand. Um den evangelischen Gottesdienst reicher und poetischer zu gestalten arbeitete er eine Liturgie aus, die sich vorzugsweise an die alte luthersche Messe hielt und besonders durch die Einführung des Chors der Gewöhnung der Reformierten widersprach. Schon 1816 hatte er dieses sein Werk in den Garnisonkirchen eingeführt, nach mancherlei Änderungen empfahl er es 1821 allen evangelischen Gemeinden; aber fast überall stieß er auf das Gefühl, daß es den Hauptbestandteil des protestantischen Gottesdienstes, die Predigt, zu sehr beeinträchtigte; nur der sechzehnte Teil der Geistlichen wollte es annehmen. Das verdroß den König, und wenn er auch nicht so weit ging die Widerspenstigen zu zwingen, so nahmen seine Empfehlungen doch häufig genug Gestalten an, welche die Zustimmung nicht mehr als freien Entschluß erscheinen ließen. Vollends als bis zum Jahre 1824 zwei Drittel der Geistlichen sich dem Gebrauche gefügt hatten, ergriff er eine Maßregel, deren sittliche Zulässigkeit die ernstesten Bedenken erregte. Er ließ den Widerstrebenden nur die Wahl zwischen der neuen Liturgie und der ursprünglichen strengen Form jener Agenden, die sie nach jahrelangem Brauch

Die neue
Agende.

in f
wel
unb
unt
die
kon
der
gabe
und
mach
durc
erwi
nalis
sterb
Jah
auch
ihr
lisch
alter
leug
Reit
die
tisch
ein
nalis
am
lich
leiter
Selb
ihne
deru
relig
Mor
sione
insof
abge

Halt
etwa
nicht
stellu

Auff
dehn
darn

in freierer Gestalt zu verwenden gewohnt waren; diese freiere Gestalt, welche hervorgerufen war durch freiere dogmatische Ansichten, verbot er unbedingt. Diese Maßregel hatte den erwünschten Erfolg, zumal sie unterstützt wurde durch eine kürzere Form der königlichen Liturgie, welche die Furcht vor einem übermäßigen Zurückdrängen der Predigt beseitigen konnte. Selbst die zwölf Berliner Geistlichen, welche, Schleiermacher an der Spitze, gegen den königlichen Eingriff Verwahrung eingelegt hatten, gaben 1829 nach fünfjährigem Kampfe unter einigen Vorbehalten nach, und der König hatte einen Sieg gewonnen, der ihm große Freude machte. Wenn aber die strenggläubige Partei in der Kirche meinte, dadurch sei eine feste Grundlage für ihre Alleinherrschaft gewonnen, so erwies sich das als ein Irrtum. Nicht zufrieden damit, daß der Rationalismus mit seinem vernunftgläubigen Christentum sichtlich im Aussterben war — und von der neuen kritischen Schule, die in den dreißiger Jahren auftrat, war jetzt noch keine Rede —, daß ihre Richtung also auch ohne Gewaltanwendung die herrschende werden mußte, unternahm ihr Haupt, Hengstenberg, der Herausgeber der neugegründeten evangelischen Kirchenzeitung, den Versuch durch Angebereien die Führer der alten Rationalisten, Gesenius und Wegscheider in Halle, als Christusleugner von ihren Lehrstühlen zu verdrängen. Allein auch aus den Reihen altgläubiger Theologen wurde dagegen Einspruch erhoben und die Lehrfreiheit, die Grundbedingung für die Wirksamkeit jedes protestantischen Bekenntnisses, blieb in Preußen unangetastet. Bei uns, so konnte ein Preuße mit Stolz schreiben, lehren orthodoxe Theologen neben Rationalisten, und jeder Christ kann sich den zum Lehrer wählen, der ihm am besten gefällt. Einige Jahre später, 1834, ließ sich der König freilich zu bedauerlichen Schritten gegen die strengen Altlutheraner verleiten, die besonders in Schlesien die Union zu verwerfen fortführen. Selbst die bewaffnete Macht wurde gegen sie aufgeboten, die Kirchen ihnen genommen, manche Geistliche verhaftet; nicht einmal die Absonderung von der Landeskirche und die Begründung einer selbständigen religiösen Gemeinschaft wurde den Sektierern gestattet, und wenn der Monarch dagegen die Gültigkeit der Bekenntnisschriften beider Konfessionen innerhalb der Union anerkannte, so war auch das ein Rückschritt, insofern die Bekenntnisunion dadurch zu einer bloßen Kultusunion herabgedrückt wurde.

Auch der katholischen Kirche gegenüber bewahrte der König eine Haltung, welche der religiösen Freiheit ihr Recht ließ ohne dem Staate etwas zu vergeben. Trotzdem blieb ihm ein heftiger Kampf mit Rom nicht erspart, der sich schon in diesen Jahren vorbereitete, dessen Darstellung uns aber erst später beschäftigen kann.

Auf dem Gebiete der materiellen Interessen, die in beständigem Aufschwung begriffen waren, blieb die gewichtigste Förderung die Ausdehnung des Zollvereins. Mit dem Eintritt Kurhessens in den preußisch-darmstädtischen Bund war das Eis gebrochen und von den verschiedensten

Orthodoxie
und Rationalismus.

Der Zollverein.

Seiten, von Bayern-Württemberg, von den thüringischen Kleinstaaten, ja selbst von Sachsen, wo der alte Preußenhaß in dem Prinzen-Mitregenten ein erfreuliches Gegengewicht fand, ergingen nach Berlin Gesuche wegen des Eintritts in den Zollverein. Getreu dem Grundsatz, der sich bisher so gut bewährt hatte, nahm Preußen dieselben zwar freundlich entgegen, weigerte sich aber durchaus in gemeinsame Verhandlungen mit allen oder mit mehreren zugleich zu treten; die thüringischen Länder mußten sich erst untereinander zu einem Handelsbunde zusammenthun, ehe ihre Aufnahme in den Verein stattfand. Die größte Bedeutung beanspruchte natürlich der Zutritt des Südbundes, schon deshalb weil man in München und Stuttgart Forderungen stellte, welche die Festigkeit des bisherigen Bundes wesentlich lockern mußten. An und für sich brachte ja schon jedes stimmberechtigte Mitglied, das in den Verein aufgenommen wurde, eine Schwächung des preußischen Einflusses zuwege, da bei der völligen Gleichberechtigung aller und vornehmlich bei dem Einspruchsrechte in Tariffragen, das jedem zustand, die Durchführung von Änderungen, die man in Berlin für zweckdienlich erachtete, nun an so viel Orten und gegen so viel verschiedene Meinungen mehr verteidigt werden mußte. Überdies aber forderten die Königreiche, aus Furcht ihrer Souveränität etwas zu vergeben, auch bei allen Handelsverträgen mit befragt zu werden, während bisher die Entscheidung darüber in fast allen Fällen Preußen allein zustand. Noch ein anderer Grundsatz, den man in Berlin mit Recht für sehr wichtig hielt, sollte aufgeopfert werden: die wesentliche Gleichheit der inneren Verbrauchssteuern in allen Vereinsländern. Diese sogleich zu erzielen war in der That durchaus nicht angänglich; denn Bayern bezog aus der Besteuerung des Bieres eine siebenmal größere Summe von jedem seiner Unterthanen als Preußen, jenes 21, dieses nur 3 Silbergroschen. In diesem Punkte mußte man also in Berlin wohl oder übel zurückweichen und sich mit Ausgleichsabgaben begnügen. Die Schwierigkeit der Verhandlungen, die im Dezember 1831 begannen, wurde aber dadurch noch vergrößert, daß die süddeutschen Staaten untergeordnete Beamte nach Berlin sandten, die jeden Augenblick um neue Weisungen bitten mußten und deren einer, der Württemberger Moritz Mohl, überdies ein Gegner der Verständigung war und seinem Lande aus dem Eintritt in den Zollverein den sicheren Untergang prophezeite. Daß Preußen für sich bei seinem größeren Verbrauche von zollpflichtigen Waren einen größeren Anteil an dem Ertrage verlangte als der Kopfzahl entsprach, setzte die Süddeutschen gar sehr in Staunen und Entrüstung; meinten sie doch, daß man bei ihnen viel mehr verzehre und sie also ihrerseits ein Präcipuum fordern dürften. Kurz, es kam zu keiner Einigung, und vom Mai bis Ende 1832 ruhten auch die Verhandlungen. König Ludwig war es, der den Anstoß gab sie wieder zu erneuern, denn ihm lag die Zolleinigung wirklich am Herzen. Ein wenig mochte dazu wohl auch die Besorgnis beitragen, daß Preußen sonst auf eigene Hand den thüringischen Staaten, die seit

Verhandlungen mit Bayern und Württemberg.

dem Januar 1832 die Aufnahme eifrig erbat, diese Bitte gewähren könnte; geschehe das aber, so meinte man in Bayern und Württemberg, dann sei der Süden auf Gnade und Ungnade dem Belieben Preußens überliefert. Nun hatte man bis dahin in Berlin die Verhandlungen mit den Thüringern hinausgeschoben um den Argwohn der Königreiche nicht zu reizen; allgemach aber verlor man die Geduld und am 7. Dezember waren Besprechungen eröffnet worden. Dieser Wink wurde von König Ludwig verstanden und auf sein Drängen genehmigte der König von Württemberg, daß im Januar 1833 der bayerische Finanzminister Mieg als Bevollmächtigter beider Staaten nach Berlin ging. Er nahm dabei seinen Weg über Dresden um auch dort zu neuen Verhandlungen anzuspornen. Denn trotz zweimaliger Konferenzen, die der sächsische Finanzminister Beschau im Frühjahr 1831 und 1832 mit den preussischen Staatsmännern gepflogen hatte, war auch mit Sachsen noch keine Verständigung erzielt worden, da man die Schwierigkeiten, die aus der Bedeutung Leipzigs als Meßstadt hervorgingen, trotz des guten Willens auf beiden Seiten nicht auszugleichen vermochte. Allein der sächsische Minister war gern zu einem dritten Versuch bereit, wenn der Fortgang der Unterhandlungen mit Mieg Aussicht auf Erfolg darbierte. Und das war der Fall. Am 22. März 1833 wurde der Vertrag unterzeichnet, kraft dessen Bayern und Württemberg vom 1. Januar 1834 auf 8 Jahre dem Zollverein beitraten. Beiderseits verzichtete man auf das Präcipuum, das man ursprünglich gewünscht hatte; doch fürchtete Mieg so sehr eine Verminderung der bayerischen Einnahmen, daß er sich das Recht zu früherer Kündigung vorbehielt, wenn der bayerische Anteil an den Zöllen einen Ausfall von 10 Prozent gegen den bisherigen Rohertrag aufweisen sollte. Wie unnötig diese Vorsicht war, ergab sich bald; denn während die Verwaltungskosten gleich im ersten Jahre von 44 auf 16 Prozent sanken, so daß die Staatskasse eine Verminderung des bisherigen Rohertrags um 28 Prozent ohne Schädigung hätte ertragen können, stieg u. a. die Einnahme aus dem Kaffe Zoll gleich auf das Dreifache, und Preußen mußte während des nächsten Jahrzehnts durchschnittlich etwa zwei Millionen Thaler an Bayern herauszahlen. Sein eigener Anteil dagegen, der 1829 auf den Kopf über 25 Silbergroschen betragen hatte, sank für die Jahre 1834—39 im Durchschnitt auf 22 herab. Auch in anderen Punkten war es der größere Staat, der Opfer brachte. Bayern behielt seine Biersteuer und man begnügte sich ein Maximum für die Verbrauchssteuern und eine allmähliche Annäherung derselben zu verabreden; jeder Staat erhielt das Recht Handelsverträge abzuschließen; die Zollvereinskonferenzen sollten nicht ständig in Berlin, sondern an wechselnden Orten abgehalten werden; für Streitigkeiten wurde ein Schiedsrichter in Aussicht genommen; die gegenseitige Kontrolle der Grenzbewachung ward auf ein sehr geringes Maß herabgesetzt. Was Preußen unerschütterlich festhielt, war eigentlich nur sein Warentarif; doch erlangte es noch ein Zugeständnis, das Mieg auf

Verhandlungen mit Sachsen.

Abschluß mit Bayern und Württemberg.

eigene Gefahr einräumte: er versprach, daß die preußische Zollordnung im Süden sofort, und nicht erst mit dem 1. Januar 1834 eingeführt werden sollte.

Beitritt Sach-
sens.

Nach so glücklichem Ergebnis zögerte Sachsen nicht auch seinen Beitritt wieder zu beantragen, und schon am 30. März 1833 schloß Jenschau unter denselben Bedingungen wie Wieg ab. Diesem jedoch wurde sein Werk übel gedankt. König Ludwig war entrüstet, daß er seine Vollmacht überschritten und die alsbaldige Einführung der preußischen Zollordnung versprochen hatte. Er verweigerte seine Unterschrift und entthob den glücklichen Unterhändler seines Ministerpostens. Alles schien wieder in Frage gestellt; und wirklich wurde der königliche Zorn nur durch eine neue Nachgiebigkeit Preußens beschwichtigt. Eichhorn eilte selbst im Juli nach München und verzichtete auf jenes Zugeständnis. Mittlerweile waren im Mai auch die Verhandlungen mit den Thüringern beendet. Sie bildeten am 10. Mai einen thüringischen Zoll- und Handelsverein, dem auch Preußen und Kurhessen für ihre thüringischen Gebieteilchen sich anschlossen und der am nächsten Tage als Gesamtheit dem deutschen Zollverein beitrug. So fehlten denn am Neujahrstage 1834 außer dem Nordwesten nur Baden, Nassau und Frankfurt noch in dem großen Bunde; sonst war ganz Süd- und Mitteldeutschland mit Preußen verbunden; die große wirtschaftliche Einheit war des Namens eines „deutschen Zollvereins“ würdig. Auch die genannten drei Staaten und der Nordwesten durften als künftige Genossen des Bundes schon jetzt mit Sicherheit betrachtet werden; mit voller Ruhe konnte der neue Verein den Zeitpunkt abwarten, wo ihnen selbst das richtige Verständnis für ihr eigenes Bestes aufgehen würde.

Beitritt des
thüringischen
Handelsver-
eins.

Hannovers
Gegen-
bemühungen.

Vor der Hand freilich gehörten einige dieser Staaten zu den böseartigsten Gegnern. Besonders Hannover hatte keine Mühe gescheut um die neue Schöpfung in der Geburt zu vernichten. Als Keim des Verderbens erschien ihm mit Recht der Abfall Kurhessens vom mitteldeutschen Handelsverein. Ohne Zweifel war das ein Vertragsbruch und die übrigen Genossen waren befugt sich deshalb beschwerend an den Bund zu wenden. Wenn Bayern, Württemberg, Sachsen, die thüringischen Staaten mit Preußen und seinen Zollverbündeten zusammengingen, ließ sich dadurch natürlich kein Erfolg erzielen; aber als im Mai 1832, wie vorhin erzählt wurde, die Verhandlungen in Berlin ergebnislos abgebrochen wurden, beeilte sich Hannover mit Braunschweig, Oldenburg, Nassau, Bremen und Frankfurt am Bundestage ein Austrägalgerichtsverfahren gegen Kurhessen zu verlangen und gewann eine Mehrheit dafür. Der Zeitpunkt war eben günstig gewählt; einige Monate später meinte selbst Metternich: wenn heute noch einmal abgestimmt würde, blieben wir in der Minderheit. Übrigens kam die Klage nicht zur Entscheidung; sie war durch Beschluß der Bundesversammlung Österreich überwiesen und blieb in den Akten des Wiener Gerichtshofs begraben, da Metternich den offenen Bruch mit Preußen scheute. Kein besseres

Schicksal hatte ein Antrag Hannovers auf Ausführung des Artikels 19 der Bundesakte. Es war ein aussichtsloser Versuch die gescheiterten Bemühungen von 1817 noch einmal aufzunehmen. Alles was Hannover selbst glaubte durchsetzen zu können, war die Verminderung der Durchfuhrzölle. Da konnte denn freilich Preußen mit Recht einwenden, was damit wohl erreicht werde? Die Zollschranken innerhalb Deutschlands, auf deren gänzliche Beseitigung es ja ankam, wären unverändert bestehen geblieben. Über so geringe Besserungen war man in den Zollvereinsstaaten jetzt doch hinweg. Das sagte denn auch der preußische Bundestagsgesandte von Nagler rund heraus in einer Denkschrift, die Metternich an Narrheit zu grenzen schien. Doch die Narrheit wurde von den meisten Bundesgenossen geteilt, und deshalb ward der hannoversche Antrag wohlweislich gar nicht zur Abstimmung gebracht. Dagegen verbanden sich Oldenburg, Braunschweig und Bückeburg in den Jahren 1834—37 mit Hannover zu einem Steuerverein, der eine Weile neben dem großen Zollverein ein selbständiges Dasein fristete. Diesem erwuchs 1835 und 1836 eine erwünschte Abrundung durch den Beitritt Badens, Nassaus und Frankfurts. In Baden kostete es Mühe den Widerstand der Liberalen zu überwinden. Wie diese 1833 in Württemberg eifrig gegen den Anschluß gewirkt hatten, so daß Männer wie Uhland, Kömer, ja selbst Pfizer gegen den Vertrag stimmten, so waren sie auch in Baden grimmige Gegner des Zollvereins, dessen Strudel, wie Kotteck prophezeite, alles in den Abgrund des Absolutismus reißen werde. Doch waren sie einerseits schon halb gebunden, weil sie 1831, um dem Anschluß an den bayerisch-württembergischen Bund zu entgehen, der Regierung die Vollmacht erteilt hatten über einen gesamtdeutschen Zollverein zu verhandeln; andererseits vertraten Männer wie Nebenius, Rau, Mathy, der Fürst Löwenstein-Werthheim in der Presse und in den Kammern den Vertrag vom 12. Mai 1835 so nachdrücklich, daß er in der ersten Kammer einstimmig, in der zweiten mit 40 gegen 22 Stimmen angenommen wurde. Nassau und Frankfurt hatten sich den Eintritt dadurch unmöglich zu machen gesucht, daß sie Handelsverträge schlossen: Nassau auf fünf Jahre mit Frankreich, Frankfurt auf zehn Jahre mit England. Nassau gestand darin den französischen Weinen und Seidenwaren einen bestimmten, nicht zu erhöhenden Zollsatz zu, der geringer war als der preußische, Frankfurt verpflichtete sich keinen dritten Staat vor England in Zollsachen zu begünstigen. Da die französischen Kammern nicht die Zeit gefunden hatten den Vertrag zu beraten, so war er einstweilen durch königliche Ordonnanz in Kraft gesetzt; übrigens war die Zustimmung der Kammern ganz zweifellos. Als nun aber der Herzog von Nassau sich bekehrte und einsah, daß er dem Zollverein nicht ohne schweren Schaden fern bleiben könne, hängt er sich an jenen Formfehler und erklärte im Juli 1834 den Vertrag für hinfällig. Mit Recht sahen die Franzosen in dieser Spitzfindigkeit einen Treubruch, und mit diesem Vorwurf beladen mußte der Herzog in Berlin um Aufnahme nachsuchen.

Der Steuer-
verein.Eintritt Ba-
dens in den
Zollverein.Nassau und
Frankfurt.

Der Frankfurter Senat verfuhr ehrlicher und bat England um Aufhebung des übereilten Vertrages, die ihm denn auch gewährt wurde und ihm ermöglichte am 2. Januar 1836 dem Zollverein beizutreten, der nun ein Gebiet von 8253 Quadratmeilen mit 25 Millionen Einwohnern umschloß. Seine Grenzlinie betrug 1064 Meilen, neun weniger als Preußen allein 1819 zu bewachen gehabt hatte.

Politische Bedeutung des Zollvereins.

Wie Keulenschläge wurden diese Triumphe Preußens von allen seinen Gegnern empfunden. Man fühlte, daß dies nur der Anfang sei und daß größeres folgen werde. Jeder malte sich das Schreckliche, das im Schoße der Zukunft ruhte, in seiner Weise aus. Während die Liberalen mit geheimem Grauen eine Herrschaft des zügellosesten Absolutismus kommen sahen, erblickten die österreichisch Gesinnten mit schärferem Auge darin den Anfang zur Zertrümmerung des Bundes, den Hauptnagel zu dessen Sarge, wie der badische Gesandte Blittersdorf schon 1833 klagte. Fortan werde Oesterreich nur noch die formelle Leitung haben, die wirkliche Führerschaft besitze Preußen; die einzige Möglichkeit, noch einmal Leben in den Bund zu bringen bestehe vielleicht darin, daß Oesterreich sich mit einem bloßen Schutz- und Trugbündnis begnüge und Preußen auch rechtlich an die Spitze Deutschlands trete. Diese schlimmste Folgerung zu ziehen mochte sich Metternich freilich noch nicht überwinden. Er hatte die ganze Zollvereinsbewegung unterschätzt; zwar waren seine Diplomaten überall und besonders in München dem Anschluß entgegengetreten, aber doch nur mit Abmahnungen und Scheinversprechen, nie mit wirklich annehmbaren Gegengeboten. So waren ihre Bemühungen eitel geblieben, und das große Werk stand zu Metternichs Schreck und Verdruß plötzlich fertig da. Von den 17 Stimmen des Bundestages, so berechnete er in einer Denkschrift vom 24. Juni 1833, seien nur noch sieben völlig unabhängig von dem preußischen Verein; Oesterreichs Einfluß sei schon jetzt schwer geschädigt und auf die Länge würden seine Beziehungen zu den anderen Bundesstaaten erst erschlaffen und endlich ganz abreißen. Aber ein wirksames Gegenmittel fand er auch jetzt nicht; denn offen mit Preußen zu brechen, das liege nicht in den Absichten und nicht in der Politik Oesterreichs. So begnügte er sich denn insgeheim zu hegen, die Zollvereinsgenossen argwöhnisch gegen Preußen zu machen und sich damit zu trösten, daß der Beitritt so vieler Staaten am Ende den Verein von selbst sprengen werde. An Eifersüchteleien fehlte es auch gewiß nicht. Obgleich man die Rechtlichkeit und Offenheit, mit der Preußen verfuhr, rückhaltlos anerkennen mußte, so hegte man doch große Angst vor seinen geheimen Zielen und vor der Gefahr drückender Abhängigkeit; der entgegenzuwirken waren die bayerischen Staatsmänner vornehmlich beflissen, und ein enges Zusammenstehen mit Württemberg, Sachsen, Baden erschien ihnen als dienlichste Waffe. Auf preußischer Seite suchte man dieses Mißtrauen dadurch zu bekämpfen, daß man den Gedanken an die Führerschaft unbedingt zurückwies. Als Frankreich in einer Mitteilung nach Darmstadt mit

berechneter Arglosigkeit derselben wie einer selbstverständlichen Sache Erwähnung gethan hatte, erklärte Eichhorn feierlich: diese Führerrolle, die man uns in den Tuilerien zuschreibt, nehmen wir nicht an; nicht Preußen hat den Zollverein gegründet; er entstand ganz natürlich aus dem übereinstimmenden Willen aller beteiligten Souveräne. Man freute sich in Berlin des thatsächlich gewonnenen Einflusses und vertraute der Wirkung der Zeit. Nicht durch gewaltfames Anstürmen wollte man seine Stellung kräftigen, sondern durch schrittweises, bedächtiges Vorgehen, das von der überzeugten Zustimmung der Bundesgenossen gefördert werde. Wenn Metternich die hannoversche Regierung belobte, weil sie in ihrer Feindschaft gegen Preußen einen so vorzüglich bundesfreundlichen Geist zeige, so hätte Preußen selbst ebendieses Lob mit größerem Rechte für sich in Anspruch nehmen können. Es war die Macht der Thatsachen und nicht die Frucht preußischer Zettelungen, wenn selbst ein so treuer Anhänger Metternichs wie der Herzog von Nassau betrübten Herzens Abschied nahm von dem österreichischen System, und wenn die hessischen Staatsmänner ihrem Großherzog erklärten, daß mit dem Beitritt zum Zollverein auch die Frage entschieden sei, auf wessen Seite Darmstadt bei einem etwaigen Kriege zwischen Oesterreich und Preußen zu stehen habe.

Süddeutschland und der Bundestag.

Wenn die preußischen Staatsmänner bei solchen Erfolgen nicht übermütig wurden, sondern sich nur umsomehr der rücksichtsvollsten Formen gegen ihre Bundesgenossen bedienten, so konnte man bei dem preußischen Volke eine gleiche diplomatische Berechnung nicht erwarten; vielmehr stärkten die Fortschritte des Zollvereins ebenso wie das Bewußtsein der großen Vorzüge, welche das eigene Staatswesen in Beziehung auf Verwaltung und allseitige Pflege der geistigen und materiellen Interessen vor anderen deutschen Staaten genoß, den berechtigten Stolz, der sich an die Großthaten der Freiheitskriege knüpfte, und nährte ein Gefühl der Überlegenheit, das den Süddeutschen um so anstößiger war, als bei ihnen dieselbe Überschätzung derjenigen Vorzüge herrschte, deren sie ihrerseits sich erfreuten, besonders ihrer konstitutionellen Staatsformen. Es widerstrebte ihren Empfindungen, daß ihr Süden, der an Naturkraft und Lebensfülle dem Norden so weit überlegen sei, jenem sich unterwerfen und seine Gesetze von den windigen Hungerleidern empfangen solle, die unaufhörlich mit ihren Thaten in den Befreiungskriegen prahlten, als ob sie damals allein gefochten und kein Jena vorausgegangen wäre. Ihnen schien in dem nordischen Wesen etwas Dürftiges, Dürres zu liegen, das den Gedanken ganz Deutschland in einen preußischen Militär- und Beamtenstaat verwandelt zu sehen so unbehaglich, ja peinlich machte, daß man das liberal regierte süddeutsche Musterreich schlimmsten Falls lieber selbst mit Anlehnung an Frankreich erstreben

Gegenatz zwischen Nord- und Süddeutschland.

wollte. Mit Stolz sahen sie auf ihre Länder, in welche sich die vor dem Todeshauch des Nordens fliehende deutsche Freiheit habe zurückziehen und wenigstens einige Lebenskeime habe retten können, in denen die eigentliche deutsche Geistesbildung allein noch fortbauere und mit der Zeit die überraschendsten Früchte tragen werde, deren geistige Auflehnung gegen die nordischen Anmaßungen eine, wenngleich schwache, Schutzwehr für deutsches Volksleben und Eigentümlichkeit bilde. Durfte man denn Preußen überhaupt für einen deutschen Staat gelten lassen? Steckte in dem alten steinernen bitteren Stockpreußentum nicht vielmehr in Wahrheit ein slavisches Element? Es giebt keinen reineren und schärferen Gegensatz des echt germanischen Wesens als das Preußentum, rief jener Uwe Vornsen aus, dessen oben gedacht wurde, ein Mann, der von Geburt ein Nordländer, doch aus tiefstem Herzen mit dem süddeutschen Liberalismus übereinstimmte; und darum, so fügte er hinzu, sei Preußen auch der Brennpunkt des Hasses aller Deutschen. Nur das wiedergeborene Preußen könne das übrige Deutschland sich aneignen; so wie es jetzt sei, würde es von den Deutschen heftiger zurückgestoßen werden als selbst die Franzosen. Sprach so ein Mann, dessen urdeutsche Gesinnung anzuzweifeln Verblendung wäre, wie sollte da erst die weit verbreitete Schattierung der Liberalen denken und reden, denen über all der Schwärmerei für die Freiheit die echte Vaterlandsliebe abhanden gekommen war, die sich zu einem so erhabenen Kosmopolitismus emporgeschwungen hatten, daß sie jeden Gedanken an Deutschtum als eine Verunreinigung ihres weltbürgerlichen Charakters verschmähten, und die Forderungen der Nationalität, Nationalrechte und Nationalehre nur noch im Auslande und bei fremden Völkern gelten lassen wollten. Wenn in Frankreich ein liberaler Kandidat durchfiel, wenn in England ein Ministerium Wellington drohte, wenn irgend eine neue Revolution aus Ost oder West gemeldet wurde, das war für den kennegeißernden Zeitungsleser und Wirtshauspolitiker ein Ereignis von höchster Wichtigkeit. Auf Frankreich vor allem richteten sich seine Blicke; einige Zweige der französischen Revolution auf den deutschen Stamm zu pflanzten, aus jeder deutschen Winkelhauptstadt ein kleines Paris, aus jedem Gliedstaate eine Nation zu machen, das war sein höchstes Ziel. Dafür aber, daß für dauerhafte freisinnige Einrichtungen in Deutschland noch jeder Boden fehlte, daß die kleinen Bruchstaaten, auch die süddeutschen Königreiche nicht ausgenommen, nur durch ein zweideutiges Schaukelssystem, durch beständiges Nachgeben, Anschmiegen und Parteinehmen für fremde Interessen ihr splinterhaftes Dasein kümmerlich fristen konnten und durchaus der Selbständigkeit entbehrten, welche die Freiheit voraussetzt, dafür gebrach es den meisten an jedem Verständnis. Es war eine männlich kühne That, als Paul Pfizer 1831 in seinem Briefwechsel zweier Deutschen diese Wahrheiten frisch heraus sagte und mitten in der Hochburg des süddeutsch-französischen Liberalismus das Banner aufpflanzte, auf dem als Programm die Einigung Deutschlands durch Preußen stand. Ihm

Der kosmopolitische Liberalismus.

Pfizers Briefwechsel zweier Deutschen.

galt Oesterreich als die letzte Kolonie, die das große Mutterland aus seinem Verbande entlassen müsse; Preußen aber, dessen humane Gesetzgebung, dessen musterhafte Verwaltung, dessen wohlwollendes volksbeliebtes Fürstenhaus er laut pries, und dessen Volk er entschlossen gegen den Vorwurf knechtischer Gesinnung in Schutz nahm, Preußen sei berufen an die Spitze zu treten, indem es einen Bundestag aus Abgeordneten der Ständeversammlungen nach Berlin berufe und mit diesem als Vertreter aller anderen deutschen Staaten (mit Ausschluß Oesterreichs) verhandle. So erkannte Pfizer mit prophetischem Blick die Zukunft, aus der dem Vaterlande Heil erblühen sollte, und hoffnungsfreudig rief er ihm zu:

Laß die Helden, die geschieden;
Die Vergangenheit ist tot!
Seele, von des Grabes Frieden
Wende dich zum Morgenrot,
Gleich dem Aar, der einst entflogen
Staufens Nachbar, und im Flug
Zollerns Ruhm bis an die Bogen
Des entlegnen Ostmeers trug!

Adler Friederichs des Großen,
Gleich der Sonne decke du
Die Verlassnen, Heimatlosen
Mit der goldnen Schwinge zu!
Und mit mächtigem Flügelschlage
Triff die Eulen, Rab' und Weih'!
Steig empor zum neuen Tage,
Sonnenaug, kühn und frei!

Viel Bewunderung fand diese begeisterte Poesie der Vaterlandsliebe damals nicht, aber manche Stimmen erklangen doch auch sonst in Süddeutschland, die annähernd dasselbe wünschten und hofften ohne ihre Gedanken zu so scharfer Ausprägung zu bringen und die Verdienste des preussischen Staates, die Abhängigkeit und Unselbständigkeit des süddeutschen Liberalismus mit gleicher Klarheit zu erkennen. Selbst Männer, die wie Kottek kurz nachher von heftigem Ingrim gegen den preussischen Absolutismus überwallten, die wie Wirth und Siebenpfeiffer kaum ein Jahr später in der Presse den äußersten linken Flügel führten, äußerten sich anfangs doch noch voll Anerkennung und Zutrauen über Preußen. Daneben gab es freilich von Anfang an Phantasten, die jeder seinen eigenen Landesherrn zum Oberhaupte Deutschlands auserkoren wissen wollten. Besonders eifrig wurde von manchen für Ludwig von Bayern, den mächtigsten „deutschen“ Bundesfürsten, gewirkt; ja in seiner nächsten Umgebung soll General Raglovich einen Plan zur militärischen Durchführung dieses Gedankens ausgearbeitet und seinem Monarchen vorgelegt haben, was freilich von anderen bestritten wird. Aber auch Wilhelm von Württemberg und Leopold von Baden wurden von anderen zu Beherrschern des deutschen Reiches ausersehen, während verständigere Naturen wie Welcker sich damit begnügten eine

Andere Pläne
für die deutsche
Einheit.

Freiheitliche
Bestrebungen.

Volkvertretung am Bunde und die Umwandlung des Bundestages in eine erste Kammer zu fordern. Alle diese Ideen, die Bezug auf die Gestaltung Gesamtdeutschlands hatten, traten aber doch sehr zurück gegen die Bemühungen in den Einzelstaaten die liberalen Forderungen des Tages durchzusetzen. Und dies löbliche Vorgehen war mit gutem Erfolg gekrönt. Auch in den Südstaaten hatten ja die zwanziger Jahre den Mehlthau der Reaktion über die lustig aufblühenden Verfassungen geträufelt. Wenn die beiden Könige Ludwig und Wilhelm auch ihre Stellung richtig genug erkannten um die freisinnige Rolle, welche sie spielen konnten, nicht durch gewaltsame Eingriffe in das Verfassungsleben zu schädigen, so hätten sie doch eine Fortentwicklung desselben nicht kräftig fördern können ohne Metternichs vollsten Zorn über sich zu entladen. Auch so schon blickte dieser mit bitterem Ingrimm auf sie und wartete nur auf den Zeitpunkt, wo der bayerische König „sich festgefahren habe“ um die geeigneten Mittel zu ergreifen, ihm zu „helfen“. Die größte Sorge aber machte ihm Baden, wo nach dem Tode des „korrekten“ Großherzogs Ludwig am 30. März 1830 Leopold, der erste Fürst aus der Hochberger Linie, den Thron bestieg, das reaktionäre Ministerium entließ und in dem früheren Abgeordneten Winter einen bewährten Liberalen zu seinem ersten Ratgeber berief. Die neue Kammer, die 1831 ihre Thätigkeit begann, war das gerade Gegenteil der vorigen, und Männer wie Rotteck, Welcker, Isstein, Wittermaier zogen die Augen von ganz Deutschland auf sich durch den Eifer, mit welchem sie für freisinnige Reformen eintraten. Die Verfassung erhielt ihre frühere Gestalt wieder, in der sozialen und der Steuergesetzgebung wurden bedeutende Verbesserungen vorgenommen, die Pressefreiheit, soweit sie die Karlsbader Beschlüsse zuließen, d. h. mit Ausnahme der Besprechung allgemein deutscher Angelegenheiten und solcher, die einen anderen Bundesstaat betrafen, wiedereingeführt. In Württemberg war der Landtag schon vor der Revolution auseinandergegangen und kam erst mehrere Jahre später wieder zusammen. Aber Bayern erlebte auch eine höchst bewegte Kammeression. Ihren Hauptreiz gewährten derselben ein paar reaktionäre Maßregeln, zu denen sich König Ludwig durch einen Münchener Studentenkrawall im Dezember 1830 verleiten ließ. Weil das Militär bei diesem ganz unpolitischen Unfug hatte einschreiten müssen, die Übelthäter die Marseillaise gesungen hatten und der verbotenen Germania angehörten, weil die Presse sich ihrer annahm, schloß der leicht erhitzte Monarch die Universität und führte durch Edikt vom 28. Januar 1831 verfassungswidrig die Zensur ein. Das war bei der Tagesstimmung genug, um oppositionelle Wahlen herbeizuführen und die Presse erst recht zu erbittern. Bald genug sah die Regierung ein, daß sie nicht imstande sei die Zensur wirklich durchzuführen; der Minister von Schenk, von der Kammer in Anklagezustand versetzt, mußte entlassen werden und das neue Ministerium, an dessen Spitze Fürst Ludwig zu Öttingen-Wallerstein stand, legte ein neues, erheblich milderes Preßgesetz vor.

Die badiſche
Kammer.

Bayern.

Die beiden tonangebenden Blätter in Bayern wurden die „deutsche Tribüne“ von Wirth und Eisenmanns „Volksblatt“. Um sie aber scharte sich eine große Zahl kleinerer Blätter, die alle gleich eifrig und gleich rücksichtslos ihre demokratisch-kosmopolitischen Ziele verfolgten und deren Redakteure, die Siebenpfeiffer, Hochdörfer, Strohmaier, die Helden der öffentlichen Meinung wurden. Große Hoffnungen knüpften sie an den polnischen Aufstand: Polen zu einem demokratischen Staate zu gestalten, mit dessen Hilfe ein demokratisches deutsches Reich zu gründen, mit ihm und Frankreich gemeinsam eine europäische Staatengesellschaft vorzubereiten, das war das Programm, welches Wirth in der deutschen Tribüne aufstellte. Der deutsch-nationale Gedanke, der die Seele der geheimen Gesellschaften nach den Freiheitskriegen gewesen war, trat gegen die demokratischen Ideale immer mehr in den Hintergrund; man spottete nicht allein über die Rücksicht auf buntbemalte Grenzpfähle als über ein Vorurteil; selbst die Muttersprache wollten manche nur als eine Zufälligkeit gelten lassen, von der man sich nicht knechten lassen dürfe. Die Hinwegräumung der Throne sei die unabweisliche Aufgabe des Jahrhunderts, erklärte Wirth; man solle ihn deshalb nicht einen Feind der Fürsten schelten; er teile ihnen ja die großartigste göttlichste Aufgabe zu, als Vorbild für alle besitzenden Klassen freiwillig auf äußere Macht zu verzichten. Daß eine solche Sprache die Regierung zu Vorsichtsmaßregeln trieb, gab der volkstümlichen Wühlerei nur neue Nahrung. Die liberalen Abgeordneten, welche von ihrem Kammerfeldzuge heimkehrten, wurden mit überschwänglichen Ehren begrüßt und mit Festen gefeiert, bei denen der Redefreiheit kein Zaum angelegt wurde. Ganz besonders aber wollte man die Presse stützen und pflegen. Zu diesem Zwecke bildete sich im Januar 1832 in der Rheinpfalz ein Preßverein, der gegen das Bündnis, welches die Fürsten zur Unterdrückung der Völker geschlossen, einen Bund bilden wollten um auf gesetzmäßigem Wege die Überzeugung zu verbreiten, daß ein deutsches Reich mit demokratischer Verfassung notwendig sei. Der Aufruf, welcher diese Sätze enthielt, wurde in 50 000 Exemplaren verbreitet, binnen kurzer Zeit war eine Summe von etwa 10 000 Gulden an jährlichen Beiträgen gezeichnet, vielerorten hatten sich Unterauschnisse gebildet und der Vorstand entwickelte mit seinen Geldmitteln eine rege Thätigkeit. Flugschriften und einzelne Nummern von Zeitungen wurden in Tausenden von Exemplaren über Land und Stadt verstreut, und als Wirth, der seine Tribüne trotz eines Bundesverbotes weiter herausgegeben hatte, deshalb von dem Appellationsgericht in Zweibrücken am 14. April 1832 freigesprochen wurde, verkündeten 60 000 Flugblätter dieses Urteil dem Volke. Dadurch verbreitete sich eine Aufregung in allen Schichten der Gesellschaft, die sich auch äußerlich kundzugeben suchte und endlich in dem Hambacher Feste Luft machte. Ein Aufruf Siebenpfeiffers und einiger Bürger von Neustadt a. d. Haardt lud Männer und Jünglinge, Frauen und Jungfrauen ein, am 27. Mai 1832 auf dem Hambacher Schlosse ein patrio-

Die radikale
süddeutsche
Presse.

Der Preß-
verein.

Das Ham-
bacher Fest.

tisches Fest, „der Deutschen Mai“, zu feiern und sich dadurch zum mannhaften Kampfe für Abschüttelung innerer und äußerer Gewalt, für Erstrebung gesetzlicher Freiheit und deutscher Nationalwürde zu stärken. Anfänglich gedachte die bayerische Regierung das Fest mit Gewalt zu hindern; allein gegenüber der lebhaften Einsprache der pfälzischen Provinzial- und Stadtvertretungen entfiel ihr der Mut; es fand statt und wurde von 25 000, ja nach manchen Angaben von 60 000 Menschen gefeiert. Wenn die meisten aus der Nähe kamen, so fehlten doch auch entferntere Gegenden nicht. Zahlreich fanden sich die Studenten ein, mancher von ihnen in dem festen Glauben, es gelte sogleich das Leben für die Sache des Vaterlandes zu opfern. Auch Polen und Franzosen hatten sich eingestellt, und in dem feierlichen Zuge flatterte neben der schwarz-rot-goldenen die polnische Fahne inmitten eines Ehrengelottes der Frauen und Jungfrauen. Dreihundert Handwerksburschen stimmten das erste Festlied an, das als die „reisende Uhr mit goldenem Rand“, als die „goldene Ernte“ das Vaterland bezeichnete. Die Poesie der später gesungenen Lieder geißelte weniger zahm der Despoten fluchwürdigen Bund, den Trug und Verrat, der deutschtümliche Ehre siebenzehn Jahre lang gebrandmarkt, die neueste Fluchthat an Polen; auch die Adressen, die zur Verlesung kamen, nahmen kein Blatt vor den Mund. Da klagten die Rheinpreußen, daß sie, das muntere Bögelein, eingesperrt sein müßten in den engen Käfig zu dem alten finsternen Uhu; ein Greis vom Bodensee warnte vor der Lockspeise des Zollvereins und mahnte mit dem französischen Volk für einerlei Ziel zu kämpfen; die Straßburger Gesellschaft der Volksfreunde, die Polen in Paris sandten brüderlichen Gruß und Glückwunsch. Den lebhaftesten Ausdruck fanden die Gedanken des Tages aber in zahllosen Reden. Vaterland, Völkerbund, Volkshoheit ließ Siebenpfeiffer, die vereinigten Freistaaten Deutschlands, das verbündete republikanische Europa Wirth, die heilige Allianz der Völker der Straßburger Key leben. Andere nannten den besten Fürsten von Gottes Gnaden einen geborenen Hochverräter an der menschlichen Gesellschaft, schalteten die Preußen, daß sie in königlicher Demut vertrocknet und in fürstlicher Gnade abgestorben seien, erklärten jedes Zögern für feigen Verrat an der Vernunft, der Tugend, der Menschheit, und forderten auf zum Kampf der Nothwehr, der alle Mittel heilige, in dem die schneidendsten die besten seien. Mehr als einmal wurden die Redner von dem Rufe: zu den Waffen! unterbrochen, und als Wirth seine große Rede geendet, ward ihm feierlich ein Schwert überreicht, das er begeistert als ein Wahrzeichen in diesem Augenblicke begrüßte. Übrigens fehlte es auch nicht an solchen, welche vor jeder Revolution warnten, deren Hoch der Freiheit und Ordnung galt und die gegenüber der weltbürgerlichen Begeisterung die nationale Ehre und Unverletzlichkeit betonten; so Wirth, der mutvoll es aussprach: selbst die Freiheit dürfe nicht auf Kosten deutschen Gebietes erkauft werden und sobald fremde Einmischung stattfinde, sei der Kampf gegen die inneren Verräter zu unterbrechen und

das Gesamtvolk gegen den äußeren Feind unter die Waffen zu rufen. Aber solche Äußerungen erregten bei den meisten doch als Ausdruck unberechtigten Mißtrauens Anstoß und Verdruß, und man verzieh sie Wirth wohl nur, weil er durch einen kräftigen Fluch über die Fürsten und Verräter einen vollgültigen Beweis seiner Gesinnungstüchtigkeit gab. Allerdings gehörte er auch sonst nicht zu den eigentlichen Heißspornen, die womöglich mit dem Feste gleich die Revolution beginnen wollten. Ihm schwebte vielmehr als nächstes Ziel die enge Verbindung der Opposition in allen deutschen Staaten vor; ihr Verfahren sollte durch Vertrauensmänner nach einem bestimmten Plane geleitet werden; durch die Presse, durch Anträge in den Kammern, durch patriotische Gesellschaften wollte er die Umgestaltung Deutschlands erzielen. Ein erster Schritt auf diesem Wege wurde noch in Neustadt gethan. Eine Versammlung von 5—600 Männern wählte einen Vertrauensauschuß, dessen Mitglieder zum Theil bekannte Führer des Liberalismus waren. Nur glänzten diese, wie Kottek und Welcker aus Baden, Jordan aus Kurhessen, Closen aus Bayern, sämtlich durch ihre Abwesenheit, und die, welche zugegen waren, fast ausnahmslos Männer dritten und vierten Ranges, die Siebenpfeiffer, Wirth, Strohmaier, Kauschenplatt, wagten es doch nicht, wie man ihnen zumutete, sich als provisorische Regierung zu konstituieren. Das Fest blieb daher ohne unmittelbaren Erfolg. Einige Tage lang wogten noch große Menschenmassen von Neustadt nach dem Schlosse und vom Schlosse nach Neustadt; dann kehrte die frühere Stille in die aufgeregte Stadt zurück. Dagegen fehlte es nicht an zahlreichen Seitenstücken und Nachahmungen. Wie in Paris der Tag der Feier selbst von Deutschen, Franzosen, Polen und anderen Ausländern unter Lafayettes Vorsitz durch ein Bankett begangen ward, so wurden in Mittel- und Süddeutschland Ende Mai und Anfang Juni zahlreiche Versammlungen gehalten, bei denen es weder an heftigen Reden noch an unbesonnenen Handlungen fehlte. Denn der nötigen Klugheit und Vorsicht ermangelten Führer und Geführte fast überall. Notwendig mußte es ja den Argwohn der Regierungen reizen, wenn die republikanischen Forderungen unverhohlen ausgesprochen wurden, oder wenn, wie es bei Würzburg geschah, der Bürgermeister dieser Stadt, Behr, unter dem Rufe: Dies ist unser Frankenkönig! von der jauchzenden Menge umhergetragen wurde.

Der Vertrauensaus-
schuß.

Seitenstücke
zum Ham-
bacher Fest.

Die Reaktion ließ daher nicht lange auf sich warten, und nicht Metternich allein lebte der Hoffnung, das Hambacher Fest werde, gut benutzt, ein Fest der Guten werden. Der König von Bayern entsandte sogleich den Feldmarschall Brede mit Truppen in die Rheinpfalz, um für die Erhaltung der Ruhe zu sorgen. Wirth und Siebenpfeiffer wurden verhaftet, die Unabhängigkeit der Gerichte durch Versetzungen der Richter und Verlegung der obersten Instanz nach München gebrochen. Auch in den übrigen Bundesstaaten entfaltete die Polizei den größten Eifer, und der Bundestag fand jetzt die beste Gelegenheit zu zeigen, daß

Die Reaktion.

Der Bundes-
tag.

sein wahres Lebenselement doch nur die polizeiliche Oberleitung sei. Vor Ausbruch der Julirevolution hatte er sich zu einer tödlichen Arbeitslosigkeit verurteilt gesehen. Die Demagogenverfolgungen waren beendet, die Zollverhandlungen verschmähten den Weg über Frankfurt, kaum daß die Ungezogenheiten des Herzogs von Braunschweig einigen Stoff für die Beratungen lieferten. Bezeichnend für die ganze Geschäftslage war es, daß Oesterreich am 18. September 1828 den Antrag hatte stellen können, die Versammlung möge sich auf unbestimmte Zeit vertagen. Diese Periode des Nichtsthuns nahm aber ein Ende, sobald die ersten Stürme der Revolution sich ausgetobt hatten und die Regierungen wieder zum Gefühle ihrer Macht kamen. Schon während der Hochflut der Revolution in dem Jahre vom Ausbruch der Septemberunruhen bis zum Fall von Warschau versuchte Metternich wiederholt den Bundestag zu kräftigem Auftreten anzuspornen. Er ließ am 18. September 1830 eine Erklärung beantragen, wonach alle Zugeständnisse, welche den Regierungen abgenötigt würden, in sich ungültig seien und verlangte, daß die Nachbarstaaten den bedrängten Fürsten auch ohne Bundesbeschluß zu Hilfe kämen. Allein diese Vorschläge wurden nur in abgeschwächter Form zu Beschlüssen erhoben und thatsächlich gar nicht ausgeführt. Nicht allein die konstitutionellen Staaten widersetzten sich ihnen, sondern auch Preußen zeigte eine ärgerliche Lauheit, welche deutlich verriet, daß es auf moralische Eroberungen in Deutschland und auf die allmähliche Untergrabung des Bundestages sinne, eine Politik, der Bernstorff im Februar 1831 in einer Denkschrift auch offenen Ausdruck gab. Doch gebrach es der preussischen Regierung an dem Mute dieses System rücksichtslos durchzuführen. Sie wollte es mit keinem Teile ganz verderben. Gegenüber den österreichischen Anträgen schlug sie vor die Einmischung des Bundes nur dann zuzulassen, wenn die bedrängte Regierung damit zufrieden sei, und verlangte obendrein, daß der Bundestag untersuchen solle, ob nicht etwa die Bevölkerung Grund zu Beschwerden habe, in welchem Fall für deren Abstellung zu sorgen sei. Die Beschlüsse, die der Bundestag am 21. Oktober 1830 faßte, waren ziemlich nichts-sagend. Die Regierungen versprachen sich gegenseitigen Beistand bei etwaigen Unruhen, empfahlen einander gegründeten Klagen ihrer Unterthanen gerecht zu werden, unbegründeten fest entgegenzutreten, und schärften ihren Zensoren Vorsicht ein. Die Presse erfreute sich gleichwohl in den nächsten Monaten einer Freiheit, der sie völlig entwöhnt war und die sie keineswegs mit Maß benutzte. Mit dem Fall von Warschau hörte jedoch die Nachsicht der Zensurkollegien und des Bundestages auf. Eine russische Note forderte von den deutschen Regierungen mit Entschiedenheit die Unterdrückung der gefährlichen Demagogie. In Preußen war an Bernstorffs Stelle Ancillon als Minister des Auswärtigen getreten und dadurch dem russischen und österreichischen Einfluß wieder Thür und Thor geöffnet. Die Heilige Allianz, die seit 1824 geschlummert hatte, lebte wieder auf. Schon im Oktober begann Metternich

Russisch-öster-
reichischer
Druck.

aufs neue den Feldzug gegen den Liberalismus, und jetzt kam es nicht bloß zu Beschlüssen, sondern auch zu Thaten. Am 27. Oktober 1831 verbot der Bundestag ihn fernerweit mit Adressen zu belästigen; am 10. November eiferte er gegen den Mißbrauch der Presse und einige Tage später verbot er die erste Zeitung, das in Straßburg erscheinende „Konstitutionelle Deutschland“. Die meisten Regierungen handelten im Sinne dieser Beschlüsse; doch gerade die, auf welche am meisten ankam, zeigten sich lässig. Mehrfach wurden Bayern, Baden, Württemberg, Hessen von Frankfurt aus zu größerer Strenge gemahnt; weil das nicht zu helfen schien, griff der Bund endlich selbst ein und verbot am 2. März 1832 Wirths Tribüne und ein paar andere Blätter. Die demokratische Partei suchte sich dagegen durch den Preßverein und durch eine lebhaftere Agitation zu schützen. Doch schlug das nicht zu ihrem Vorteil aus; denn es wurde nicht allein der Bundestag dadurch zu immer dreisteren Eingriffen ermutigt, sondern die Spaltung unter den Freisinnigen, welche schon im Sommer 1831 begonnen hatte, fing an zu einer unübersteiglichen Kluft sich zu erweitern. Was den Bundestag anlangt, so hatte ihm Metternich in einem Rundschreiben vom 12. April 1832 einen schnelleren Betrieb der Geschäfte und die Vornahme gemeinnütziger, ganz Deutschland interessierender Anordnungen empfohlen; daraus wurde aber nur insofern etwas, als es sich um Maßregeln der Unterdrückung handelte. Schon am 30. Mai, also noch während des Hambacher Festes, beschloß er die Regierungen zur größten Strenge aufzufordern; diese vorläufige Weisung wurde dann am 28. Juni und 5. Juli in feste Formen umgegossen. Die Beschlüsse des 28. Juni, für welche Oesterreich und Preußen sich der Zustimmung sämtlicher Regierungen vorher versichert hatten, richteten sich gegen die Ständeversammlungen; ihre Thätigkeit solle für die nächsten sechs Jahre von einer Bundeskommission überwacht werden; jeder Antrag, der gegen das monarchische Prinzip verstoße, sei ungültig; Steuerverweigerung werde der Bund mit Waffengewalt unterdrücken; die Öffentlichkeit der Kammerverhandlungen müsse beschränkt werden; der Bundestag allein könne die Bundesakte auslegen; die innere Gesetzgebung der Einzelstaaten stehe hinter den Bundeszwecken zurück. Acht Tage später, am 5. Juli, wurden alle politischen Vereine, Versammlungen und Feste, das öffentliche Tragen von Kokarden und Bändern, das Aufstecken von Fahnen und Freiheitsbäumen verboten; Fremde wie Einheimische, die revolutionärer Gesinnung verdächtig seien, sollten aufmerksam überwacht werden; die Beschlüsse gegen die Universitäten aus den Jahren 1819 und 1824 wurden erneuert und schnellste militärische Hilfe, besonders von Oesterreich und Preußen, allen Bedürftigen zugesagt. Auch gegen die Presse wurden ein paar neue wuchtige Schläge geführt; deutsche Schriften, im Auslande gedruckt, sollten ohne besondere Erlaubnis nicht verbreitet werden, und das badische Preßgesetz, der Stolz der Liberalen, wurde für ungültig erklärt. Ein Versuch Lord Palmerstons sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu mischen, indem

Die Bundes-
beschlüsse von
1832.

er angesichts der Beschlüsse vom 28. Juni die deutschen Großmächte ersuchte dem Übereifer des Bundestages Zügel anzulegen, wurde sehr entschieden zurückgewiesen: Ancillon weigerte sich überhaupt die Note entgegenzunehmen, Metternich beantwortete sie mit einer scharfen Ablehnung der ihr zu Grunde liegenden gefährlichen und schiefen Grundsätze. Der Großherzog von Baden ging freilich soweit sogar Louis Philipp um Unterstützung zu bitten. Als ihm diese aber abgeschlagen wurde und Österreich mit einer Teilung des Landes zu drohen begann, fügte er sich und änderte am 28. Juli sein Preßgesetz nach den Forderungen des Bundes ab. Eine Reihe von Blättern wurde unterdrückt, ihre Herausgeber verhaftet oder durch die Gefahr zur Flucht bewogen, die Professoren Rotteck und Welcker in den Ruhestand versetzt. In Baden geschah alles das doch immer nur auf direktes Verlangen des Bundes; in anderen Staaten entwickelten die Regierungen aus eigenem Antriebe den größten Eifer. Ludwig von Bayern schien alle seine liberalen Ideen vergessen zu haben. In willkürlichster Weise wurden Männer wie Ofen und Schönlein abgesetzt, andere wie Behr oder Eisenmann jahrelang gefangen gehalten, wieder andere wegen Hochverrats zum Zuchthaus und zur Abbitte vor dem Bilde des Königs verurteilt. In Württemberg kam es zur Auflösung der Stände, weil diese den Antrag Paul Pfizers, daß Bundesbeschlüsse, welche der Verfassung zuwiderliefen, ungültig seien, nicht, wie die Minister forderten, mit Verachtung zurückwiesen, sondern annahmen und in diesem Sinne eine von Uhland verfaßte Adresse an den König richteten. Bei den Neuwahlen stand die Bevölkerung treu zu ihren Vertretern und diese setzten den Kampf tapfer fort; Uhland legte lieber seine Professur nieder, als daß er in ihren Reihen gefehlt hätte. Auch in Kurhessen, wo Hassenpflug am Ruder saß, und in Nassau machten die Kammern den Regierungen so kräftige Opposition, daß diese zu Auflösungen ihre Zuflucht nahmen.

Die Reaktion
in Baden.

in Bayern.

in Württemberg.

in Kurhessen
und Nassau.

Bruch zwischen
Radikalen und
Liberalen.

Diese reaktionären Maßregeln beförderten den Bruch zwischen den radikalen und den gemäßigten Elementen der liberalen Partei. Denn während die letzteren dadurch vorsichtiger gemacht wurden, entbrannten die ersteren von um so größerer Begier dem schwachvollen Zustande ein Ende zu machen, unbekümmert darum, ob ihre Kräfte dafür zureichten oder nicht; und da ihnen die Möglichkeit des offenen Kampfes genommen war, so suchten sie ihre Zuflucht in geheimen Verbindungen und Verschwörungen und in der Verbrüderung mit den Revolutionären anderer Völker. Das war ein Boden, auf den ihnen die erprobten Führer der ständischen Opposition nicht folgen konnten; so blieben die Häupter der Radikalen, meist Männer ohne große geistige Bedeutung und mit einem Einflusse, der nicht über den nächsten Umkreis ihrer Stadt hinausging, sich selbst überlassen und glitten um so schneller auf dem abschüssigen Wege voran. Schon an dem Preßverein und dem Hambacher Feste waren die eigentlichen Häupter des Liberalismus, die Rotteck, Welcker, Hststein, Mittermaier, Uhland, Römer, Pfizer, Closen, Jordan, wenig

oder gar nicht beteiligt; auch von den zahlreichen Verwahrungen und Erklärungen, die am Rhein und Main gegen die neuesten Bundesbeschlüsse in Umlauf gesetzt wurden, hielten sie sich möglichst fern. Ein Versuch, den die Radikalen machten um sie wieder heranzuziehen scheiterte. Welcker erklärte sich bei einer Besprechung zu Frankfurt im Herbst 1832 entschieden gegen geheime Vereine und wollte nur gesetzliche Mittel angewandt wissen. Damit war das Band gelöst und die bisherigen Freunde wurden in der heftigsten Weise als knechtisch gesinnte Feinde der wahrhaft Freigesinnten, als solche, die vor der Gewalt die Kniee beugten und statt für die Wiedergeburt des Volkes für fürstliche Windeln schwärmten, angegriffen — alles Vorwürfe, die trotz ihrer Ungereimtheit Siebenpfeiffer sich nicht entblödete, selbst gegen Rotteck zu schleudern.

Nichtsdestoweniger fuhren aber die Radikalen fort, sich in ihren Kreisen auf die volksbeliebten Namen der alten Führer zu berufen und den Glauben zu verbreiten, daß diese sich jedenfalls, wenn der erste Schlag gelungen sei, an die Spitze stellen würden. In die provisorische Regierung, die sie für das republikanische Deutschland in Aussicht nahmen, sollte nicht bloß Jordan, der ihnen immerhin am nächsten stand, sondern auch Fystein, Rotteck, Welcker einzutreten bereit sein. Doch bedienten sie sich dieser Namen eben nur als Aushängeschilder um destomehr Anhang zu finden. Ihre wirkliche Kraft suchten sie theils in den niederen Ständen und bei den Bauern, theils bei den Studentenverbindungen oder im Militär, wozu dann immer noch die Hoffnung auf auswärtige Hilfe kam. Unter den Leitern der Verschwörung fand ein ungemein reger Verkehr statt. Mittelpunkte der Bewegung waren Frankfurt mit Gießen und Marburg, sowie Stuttgart mit Ludwigsburg; in dem Umkreis dieser Städte drang die Aufregung am tiefsten in das Volk ein. Die Bauern suchte man durch Flugschriften zur Steuerverweigerung aufzuheizen; wenn dann die Oesterreicher und Preußen ins Land kämen, so müsse man gegen sie die Franzosen zu Hilfe rufen. Nach beendigter Ernte des Jahres 1832, wenn der Bauer nichts zu thun habe, sollte die Revolution losgehen. Allein ehe es zum Ausbruch kam, erkannte man doch, daß die Dinge noch nicht soweit seien; man verwendete also den Winter noch zu neuen Anwerbungen. Unter den Studenten traf man viel williges Gehör. In dem Streite zwischen Arminen und Germanen hatten die letzteren, welche die politische Einheit nicht bloß vorbereiten, sondern thätig mitwirkend herbeiführen wollten, seit 1827 immer mehr die Oberhand gewonnen. Ein Burschentag zu Frankfurt vollendete im September 1831 ihren Sieg, indem er alle Mitglieder zur Teilnahme am Volksaufstande verpflichtete. Allerdings schieden insolgedessen einige Universitäten aus; aber auf den anderen wucherte der revolutionäre Sinn um so üppiger. Schon Mitte 1832 konnte von Heidelberg berichtet werden, daß 2—300 Teilnehmer des Aufstandes dort sicher und 25—30 junge Männer bereit seien selbständig für sich irgend ein Wagestück auszuführen. Sechs bis sieben Entthronungen, so meinte man dort, müßten eine große

Geheime Umtriebe der Radikalen.

Die Burschenschaftler.

moralische Wirkung hervorbringen, vollends wenn dabei drei oder vier Messer in Bewegung gesetzt würden. Ähnliche Gesinnungen herrschten in Erlangen, München, Tübingen, Kiel und Würzburg. Vertreter dieser sechs Universitäten hielten Weihnachten 1832 einen neuen Burschentag in Stuttgart und beschloßen hier sich den Frankfurtern anzuschließen um Deutschlands Einheit und Freiheit auf dem Wege der Revolution zu erstreben. Besonders ermutigend wirkte auf sie die Mitteilung, daß dieser Plan auch unter dem Militär viele Anhänger zähle, eine Behauptung, die freilich sehr übertrieben war. Denn abgesehen von einigen hessen-homburgischen Unteroffizieren war die Verlockung eigentlich nur in Württemberg auf fruchtbaren Boden gefallen. Hier hatte der Lieutenant Koseritz mehrere Offiziere und etwa 200 Unteroffiziere für einen Militäraufstand gewonnen; daß die Mannschaften ihren Führern folgen würden, schien keinem Zweifel zu unterliegen. Der Plan des Aufstandes war schon in allen Einzelheiten entworfen. Von Ludwigsburg wollte man auf Stuttgart marschieren, den König gefangen nehmen, die Stadt der Plünderung preisgeben und nötigenfalls in Brand stecken. Gleichzeitig sollten die Frankfurter sich erheben, den Bundestag überrumpeln und die Republik ausrufen. Man hoffte, Dembinski werde sich der deutschen Revolution zur Verfügung stellen; eine Schar Polen sollte von Besançon durch die Schweiz in Deutschland einbrechen; Lafayette, hieß es, habe die Mitwirkung der Nationalgarde des Elsaß versprochen. Zuweilen beschlich die Rädelshörer wohl die Ahnung, daß ihr ganzes Vorhaben auf Sand gebaut sei; aber durch gegenseitige Vorspiegelungen und Übertreibung der eigenen Hilfsmittel bestärkten sie stets von neuem den schwankenden Mut. In zahlreichen Zusammenkünften wurde der Tag des Ausbruchs besprochen, und endlich der Anfang des April 1833 in Aussicht genommen. Zur Mitwirkung in Frankfurt hatten sich etwa 30 Burschenschaftler, eine Anzahl Polen, sowie einige andere Radikale von auswärts, z. B. Kauschenplatt, dort eingefunden. Unter den Einheimischen waren einige Doktoren, Bunsen, Gärth, Körner, die Seele des Unternehmens. Noch in den letzten Tagen schien die Sache ins Stocken zu geraten; Koseritz ließ melden, daß er noch warten müsse. Allein Gärth bestürmte ihn durch Eilboten nicht zu zögern; in der That war in Frankfurt alles zu weit gediehen um noch einen Aufschub zu gestatten. Am Abend des 3. April versammelten sich 50—60 Verschworene in zwei verschiedenen Häusern, der größere Teil sollte die Hauptwache stürmen, der kleinere die Konstablerwache. Beiden gelang ihr Vorhaben ohne Schwierigkeiten; denn obgleich die ganze Verschwörung am Morgen dem Frankfurter Bürgermeister verraten war, hatte man doch keine Vorkehrungen getroffen; die Wachen waren in den Gebäuden, die Gewehre hingen draußen in der Halle. Der wachthabende Offizier der Hauptwache sprang aus dem Fenster, ein paar Soldaten wurden getötet oder verwundet, die Gefangenen befreit. Ebenso ging es bei der Konstablerwache. Damit war aber der Erfolg der Aufständischen zu

Das Militär.

Ausländische Verbindungen.

Der Frankfurter Putz.

Ende. Das Volk war nicht zur Teilnahme zu bewegen; vergebens stürmte die Glocke vom Turme des Domes; umsonst hoffte man auf den Anzug der Bauern aus der Umgegend. Ein Angriff auf das Zeughaus mißlang; die Führer selbst verloren den Kopf. Mittlerweile war das Frankfurter Militär aufgeboten und rückte gegen die Wachtgebäude an; so leicht es dieselben verloren hatte, so leicht gewann es sie wieder; doch wurden auch jetzt auf beiden Seiten mehrere getötet oder verwundet. Etwa 30 der Aufständischen wurden verhaftet; den Führern gelang es sämtlich zu entinnen. Ein kurzes Nachspiel lieferten noch einige Haufen Bauern, die in der Umgegend ein Zollhaus plünderten.

So endigte das Unternehmen, wie es endigen mußte, als tragische Posse. Aus all den kühnen Plänen, Gefangennahme der Bundesgesandten, Beschlagnahme der Rothschild'schen Kassen, Einsetzung einer provisorischen Regierung, war nichts geworden. Jetzt wurde der mißlungene Versuch von der Reaktion mit Freuden begrüßt. Frankfurt erhielt trotz des Einspruches, welchen der Senat erhob, eine österreichisch-preußische Besatzung. Die Einzelregierungen wetteiferten miteinander in Verhaftungen und polizeilichen Maßregelungen. Metternich aber wünschte nicht, daß die Untersuchungen sich verzetteln möchten, und betrieb deshalb die Einsetzung einer neuen Centralbehörde, einer zweiten Mainzer Kommission. Am 20. Juni beschloß der Bundestag diesem Antrag gemäß und am 8. August trat die Centralbehörde in Frankfurt zusammen. Den Vorsitz führte der Österreicher von Wagemann; die anderen Mitglieder stellten Preußen, Bayern, Württemberg und Hessen-Darmstadt. Es lag dem Kollegium ob die Ergebnisse der gerichtlichen Untersuchungen in den Einzelstaaten zusammenzufassen und zu politischen Berichten zu verarbeiten; zugleich auch diese Einzeluntersuchungen zu überwachen und zu fördern. Die Rechtsprechung selbst übten die ordentlichen Gerichte, mit denen die Centralbehörde in direkten Verkehr trat; nur in Preußen wurde eine Ministerialkommission eingeschoben, welche zwischen dem Kammergerichte und Frankfurt vermittelte. In etwas schwächerem Maße als bei der Kommission von 1819 wiederholte sich die Erfahrung, daß nicht alle Staaten gleich willig waren der Centralbehörde die erforderlichen Mittheilungen zu machen und um Auskunft gemahnt werden mußten: am spätesten, erst 1836, erstattete Oldenburg seine Anzeige. Die Berichte, welche die Centralbehörde von Zeit zu Zeit über den Stand der Untersuchungen einreichte, wiesen stets darauf hin, daß immer noch Fäden vorhanden seien, die man weiterverfolgen müsse, und gaben dadurch mittelbar zu neuen verschärften Polizeimaßregeln Anlaß. Den Zeitungen wurde auf das strengste verboten Nachrichten über die Untersuchungen zu bringen, und wo das doch geschah mit Unterdrückung der schuldigen Blätter gedroht und vorgegangen. Der Verkehr der Reisenden unterlag der schärfsten Beaufsichtigung; Posthalter und Lohnkutscher wurden angewiesen niemanden ohne Paß zu befördern; Oldenburg mußte die Weser und die Küste überwachen lassen, und meh-

Folgen des-
selben.

Die Central-
behörde.

Polizeiregi-
ment.

Ausgang der
Central-
behörde.

Die Opfer der
Verfolgung.

rere Staaten wie Württemberg, Baden und die beiden Hessen wurden in vertraulicher Sitzung von dem österreichischen Gesandten wegen ihrer schlechten Paßpolizei ernstlich getadelt. Ihnen gegenüber erschien die Centralbehörde als trefflicher Drücker, und Metternich wünschte deshalb sehr sie zu einer dauernden Bundeseinrichtung zu machen. Weislich schob er dabei eine konstitutionelle Regierung vor, hinter deren Vorschlägen man nicht so leicht reaktionäre Absichten wittern werde: Baden stellte demnach im März 1836 den Antrag die Centralbehörde aufzulösen und ein Centralpolizeibüreau in Frankfurt einzurichten. Allein der Plan scheiterte diesmal an Preußens Widerstande, den Metternich vergebens dadurch zu brechen suchte, daß er statt der Centralpolizei eine Centraljustiz-Behörde empfahl. Die Verhandlungen darüber nahmen einen bitteren Charakter an und zogen sich bis 1842 hin; während des fristete die Centralbehörde von 1833 trotz ihres unverminderten Eifers nur mühsam ihr Dasein. Sie hatte ihren Arbeitsstoff so ziemlich erschöpft und fand sich durch die Begnadigungen, welche 1840 in Preußen beim Regierungsantritte des neuen Königs und ein Jahr darauf in Württemberg erlassen wurden, in ihrer Thätigkeit noch mehr beschränkt. Offenbar war es an der Zeit, ihre Wirksamkeit zu beenden; aber dazu konnte sich Metternich selbst jetzt noch nicht entschließen, und trotz der ernstlichen Bemühungen Preußens willigte er am 25. August 1842 nur in eine Vertagung. Nicht ohne Bedauern fügte sich die Behörde in dieses Schicksal; denn obgleich sie nicht den verfolgungssüchtigen Polizeicharakter der Mainzer Kommission getragen hatte, so war ihren Mitgliedern das Ergründen der geheimen politischen Vereine doch sichtlich zur Lebensaufgabe geworden, und die 400 Verdächtigen, die ihr Aufenthalt im Auslande den deutschen Gerichten unzugänglich machte, waren ebensoviele Rätsel, auf deren Lösung sie nur widerwillig verzichtete. Im ganzen waren die Verhandlungen gegen mehr als 1800 Verschwörer zur Kenntniss der Behörde gekommen; allein der weitaus größte Teil derselben fiel auf solche Vergehen, die erst nach dem Frankfurter Putz begangen waren. Die Urteilsprüche der Gerichte fielen ebenso ungleich aus, wie die Behandlung der Angeklagten verschieden war. Die verfolgungssüchtige Härte mancher preussischen Beamten ist durch Fritz Reuters „Festungstid“ unauslöschlich gebrandmarkt worden; ihnen reiheten sich großherzoglich und kurfürstlich hessische Staatsdiener würdig an. Die größte Strenge entfaltete das preussische Kammergericht; von 204 Burschenschaftlern verdamnte es 39 zum Tode, wofür der König jedoch lebenslängliche oder dreißigjährige Festungshaft substituierte. Auch in Bayern wurden Todesurteile gefällt, aber nicht bestätigt. Die meisten Angeschuldigten trafen nur geringe Strafen; auch mancher tiefer Verwickelte kam wohl gnädig davon, sei es weil er menschliche Richter fand, sei es weil es gelang seine Schuld zu verbergen. Denn darauf wurde mit allen Kräften hingewirkt, und nicht bloß mit erlaubten Mitteln. Vielmehr gab sich der entsittlichende Einfluß des Verschwörertums vielfach

in
Fäl
Sch
Sch
wir
eige
Wa
frau
beg
zur
die
Rat
neh
zum
haft
schr
Sch
neh
Her
Dur
seine
ganz
am
dem
er ei
den
besta
bilde
Unio
habe
freier
inge
revol
forta
in D
einzel
Fran

von
das
als
schnit
8u

in Meideiden, die man wohl gar grundsätzlich zu rechtfertigen suchte, und Fälschungen mancherlei Art kund, wie auf der anderen Seite mancher Schuldige durch Angeberei sich Straflosigkeit oder doch ein milderes Schicksal zu sichern suchte. Denen, welche der Beurteilung entgingen, wurden mancherorten glänzende Huldigungen dargebracht, die recht eigentlich die Stimmung der Zeit kennzeichneten. Von Ehrenreitern und Wagen eingeholt, in vierspänniger Postkutsche, durch weißgekleidete Jungfrauen unter Ehrenporten empfangen, mit Festbällen und Zweckessen begrüßt, so kehrten gelegentlich die der Haft Entlassenen in ihre Heimat zurück. Die nächste Folge der massenhaften Untersuchungen war also die steigende Erbitterung des Volkes, die zunehmende Aufreizung der Radikalen. Besonders geschickt wurde diese durch die Presse geübt, vornehmlich in Frankfurt und Hessen. Revolutionäre Lieder wie: Fürsten zum Land hinaus! die Köpfmaschine, das Laternenlied, wurden massenhaft verbreitet; nicht minder kurze Broschüren, Abhandlungen und Zeitschriften, deren Hauptziel war den Bauern und Handwerker aufzureizen. Sehe es doch aus, als ob Gott diese am fünften Tage und nur die Vornahmen und Fürsten am sechsten gemacht, als ob er nur zu diesen gesagt: Herrschet über alles Getier, jene aber mit zum Gewürm gezählt habe. Durch solche und ähnliche Ergüsse vollzog der politische Radikalismus seine allmähliche Umwandlung zum Kommunismus und Sozialismus. Ein ganzes Jahr hindurch, vom Frankfurter Putsch an gerechnet, war er am Main und Rhein noch unzweifelhaft im Aufschwung begriffen. In dem Männerbunde, der sich aus dem alten Preßverein entwickelte, hatte er eine vollständige Ordnung gefunden. Die Form desselben, die auch den auswärtigen und den jüngeren deutschen Geheimbünden eigen war, bestand in einer stufenweisen Gliederung; höchstens zwölf Mitglieder bildeten eine Sektion, zwölf Sektionen eine Serie, zwölf Serien eine Union. In Frankfurt allein sollen 100, ja 200 Sektionen bestanden haben. Ein Versuch die beim Frankfurter Putsch Verhafteten zu befreien führte im Mai 1834 zur Entdeckung des Bundes und gab den eingeleiteten Untersuchungen neue Ausdehnung. Damit war aber den revolutionären Plänen auch der Todesstoß gegeben und sie vermochten fortan nur unter den Flüchtlingen im Auslande Boden zu gewinnen; in Deutschland selbst treten sie in den nächsten Jahren nur noch vereinzelt und dann stets als Ausläufer der geheimen Gesellschaften in Frankreich und der Schweiz auf.

Die Stimmung
im Volke.Kommunistische
Ansätze.

Geheimbünde.

Frankreich nach der Julirevolution.

Den französischen Republikanern war inzwischen die Julimonarchie von Jahr zu Jahr unleidlicher geworden. Das einzige schwache Band, das sie mit dem neuen Königtum verknüpfte, war ja schon Ende 1830, als Lafayette, Dupont und Treilhard aus ihren Ämtern schieden, abgeschnitten und seitdem bekannte sich die Partei in Wort und That mit

größter Unbefangenheit zu ihrem Glauben. Darüber daß sie die gefährlichste Gegnerin Louis Philipps sei, konnte kein Zweifel herrschen. Die Bonapartisten hatten zwar gleich nach der Julirevolution daran gedacht die Erhebung Napoleons II. ins Werk zu setzen, allein Joseph Bonapartes Briefe an Kaiser Franz und Metternich waren nicht einmal beantwortet worden und ohne deren Einwilligung konnte man sich der Person des jungen Fürsten nicht bemächtigen. Ueberdies starb derselbe schon 1832, und in demselben Jahre sollte auch der Bourbonismus seine Rolle zu Ende spielen. Karl X. selbst fühlte keine große Neigung den Kampf mit dem Julikönigtum aufzunehmen; er gestand es sogar der Herzogin von Berry, die er im Januar 1831 zur Regentin ernannte, nur widerwillig zu, daß sie einen Versuch zu Gunsten ihres Sohnes Heinrichs V. wage. Denn über die bourbonenfeindliche Gesinnung der Pariser war kein Zweifel gestattet; hatten sie doch im Februar 1831 die Totenfeier des Herzogs von Berry, zu der sich die Legitimisten in der Kirche St. Germain l'Auxerrois versammelten, in rohester Weise gestört, die Kirche verwüstet, den Palast und den Landsitz des Erzbischofs Quelen vollständig ausgeplündert und ihren wilden Hohn mit den priesterlichen Abzeichen getrieben, den König selbst aber gezwungen die bourbonischen Lilien nicht allein von den öffentlichen Gebäuden, sondern auch aus seinem Familienwappen zu entfernen. Dadurch nicht belehrt, wagten die Anhänger Heinrichs V. gerade ein Jahr später eine förmliche Verschwörung, deren scheinbares Oberhaupt ein Schuster namens Poncelet war und die man nach ihrem Ausgangspunkte die Verschwörung der Rue des Prouvaires nannte. Allein sie wurde entdeckt, und die Untersuchung ließ genugsam erkennen, daß die Häupter der Partei in sie verwickelt seien, wenn auch das Schweigen Poncelets, der alle Verantwortung auf sich nahm, den Nachweis vereitelte. Bessere Aussichten als in der Hauptstadt schienen die Legitimisten im Westen des Landes zu haben, besonders in der Bretagne und der Vendée, wo schon seit Monaten ein Kleinkrieg im Gange war, der als Nachahmung der Aufstände des Revolutionszeitalters die „kleine Chouannerie“ genannt wurde. Auch im Süden waren die Bourbonen nicht ohne Freunde, und darauf baute die Herzogin von Berry ihren Plan. Nachdem sie während des Jahres 1831 ihre Vorbereitungen getroffen und sich finanzielle Unterstützung von einigen befreundeten Höfen, dem spanischen, portugiesischen, sardinischen, holländischen verschafft hatte, schiffte sie sich, begleitet von Bourmont und anderen Getreuen, am 26. April 1832 in Massa ein und landete zwei Tage später in Carry nahe bei Marseille, von wo aus ihre Freunde den Versuch machten diese Stadt aufzuwiegen. Jedoch sie fanden nicht den geringsten Anklang; einige wurden gefangen, die anderen mußten fliehen, die Herzogin selbst geriet in die größte Gefahr und konnte sich nur infolge des Umstandes retten, daß die Polizei irrtümlich eine andere Dame statt ihrer verhaftete und dies nach Paris meldete. Daraufhin wurden die Nachforschungen eingestellt, und die

Die Verschwörung Poncelets.

Die kleine Chouannerie.

Die Herzogin von Berry.

Herzogin konnte es wagen, mitten durch Frankreich nach der Vendée zu reisen. Dort war aber die Lust zu einer Erhebung durch die letzten Mißerfolge auch sehr gedämpft und gegen den Rat vieler treuer Anhänger, auch der Pariser, die ausdrücklich Berryer zu ihr sandten um sie zu warnen, gab die Herzogin den Befehl Anfang Juni loszuschlagen. Kleine Erfolge erhöhten nur vorübergehend die Hoffnung; bald war abermals die Flucht das einzige, was der Fürstin übrigblieb. Und wiederum begünstigte sie ein falsches Gerücht; es hieß, sie sei bei dem Brande des Schlosses Penissière umgekommen. So konnte sie sich unter mancherlei Abenteuer nach Nantes retten; aber außer Landes zu kommen gelang ihr nicht; denn die Regierung war vorsichtig geworden und bewachte sorgfältig alle Häfen. Entdeckt wurde die Verborgene endlich durch den Verrat eines getauften Juden, namens Deutz, der ihres Vertrauens genoß und für eine halbe Million das Haus, in dem sie war, der Regierung anzeigte. Allerdings fand man sie auch jetzt nicht gleich; sie barg sich mit einigen Vertrauten in einem Versteck hinter einem Kamin, aus dem sie erst durch das Feuer, welches man darin anzündete, getrieben wurde. Ihre Verhaftung (am 7. November) war aber für die Partei nur das kleinere Unglück; bald sollte ihre Ehre einen schweren Schlag erleiden. Während ihrer Gefangenschaft im Schlosse Blaye bei Bordeaux gab sie die Erklärung ab, daß sie zum zweitenmal verheiratet sei. Die Leidenschaftlichkeit ihrer Parteigenossen verschlimmerte das Übel. Sie warfen der Regierung vor diese Erklärung gefälscht zu haben. Nun blieb dem Könige nichts übrig als die Entbindung der Herzogin abzuwarten. Als sie am 9. Mai 1833 eine Tochter gebar, gab sie als Vater den sicilischen Grafen Lucchesi-Pallian. Darauf wurde sie der Haft entlassen und nach Sicilien geschickt. Ihre Rolle aber war ausgespielt und damit auch die der Legitimisten. Denn die an sich schwache Partei teilte sich obendrein jetzt noch in Anhänger Karls X., Ludwigs XIX. (Angoulêmes) und Heinrichs V. Zu einem neuen Aufstand fand sie keine Kraft mehr.

Um so thätiger waren die Republikaner. Ihnen konnte die Regierung nichts recht machen. Die Haltung derselben in der belgischen, polnischen, italienischen Frage wurde in der heftigsten Weise angegriffen. Daß der Minister Sebastiani den Fall von Warschau mit der Phrase: Die Ordnung herrscht in Warschau, mitteilen konnte, wurde ihm und der Regierung nie vergeben. Auch die strenge Unterdrückung der häufig wiederkehrenden Straßenaufläufe in Paris, der Rücktritt des Seine-Präfekten Odilon Barrot und des Justizministers Mérilhou im Februar und März 1831 erbitterte die Radikalen. Cuffitte vermochte ihnen überdies nicht mit der nötigen persönlichen Autorität entgegenzutreten. Er hatte sich finanziell teils dadurch, daß er neun Millionen aus eigenen Mitteln für die Revolution aufwandte, teils durch unglückliche Spekulationen, gänzlich ruiniert, so daß seine Firma trotz erheblicher Zuschüsse, die der König leistete, Ende Januar 1831 liquidieren mußte. Trotzdem

Die Republikaner.

Casimir Périer.

und obgleich seine Kollegen in verletzender Weise seine Stellung als Ministerpräsident mißachteten, blieb er auf seinem Posten, bis er erfuhr, daß der König hinter seinem Rücken mit Casimir Périer, dem Präsidenten der zweiten Kammer, verhandle. Dessen Berufung, die am 13. März 1831 erfolgte, besserte nun zwar die sehr gespannte Stellung, in der sich Frankreich damals infolge der italienischen Unruhen Oesterreich gegenüber befand; aber auf die radikalen Parteien mußte sie um so ungünstiger wirken. Daß Périer gleich in seiner ersten Ministerrede erklärte, die Freiheit könne sich jedes Volk nur selbst erwerben und Frankreichs Blut gehöre nur Frankreich, lief den Forderungen der Revolutionsmänner ebenso sehr entgegen, wie seine Gesekentwürfe gegen die Zusammenrottungen und über den Vertrieb der Zeitungen. Mit großer Bestimmtheit wußte der Minister seine Stellung nach allen Seiten hin genau zu markieren; wie er dem König gegenüber streng darauf hielt, daß keine politische Maßnahme ohne sein Wissen und Wollen getroffen werde; wie er seine Kollegen zwang sich unbedingt seinen Weisungen zu fügen und gelegentlich wohl gar einen, der in der Kammer das Wort ergreifen wollte, durch ein herrisches: Hierher, d'Argout! auf seinen Platz zurückrief, so legte er auch dem Lande und der Volksvertretung gegenüber die unbeugsame, ja eigensinnige Entschlossenheit eines klar bewußten Willens an den Tag und scheute nicht davor zurück, daß er selbst der Gegenstand bitteren Hasses, und das Stichwort der richtigen Mitte (*juste milieu*), mit dem er sein System kennzeichnete, zu einer stehenden Schmähung und Verspottung des Bürgerkönigtums wurde. Die liberalen Maßregeln im Inneren, das neue Wahlgesetz vom 15. April 1831, das die Zahl der 95 000 Wähler um 70 000 vermehrte und auch die Wählbarkeit erheblich ausdehnte, die gleich darauf vollzogene Auflösung der konservativen Kammer, die Aufhebung der erblichen Pairie im Oktober, der damit verbundene Pairsschub, genügten nicht. Immer von neuem wurden Aufstände in Paris und in den Provinzialstädten angezettelt, oft mit den allerunzulänglichsten Mitteln, so daß der Marschall Lobau im Dezember 1831 die Revolutionäre mit Feuersprizen auseinanderreiben konnte. Geheime und offene Gesellschaften, die früher gemäßigte Aide-toi, die der Volksfreunde, die der Ordnung und des Fortschrittes und andere unterhielten die Gärung. Die Geschworenengerichte bewiesen eine grenzenlose Nachsicht, und wenn die Republikaner, nachdem sie mit beredten Worten ihr Glaubensbekenntnis verteidigt hatten, von ihnen freigesprochen wurden, so erwarteten sie glänzende Ehrenbezeugungen des Volkes. Casimir Périer suchte alle diese Äußerungen mit eiserner Faust niederzuhalten. Aber schon nach einjähriger Geschäftsführung erlag er am 16. Mai 1832 der Cholera, die mit erschreckender Plöglichkeit auf einem Balle im Opernhause ausbrach und in vier Wochen 18 000 Personen hinraffte. Gleich nach ihm starb ein hervorragender Führer der Radikalen, der General Lamarque. Sein Begräbnis am 5. Juni diente als Anlaß zu einem neuen Aufstande, der gefährlicher

Republika-
nische Aufstände
und Bünde.

wurde als die früheren. Doch gelang es auch jetzt dem Mute des Königs, der Tapferkeit der Bürgerwehr und der Treue der Truppen die Auführer zu bezwingen. Darauf begann eine heftige Reaktion. Die Angeklagten wurden verfassungswidrig statt vor die Geschworenen vor Kriegsgerichte verwiesen, die Fachschulen, deren Zöglinge sich an dem Auführer beteiligt hatten, aufgelöst und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Allerdings zog sich der König dadurch selbst eine kleine Schlappe zu. Der Kassationshof, auf welchen ein Beurteilter sich berief, erklärte die Kriegsgerichte für ungesetzlich, und die Prozesse vor denselben mußten eingestellt werden. Aber auch so konnte Louis Philipp mit dem Stande seiner Angelegenheiten ausgangs 1832 wohl zufrieden sein. Republikaner und Legitimisten waren gründlich besiegt, den Bonapartisten hatte der Tod des Herzogs von Reichstadt soeben am 22. Juli ihr Haupt entzogen. Die Kammer war ein gefügiges Werkzeug des Königs geworden, der es nicht verschmähte die Mitglieder durch Beförderungen, Lieferungskontrakte und andere Vorteile zu bestechen. Mit ihrer Hilfe begann dann 1833 ein förmlicher Feldzug gegen die Errungenschaften der Revolution, zu dem sich das Ministerium, an dessen Spitze nach monatelanger Krisis am 11. Oktober 1832 Soult getreten war, herbeiließ, obgleich es in seiner Mitte die Häupter der altliberalen Doktrinäre, Broglie und Guizot, und Thiers, den Mann der Julirevolution, hatte. Auch ihnen war es beängstigend, wenn sie die weite Verbreitung der geheimen Vereine und die Zügellosigkeit der Presse wahrnahmen, Übel, deren Bedrohlichkeit durch die Praxis der Geschworenengerichte noch bedenklicher wurde. Denn nicht allein die ärgsten Schmähungen der Kammern, der Minister, ja des Königs selber gingen straflos durch, sondern oft genug wurde die Ungesetzlichkeit einer verfolgten Handlung bejaht und in krassem Widerspruch damit die Schuldfrage verneint. Auch gegen die Verbreitung der verbotenen und konfiszierten Schriften konnte die Regierung nichts ausrichten, weil es ihr an einer gesetzlichen Handhabe fehlte. Dieser Ohnmacht, die das Ansehen der Behörden völlig zu untergraben drohte, sollte durch die Gesetze von 1833 und 1834 abgeholfen werden. Den liberalen Blättern wurde der Verkauf auf der Straße untersagt, der Bestand aller Vereine, auch der nichtpolitischen, von der Erlaubnis der Regierung abhängig gemacht und der Wirkungskreis der Geschworenengerichte eingeschränkt. Diese reaktionären Maßregeln riefen noch einmal den gewaltsamen Widerstand der Radikalen hervor. Lyon, das schon 1832 einen mehrtägigen Arbeiteraufstand erlebt hatte, gab das Zeichen; am 9. April 1834 begann die Empörung und wenige Tage darauf hatte sie in Paris, Luneville, Grenoble, Nîmes und anderen Städten Nachfolge gefunden. Aber an keinem Punkte konnte sie den Sieg erringen; in Paris waren die Aufständischen schon am zweiten Tage überwunden, in Lyon hielten sie sich beinahe eine Woche; in den anderen Provinzialstädten unterlagen sie fast dem ersten Angriffe. Dieser Ausgang verlieh dem Königtum neue Stärke und führte

Die Reaktion
seit 1832.

Der Aufstand
in Lyon und
Paris.

Bezwingung
der Republikaner.

Mordversuche
gegen den
König.

Die September-
gesetze.

bei den Neuwahlen zu einer schweren Niederlage der Opposition, die etwa 70 Sitze verlor. Die Republikaner, für die der Tod Lafayettes im Mai 1834 ein weiterer schwerer Schlag war, verschwanden fast ganz aus der Kammer. Im stillen freilich erwuchs ihnen ein Bundesgenosse, dessen spätere Bedeutung noch nicht zu übersehen war, in der heimlichen Ausbreitung kommunistischer und sozialistischer Ideen, die von Buonarrotti, St. Simon, Fourier und ihren Schülern in den Kreisen der Arbeiter ausgestreut waren. Zunächst hatte die Regierung auch von dieser Seite noch nichts zu befürchten und es gelang ihr ohne Schwierigkeit einzelner Ausschreitungen Herr zu werden. Die Erbitterung, welche über diese Befestigung des Julikönigtums in den machtlosen radikalen Parteien herrschte, suchte sich nun allerdings einen Ausweg in meuchlerischen Mordanschlägen auf die Person des Herrschers. Schon am 19. November 1832 war auf den König, als er zur Eröffnung der Kammern über den Pont royal ritt, ein Schuß abgefeuert worden ohne ihn zu treffen. Damals glaubte man vielfach es mit einem Kunststück der Polizei zu thun zu haben, und der Thäter, der sich später selbst dessen rühmte, ein junger Lehrer, namens Bergeron, ward von den Geschworenen in Ermangelung aller Beweise freigesprochen. Ungleich tiefer war der Eindruck, welchen das furchtbare Attentat des Korjen Fieschi hervorrief. Als der König am 28. Juli 1835 mit großem Gefolge über den Boulevard du Temple ritt um der Truppenschau zur Feier der Julirevolution beizuwohnen, feuerte jener eine Höllemaschine auf ihn ab, die aus 100 verbundenen Flintenläufen bestand. Der König kam mit seinem gewöhnlichen Glück unversehrt davon; aber über 60 Personen seines Gefolges und der ihn begleitenden Menge wurden getötet oder verwundet, darunter der greise Marschall Mortier. Der verbrecherische Urheber dieses Blutbades wurde alsbald ergriffen; außer drei Mitwissern, die ihm das Geld für seine Vorbereitungen geliefert, hatte er keine Mitschuldige. Den Häuptern der republikanischen Partei kam das Ereignis jedenfalls unerwartet. Zwei derselben, Jakob Cavaignac und Armand Marrast, waren ganz kurz vorher der Haft entflohen, der sie als Mitschuldige an den Aprilaufständen verfallen waren. Sie hatten sich nicht in Paris verborgen, sondern Frankreich verlassen — ein untrüglicher Beweis dafür, daß sie den Plan Fieschis nicht kannten. Gleichwohl mußte jetzt die ganze Partei durch neue Beschränkungen der Freiheit für den Frevel des einzelnen büßen. Trotz des Widerspruches, den selbst Royer Collard, der alte Führer der Doktrinäre, erhob, brachte das Ministerium seine berüchtigten Septembergesetze durch die Kammer. Außer gewissen Maßregeln, welche den Gang der politischen Prozesse zu beschleunigen und erleichtern bestimmt waren — insbesondere sollte zur Beurteilung durch die Geschworenen künftig nur die einfache Mehrheit, nicht zwei Drittel der Stimmen nötig sein — wurde das Recht der Presse ihre politische Meinung frei zu äußern wesentlich beschränkt, indem jeder Angriff gegen die Grundlagen der Regierung, jeder Wunsch nach Befrei-

tigung des monarchischen Systems, jede Parteinahme für republikanische Ideen mit schweren Strafen bedroht wurde. Allein weder dadurch, noch durch den gerechten Lohn, welchen Fieschi und zwei seiner Gehilfen für ihren Frevel auf dem Schafott erhielten, wurden andere Heißsporne der republikanischen Partei davon abgeschreckt ihr Heil an demselben Wagstück zu versuchen. Der Königsmord galt ihnen, wie das nächste Opfer dieses irreleitenden Fanatismus, Alibaud, seinen Richtern erklärte, für ein gutes Recht, wenn man sich nicht anders helfen könne. Außer diesem Alibaud trachtete in demselben Jahre 1836 noch ein zweiter Wegener, Meunier, nach dem Leben des Monarchen. Später versuchten Huber (1838), Darmès (17/10. 1840), Lecomte (16/4. 1846) und Henry (29/7. 1846) den Verhafteten zu töten. Aber sie alle verfehlten ihr Ziel und büßten ihr Verbrechen mit dem Tode oder der Deportation. Zu einer förmlichen Revolution nahmen die Republikaner nur noch einmal den Anlauf, im Jahre 1839. Die Seele des Unternehmens waren drei junge Männer sehr verschiedener Art: Barbès, ein begeisterter Anhänger sozialistischer Ideen aus wohlhabender Familie, Blanqui, ein Verschwörer von Gewerbe, und der ehemalige Unteroffizier Bernard. Den Kern ihrer Genossen bildeten die Mitglieder der geheimen „Gesellschaft der Jahreszeiten“. Aber für sich allein zu schwach, denn sie zählten kaum 1000 waffenfähige Männer, mußten sie auf eine schnelle Begeisterung des Volkes rechnen, wenn ihr Vorhaben Aussicht auf Erfolg bieten sollte. Statt dessen rührte sich keine Hand zu ihrer Unterstützung; in wenigen Stunden war dieser Versuch die soziale Republik zu begründen gescheitert und die Anstifter wanderten in die Gefängnisse um durch lebenslängliche Haft das mißlungene Wagnis zu büßen.

Noch ohnmächtiger als dieses Aufbäumen der Republikaner erwiesen sich die beiden Versuche, welche der Bonapartismus zum Sturze des Julithrones unternahm. Nach dem Tode des Herzogs von Reichstadt betrachtete sich Prinz Louis Napoleon, der Sohn des ehemaligen Königs von Holland und der Stieftochter des Kaisers Hortense Beauharnais, als den Erben der bonapartistischen Ansprüche, obgleich nicht bloß sein Vater, sondern auch die sämtlichen Brüder des Kaisers, von denen Joseph und Lucian älter waren als Ludwig, noch lebten. Im Jahre 1808 geboren, hatte der Prinz seine Erziehung in Deutschland erhalten, 1831 an dem italienischen Aufstande teilgenommen und seitdem in Arenenberg am Bodensee gelebt. Von dort aus knüpfte er Beziehungen mit unzufriedenen französischen Offizieren an; Zusammenkünfte in Baden-Baden dienten dazu eine förmliche Verschwörung ins Leben zu rufen, und so gering die Hilfsmittel waren, über welche der Prinz verfügen konnte, so trieb ihn sein Ehrgeiz doch das Abenteuer zu wagen. Am 29. Oktober 1836 erschien er zum großen Schreck seiner Mitwisser, welche die Sache noch keineswegs für reif hielten, in Straßburg. Der angesehenste Offizier, den er für sich gewonnen, war Baudrey, Oberst des 4. Artillerie-Regimentes; die lebhafteste Thätigkeit zu seinen Gunsten entfaltete der

Spätere
Mordversuche.

Die Ver-
schwörung von
1839.

Der Bonapar-
tismus.

Louis Napo-
leon.

Das Straß-
burger Attentat.

Unteroffizier Persigny; alles in allem waren 15—20 Personen eingeweiht. Am 30. Oktober früh 5 Uhr trat der Prinz in der Uniform des Kaisers vor die Front des Baudrenyschen Regimentes. Anreden, die er und der Oberst an die Soldaten richteten, wurden mit einem kräftigen Hoch auf den Kaiser erwidert; auch die Verhaftung des Kommandanten Boirol und des Präfecten gelang; allein aus der Mitte der Bevölkerung ertönte kein Zuruf, als der Prinz mit seinem Regimente die Straßen durchzog, und die Infanterie in der Finkmattkaserne machte dem ganzen Anschlag ein jähes Ende, indem sie den Prätendenten, der mit den Artilleristen zu ihnen kam, gefangennahm. Eine kurze Rauferei zwischen Infanterie und Artillerie, und der ganze Putz war vorbei. Die Regierung glaubte am klügsten zu thun, wenn sie die Sache, soweit sie den Prinzen betraf, als eine Kinderei behandle. Ohne ein gerichtliches Verfahren einzuleiten, ließ sie ihn in Cherbourg nach Amerika einschiffen. Der leichtsinnige Attentäter zeigte sich zwar anfänglich über diese geringschätzige Behandlung etwas verdrossen, sprach aber doch dem König brieflich seinen Dank aus und bat auch für seine Mitschuldigen um Verzeihung. Die zu gewähren lag nun allerdings nicht entfernt in der Absicht der Regierung; aber die öffentliche Meinung stimmte dem Prinzen bei; wenn der Hauptschuldige straflos ausging, wollte man auch seine Gehilfen nicht verurteilt wissen, und die Straßburger Geschworenen sprachen demgemäß alle Angeklagten zum großen Ärger der Regierung frei. Aber das war nicht der einzige Verdruß, welchen der König sich durch seine unzeitige Milde bereitete. Schon im nächsten Jahre kehrte der Prinz aus Amerika zurück und nahm wie früher als Schweizer Bürger seinen Wohnsitz in Arenenberg. Nun verlangte Louis Philipp seine Ausweisung und zog drohend 25 000 Mann an der Schweizer Grenze zusammen. Wollte der Prinz seinem zweiten Vaterlande nicht die Wahl zwischen schmachvoller Nachgiebigkeit und einem gefährlichen Kriege stellen, so mußte er freiwillig seinen Zufluchtsort verlassen. Er begab sich also nach England. Dort lebte er einige Jahre, geteilt zwischen politischen Studien und sorglosen Zerstreuungen. Die „napoleonischen Ideen“, welche er veröffentlichte, sollten den Beweis liefern, daß er den demokratischen Forderungen der Zeit gerecht zu werden verstehe. Glaubte er dadurch schon manche Mißstimmung gegen sich beseitigt zu haben, so schien das Jahr 1840 seinen Plänen noch kräftigere Förderung zu bringen. Das Ministerium Thiers hatte den König bewogen von England die Erlaubnis zu erbitten die Gebeine des Kaisers Napoleon von St. Helena nach Frankreich hinüberzuführen zu dürfen, damit sie dem testamentarischen Wunsche des Verstorbenen gemäß inmitten des Volkes, das er so sehr geliebt, bestattet würden. England hatte diese Erlaubnis bereitwillig erteilt, in Frankreich wurde der Gedanke mit großer Begeisterung aufgenommen und steigerte die bonapartistischen Neigungen zu ungewöhnlicher Höhe. Zwischen dem Beschluß der Regierung und der Ausführung des Planes verstrich natürlich geraume Zeit. Erst gegen

Napoleon
nach Amerika.

nach der
Schweiz.

nach England.

Die Überfüh-
rung der Leiche
Napoleons I.

Ende
der F
15. J
Damp
schon
ersten
Glaub
Geleg
mit d
gestür
talisch
locken
Abent
der se
Persig
von L
in der
Alden
gewin
haftun
mißgl
Berfo
Damp
um u
und i
Abler
zur M
ergab,
absich
sollte,
durch
lassen
sich w
verfrü
Bittge
den M
wiesen
erkann
Oktob
bewoh
Strafe
L
Thron
sie au
reichen

Ende des Jahres kehrte des Königs Sohn, der Prinz von Joinville, auf der Fregatte Belle Poule mit den Gebeinen des Kaisers zurück und am 15. Dezember erfolgte die feierliche Beisetzung im Dome der Invaliden. Damals war die jubelnde Beistimmung, welche der erste Gedanke erregt, schon gewaltig abgekühlt; aber die freudige Aufnahme, welche er beim ersten Auftreten gefunden, konnte bei dem Neffen des Kaisers wohl den Glauben erwecken, die Julimonarchie habe durch diesen Schritt ihm eine Gelegenheit geboten, die er nicht versäumen dürfe. Die Unzufriedenheit mit der Regierung, die kriegerische Begeisterung des Volkes, der ungestüme Ruf nach der Rheingrenze, wozu die später zu schildernde orientalische Krisis eben damals den Anlaß gab, ließen die Gelegenheit noch lockender erscheinen. Kurz, der Prinz entschloß sich zu einem neuen Abenteuer. Am 6. August 1840 landete er in Begleitung Montholons, der seines Oheims treuer Gefährte auf Helena gewesen war, Baudreys, Persignys und anderer Genossen Straßburger Angedenkens eine Stunde von Boulogne. Bald nach Tagesanbruch befand er sich in der Stadt, in der Kaserne des 42. Linienregimentes. Ein Lieutenant in demselben, Albenize, war eingeweiht; aber seine Bemühungen die Soldaten zu gewinnen blieben erfolglos; kaum entgingen die Verschworenen der Verhaftung. Als auch der Versuch in der Stadt Anhänger zu werben mißglückte, zog das Häuflein sich nach dem Landungsplatze zurück, die Verfolger auf den Fersen. Das Boot, in welchem man nach dem Dampfer, auf dem die Überfahrt bewirkt war, zurückkehren wollte, schlug um und triefend von Seewasser wurden die Attentäter herausgezogen und ins Gefängnis abgeführt. Auf dem Dampfer fand man außer einem Adler, der sich, wie man spottete, von einem Kirchturm zum anderen bis zur Notre-Dame hatte schwingen sollen, auch Aktenstücke, aus denen sich ergab, daß der Prinz zunächst eine provisorische Regierung einzusetzen beabsichtigte, an deren Spitze Thiers, der damalige Ministerpräsident, treten sollte, und daß er dann, des Ausganges sicher, das französische Volk durch eine allgemeine Abstimmung über die Regierungsform entscheiden lassen wollte. Die Gleichgültigkeit, mit welcher Frankreich sein Schicksal sich weiter entwickeln sah, mußte ihm zeigen, daß seine Pläne abermals verfrüht waren. Begnadigung durfte er diesmal nicht hoffen. Ein Bittgesuch seines Vaters blieb ohne Erfolg, obgleich es für die That den Mangel an gesundem Menschenverstande, welchen ihr Urheber bewiesen, als Milderungsgrund geltend zu machen suchte. Der Pairshof erkannte auf lebenslängliche Festungshaft, und der Prinz trat diese im Oktober in dem Schlosse Ham in demselben Zimmer an, das Polignac bewohnt hatte. Seiner Genossen harrte die gleiche oder eine ähnliche Strafe.

Die Landung
in Boulogne.

Gefangen-
schaft in Ham.

Louis Philipp konnte nach dem allem am zehnten Jahrestage seiner Thronbesteigung sich sagen, daß keine der feindlichen Parteien, wieviel sie auch versucht hatten ihn zu stürzen, Kraft genug zu einem erfolgreichen Schlage besitze. Aber daß sein eigenes Regiment den Beifall

Unbeliebtheit
des Königs
und der Re-
gierung.

der Franzosen erworben, konnte er sich nicht sagen. Das strenge System, das er im Inneren durchführte, erbitterte von Jahr zu Jahr mehr und drängte die Frage auf, was man denn eigentlich durch die Revolution gewonnen habe. Die Beliebtheit, welche der König früher in gewissem Umfange besessen, erlosch völlig. Zahlreiche Gelegenheiten boten sich seinen Feinden um die Volksstimme gegen ihn aufzuregen. Besonders seine Geldgier, die unbezwinglich und unbelehrbar schien, gewährte erwünschte Angriffspunkte. Daß der König trotz seines Reichthums bei jeder Vermählung eines seiner Kinder neue Zuschüsse von der Kammer verlangte und, wenn diese sie trotz ihrer Gefügigkeit doch einmal verweigerte, das Verlangen unermüdlich wiederholte, schuf ihm schweren Schaden. Noch bedenklicher aber war für ihn der persönliche Anteil, welchen er an der Regierung nahm. Die Ministerien kamen und gingen, aber die Politik blieb dieselbe. Denn die Minister waren in der That nur die Puppen des Königs, der sie so lange behielt, wie sie seinen Willen thaten, seinen unveränderlichen Gedanken, die *pensée immuable*, auszuführen bereit waren. Seit Casimir Périers Tode im Jahre 1832 hatte kein Ministerium andauernd den König gegen seine vorgefaßte Meinung zu Entschlüssen zu bestimmen vermocht, auch die Kammer hatte sich regelmäßig dem höheren Willen gebeugt. Daran war nicht allein der Umstand schuld, daß die unbedingt orleanistische Partei dank den Bestechungen fast immer die Mehrheit zählte, sondern nicht weniger die persönlichen Gelüste, welche die Haltung der zahlreichen Parteien zu bestimmen pflegten. Außer den Legitimisten und den Republikanern konnten auch die gemäßigten und die dynastische Linke, von denen jene Lafitte, Arago, Clauzel, diese Odilon Barrot zu Führern hatte, insofern als unabhängig betrachtet werden, als keine von ihnen Aussicht hatte die Zügel der Regierung in die Hand zu bekommen. Das linke und das rechte Centrum dagegen und die Mittelpartei, welche zwischen den beiden Centren Platz nahm, der sogenannte *tiers-parti*, rangen beständig miteinander um die Leitung der Geschäfte, und ihre Führer, die Guizot, Molé, Thiers, verbanden und trennten sich, je nachdem es galt den einen oder den anderen durch Verbindung mit dem dritten zu stürzen. Den leitenden Platz in seinem jeweiligen Ministerium liebte der König aber nicht einem Manne zu geben, der durch seine Beredsamkeit Einfluß in der Kammer besaß, sondern lieber einem Soult, Mortier, Bassano, Montebello, kurz einem Militär, der den eigentlich politischen Aufgaben fern stand. Am liebsten hätte er wohl gar keinen Premier gehabt, wie in den Monaten nach Casimir Périers Tode, wo er selbst ein halbes Jahr lang den Vorsitz führte. Das Kabinett vom 11. Oktober 1832, dem Soult präsidirte, vereinigte in seiner Mitte Guizot, Thiers, Broglie, also Männer verschiedener Schattierungen. Broglie war dem Könige am unangenehmsten; er mußte schon 1834 ausscheiden; auch einige andere unbedeutendere Personen wurden gewechselt; im übrigen aber hielt sich jenes Kabinett über drei Jahre, obgleich es seinen Präsidenten

Die Kammern.

Die Ministerien.

Das Kabinett vom 11. Oktober 1832.

mehrfach änderte; auf Soult folgte Gérard, auf Gérard nach einem zweitägigen Ministerium Bassano der alte Marschall Mortier, auf Mortier der wiedereingetretene Broglie. Erst im Februar 1836 erlag es den Intrigen der Mittelpartei, zu deren Werkzeug sich Thiers aus Ehrgeiz hergab. Er verschaffte sich dadurch am 22. Februar für ein halbes Jahr den Vorsitz im Ministerrate. Aber schon am 6. September mußte er einem Kabinett Molé-Guizot weichen, das nach wieder einem halben Jahre im April 1837 durch Guizots und seiner Anhänger Austritt eine wesentliche Umgestaltung erfuhr. Mit dieser neuen Zusammensetzung war der König sehr wohl zufrieden, da sie seinem persönlichen Willen keinen Widerstand entgegensetzte. Ebendeshalb aber wurde sie von den liberalen Parteien in der Kammer heftig angefochten; Thiers brachte die Forderung des parlamentarischen Regiments in ein faßliches Schlagwort: *Le roi règne, mais il ne gouverne pas.* Die dynastische Linke schloß sich dieser Opposition an, und auch die Doktrinäre auf der Rechten hatten nichts dawider einzuwenden, in der Hoffnung ihre Häupter Guizot und Broglie wieder ans Ruder zu bringen. So entstand das Bündnis der beiden Centren und der dynastischen Linken gegen das Ministerium der Mittelpartei, und da sich die Legitimisten und Republikaner jedem Schritte gegen die Julimonarchie bereitwillig anschlossen, so gestaltete sich die Adreßdebatte im Januar 1839 zu einer scharfen Beurteilung der Politik Molés. Aber wider alles Erwarten war die Folge dieses zwölfstägigen Redeturniers nicht der Rücktritt des Angegriffenen, sondern die Auflösung der Kammer. Erst als die Neuwahlen den zweifellosen Sieg der verbündeten Parteien ergeben hatten, fügte sich Louis Philipp und entließ Molé am 8. März 1839. Damit war aber zugleich auch das Bündnis gesprengt, denn nur in der Verneinung, nicht in den Zielen waren die Parteien einig. Aus einer dreiwöchentlichen Krisis ging am 1. April ein ganz farbloses Ministerium Montebello hervor, so recht wie Louis Philipp es wünschte. Wenn irgendwer bei dem Tausche an Einfluß verlor, so war er es gewiß nicht. Gleichwohl hatte auch diese Bildung keine Dauer. Die sozialistischen Unruhen, die Barbès am 12. Mai erregte, gaben ihr den Todesstoß. Und nun griff der König wieder zu Soult, dessen Fügsamkeit er von 1832—34 hinreichend erprobt hatte. Fast ein Jahr lang erhielt er ihn auf seinem Posten; da aber versetzte die Kammer ihm einen Streich, der ihn sehr empfindlich traf. Sie verweigerte dem Ministerium die Ausstattung für den Herzog von Nemours. Das belehrte den König, wie gefährlich es sei sich alle Parteien dadurch zu Feinden zu machen, daß er keiner die Leitung der Geschäfte ganz anvertraute. Er entschloß sich also wieder einmal zu einem Parteiministerium, an dessen Spitze am 1. März 1840 Thiers trat, dem vorbehalten war Frankreich und sein Herrscherhaus in die gefährlichste Verwickelung zu bringen, die seit 1830 eingetreten war. Auch als er vier Jahre früher für einige Monate die französische Politik geleitet hatte, waren es die auswärtigen Angelegenheiten, denen er besonderen Eifer

Thiers.

Molé-Guizot.

Molé.

Montebello.

Soult.

Thiers.

widmete, gewesen, die seinen Sturz herbeiführten. 1840 war der Ausgang kein anderer. Diesmal erlag er der orientalischen, das erstmal der spanischen Frage, d. h. den beiden wichtigsten diplomatischen Verwickelungen dieses Jahrzehntes, die ähnlich wie in dem vorhergehenden die Erhebung Griechenlands die Stellung der Großmächte zu einander bestimmten.

Dom Miguel und Don Carlos.

Portugal.

Die spanischen Wirren standen in enger Verbindung mit den portugiesischen. Dom Pedro von Brasilien hatte 1826 bei seines Vaters Tode, sein Nachfolgerecht in Portugal auf seine siebenjährige Tochter Donna Maria da Gloria übertragen, für die als Vormund und Regent Dom Miguel die Herrschaft führen sollte, sobald er eine Verfassung, die Dom Pedro dem Lande gab, anerkannt und die angebotene Hand seiner Nichte angenommen habe. Bis dahin stand die Regentschaft der Infantin Maria Isabella, Johannis VI. Tochter, zu. Kaum aber hatte diese die Verfassung in Kraft gesetzt, als die absolutistische Partei dagegen die Waffen erhob und, von Spanien unterstützt, sich für das Königtum Dom Miguels erklärte, der immer noch außer Landes war. Der Aufstand wurde so gefährlich, daß die Regentin sich um Hilfe an England wenden mußte, und Canning zögerte nicht ihr zu willfahren. In mächtiger Rede kündete er am 12. Dezember 1826 dem Unterhause den Entschluß an die Freiheit Portugals zu schützen; er haschte nicht nach Gelegenheiten Englands Macht zu zeigen und trage kein Verlangen aus der Neutralität herauszutreten; aber der Förderung, welche Spanien den absolutistischen Empörern angedeihen lasse, müsse England durch entschlossenes Eintreten für die Sache der Freiheit antworten, und die Männer des Rückschlusses möchten nicht vergessen, daß, wenn ein großer Krieg daraus entstehe, die britische Macht ein starker Rückhalt für alle Geknechteten und Unzufriedenen sein werde. Als solchen erwies sie sich in Portugal auf der Stelle. Die Landung eines englischen Heeres unter Clinton genügte um die Aufständischen nach kurzem Kampfe mit den Truppen der Regentin zum Rückzug nach Spanien zu zwingen. Aber wenige Monate später starb Canning und es fanden nun in Wien Konferenzen zwischen Vertretern Oesterreichs, Englands und Dom Miguels statt, in denen der letztere die Rechte seines Bruders am 19. Oktober 1827 anerkannte und die ihm übertragene Regentschaft annahm. Im Dezember verließ er Wien und traf am 22. Februar 1828 über Paris und London in Lissabon ein um die Verfassung zu beschwören und die Regierung zu übernehmen. Daß er sich sogleich mit einem absolutistischen Ministerium umgab, die Kammeru auflöste und eine Kommission zur Beratung von Verfassungsänderungen einsetzte, war ein schlimmes Anzeichen für seine weiteren Pläne. Der verderbliche Einfluß, den seine ränkesüchtige Mutter Carlota bereits früher auf ihn

Aufstand für
Dom Miguel.

Dom Miguel
Regent.

geübt, trat wieder in volle Kraft; mit ihr teilte sich die Geistlichkeit, an ihrer Spitze der Beichtvater des Regenten, der Pater Mazedo, in die Herrschaft über ihn. Bald wurde es deutlich erkennbar, daß man das Volk gegen die liberale Verfassung und gegen die junge Königin Maria, die damals noch in Brasilien weilte, aufhezte. Wenn Dom Pedro, so lange er Kaiser von Brasilien war, nicht König von Portugal werden durfte, so habe er, behaupteten die Miguelisten, auch keine Befugnis dieses sein ruhendes Recht seiner Tochter abzutreten; es müsse vielmehr als Nächstberechtigter Dom Miguel an seine Stelle treten; noch weniger könne man dem Kaiser von Brasilien die Befugnis einräumen, wie Pedro es gethan, Portugal eine Verfassung zu erteilen. Andererseits hatte freilich Miguel diese Verfassung bereits beschworen und Donna Maria anerkannt, somit auf seine Ansprüche verzichtet und die Pflicht übernommen für die Erhaltung der neuen Ordnung einzutreten: nur durch einen Eidbruch konnte er seine eigenen Rechte von neuem verfolgen. Um diesen zu rechtfertigen wurde nun von der Geistlichkeit im ganzen Lande eine Agitation gegen die bestehende Ordnung angefacht und zahlreiche Adressen an den Regenten erlassen um von ihm die Auflösung der Cortes und die Einberufung der alten Stände zu fordern. Dom Miguel ließ sich nicht lange bitten, obgleich selbst Metternich mit der Abberufung des österreichischen Gesandten drohte. Am 3. Mai 1828 rief er die Cortes von Lamego wieder zusammen und wurde von ihnen am 26. Juni als König ausgerufen. Nun folgte ein Schreckensregiment entsetzlichster Art. Mit Hilfe des Heeres, das ihm ergeben war, und einer Polizei von 6000 Köpfen, die von dem energischen Tellez Jordao geleitet wurde, unterdrückte der neue König jeden Widerstand. Die Gefängnisse füllten und überfüllten sich; am Ende des Jahres umschlossen sie 15 000 politische Opfer. Es war mehr Platz nötig. Töten! töten! nach Afrika schicken! war die Antwort des Wüterichs, der in den sechs Jahren, die sein Regiment dauerte, 17 000 Personen soll haben hingerichtet, 16 000 deportieren, 13 000 verbrennen, 26 000 ins Gefängnis werfen lassen. Den Anhängern der Königin Maria blieb keine Wahl als die Flucht. Ein Versuch der Empörung scheiterte, weil die Führer, Palmella, Saldanha u. a., nicht rechtzeitig aus England eintrafen. Die Aufständischen wurden über die spanische Grenze gedrängt und auf französische Fürsprache nach England gebracht. Andere begaben sich nach Terceira, der größten von den Azoren, deren Gouverneur Cabreira fest zu Dom Pedro hielt. Allmählich trafen dort auch die Flüchtlinge ein, welche sich nach England gerettet hatten, obgleich das Ministerium Wellington ihnen die Überfahrt in jeder Weise zu erschweren suchte. Ohne Miguel als König anzuerkennen erwies es ihm gleichwohl die größten Dienste. Auf Metternichs Anregung hatten sich nämlich die Großmächte zu einer scheinbar vermittelnden Politik geeinigt. Während sie einerseits die Legitimität der Donna Maria auf das stärkste betonten und nach Dom Miguel's Staatsstreich ihre Gesandten aus Lissabon

Sein Verfassungsbuch.

Empörungen.

Streit mit
England und
Frankreich.

Dom Pedro
nach Europa.

abberiefen, fürchteten sie sich doch andererseits den Sieg seiner liberalen Gegner wegen der Rückwirkung, die er auf das übrige Europa haben konnte, und beschloßen deshalb Dom Pedro aufzufordern den Königstitel seines Bruders anzuerkennen, wogegen dieser sich verpflichten sollte nur als Mitregent seiner Braut, nicht als alleiniger Herrscher aufzutreten. Als nun Donna Maria Ende 1828 von Brasilien herüberkam, unfundig noch dessen, was mittlerweile in Lissabon sich zugetragen, fand sie in London beim Könige zwar eine freundliche Aufnahme, aber beim Ministerium nicht die leiseste Unterstützung und kehrte deshalb schnell nach Brasilien zurück. Ja, als Saldanha Anfang Januar 1829 mit einigen hundert Leuten sich nach Terceira einschiffen wollte, verbot ihm Wellington das in herrischer Weise und schickte, als es doch geschah, zwei Fregatten nach den Azoren, welche die Landung dort mit Gewalt verhinderten; Miguels amtliche Zeitung konnte mit Recht verkünden: Englands Betragen sei über alles Lob erhaben. Und da auch Frankreich und die Ostmächte Miguel zu begünstigen fortführen, so durfte dieser mit seiner Lage wohl zufrieden sein, obgleich er nur von den Vereinigten Staaten, Spanien und dem Papste förmlich anerkannt wurde. Aber die Julirevolution und der Sturz der Tories in England änderten die Lage, und Miguel war nicht geschmeidig genug um dem Rechnung zu tragen. Vielmehr gab er durch Willkürmaßregeln, die er gegen die Personen und das Vermögen englischer und französischer Unterthanen verhängte, zunächst zu diplomatischem, dann zu bewaffnetem Einschreiten der beiden Mächte Anlaß. Für die liberale Partei war schon der Umstand ermutigend, daß bei dieser Gelegenheit weder das Pariser noch das Londoner Kabinett den Usurpator als König behandelte; jenes bezeichnete ihn als Prinzregenten, dieses gar nur als faktischen Beherrscher des Landes. Noch demütigender aber war der Ausgang beider Konflikte. Die englische Flotte erzwang im Mai 1831 die Freilassung der verhafteten Briten, die Absetzung der schuldigen Beamten, eine reichliche Geldentschädigung und die Veröffentlichung dieser Bedingungen in der amtlichen Zeitung; der französische Admiral Roussin erreichte im Juli nicht allein ähnliche Zugeständnisse, sondern führte auch die portugiesische Flotte nach Brest ab. Seinen Grimm über diese Niederlagen konnte Miguel im nächsten Monat an seinen eigenen Unterthanen kühlen; in Lissabon und Oporto kam es zu Aufständen, die beinahe hundert Offiziere und Bürger mit dem Tode büßen mußten. Und doch war das nur das Vorspiel zu einer größeren Unternehmung. Dom Pedro entschloß sich persönlich für das Recht seiner Tochter einzutreten. Konflikte mit der liberalen Partei in Brasilien bewogen ihn die Kaiserkrone am 7. April 1831 seinem sechsjährigen Sohne Pedro II. zu übertragen; dann schiffte er sich nach Europa ein, erschien als Herzog von Braganza im Juli und August zu Paris und London, erfreute sich der günstigsten Aufnahme und begann ernstliche Rüstungen und Geldoperationen behufs der Eroberung Portugals.

ceira.
einer
12 00
Erfs
schien
Weid
schien
Stad
günst
und
vorzu
Migu
dern
im D
dieser
Men
so de
stürz
pitän
endli
eine
nach
Migu
Erno
steuer
stieß
eine
zu L
hinde
Räu
sich
beide
Dom
Reich
schrit
Bour
besch
die L
sein
sichte
insel
Ferd

Zum Ausgangspunkt seiner Unternehmung erfor er natürlich Terceira. Dort wurde bis zum Sommer 1832 geworben, gerüstet und einexerziert, so daß die Landung am 7. Juli mit einem Heere von 12 000 Mann versucht werden konnte. Der erste Schritt war ein großer Erfolg: Oporto fiel ohne Widerstand in Pedros Gewalt. Aber damit schien sein Glück auch zu Ende zu sein; es gelang ihm nicht über das Weichbild der Stadt hinaus festen Fuß zu fassen. Im September erschien dann sogar Miguel mit großer Übermacht vor den Mauern der Stadt und begann die Belagerung. Doch war das Glück ihm nicht günstiger; der Krieg schien sich auf diesem einen Schauplatz festsetzen und verewigen zu wollen. Beide Brüder verstärkten ihre Heere, Pedro vorzugsweise durch Ausländer, die seewärts zu ihm stießen. Denn Miguel war allgemach der Abscheu der Liberalen in aller Herren Ländern geworden; ihn stürzen zu helfen schien ein ruhmvolles Unternehmen im Dienste der Freiheit. Dieser Zerstörer verfassungsmäßiger Freiheit, dieser meineidige Usurpator, dieser Unterjocher seines Vaterlandes, dieser Mensch, der einem hilf- und wehrlosen Weibe nach dem Leben trachte — so donnerte Lord Palmerston im Unterhause gegen ihn —, mußte gestürzt werden. Unter den Ankömmlingen befand sich der englische Kapitän Charles Napier. Ihm und dem Herzog von Terceira gelang es endlich im Juli 1833, fast ein Jahr nach Pedros Landung, dem Kriege eine andere Wendung zu geben. Sie schifften sich mit einigen Tausenden nach Algarbien ein, der Südprowinz Portugals, die nur schwach von Miguel besetzt und ihm wenig geneigt war. Terceira landete, fand über Erwarten Beistand und rückte kühn auf Lissabon los. Ebendahin steuerte Napier mit seiner Flotte. Auf der Höhe von Cap St. Vicente stieß er auf die Schiffe Dom MIGUELS und brachte ihnen am 5. Juli eine vernichtende Niederlage bei. Nicht minder glücklich war Terceira zu Lande; er schlug Tellez Jordao, der seinen Vormarsch auf Lissabon hindern wollte, und erzwang mit Napier zusammen am 24. Juli die Räumung der Hauptstadt, in die Dom Pedro vier Tage später einzog.

Aber zu Ende war der Kampf auch jetzt noch nicht. Längst hatte sich Europa gewöhnt den Streit der beiden Brüder als den Streit der beiden weltbewegenden Prinzipien anzusehen. Wie der Liberalismus Dom Pedro zu Hilfe eilte, so trat die Reaktion für Miguel ein. Seine Reihen verstärkten sich durch französische Legitimisten und spanische Rückschrittmänner. Den Oberbefehl über seine Truppen führte Marschall Bourmont. Aber auch dem war kein Ruhm auf diesen Schlachtfeldern beschieden: nach einem letzten unglücklichen Sturm auf Oporto mußte er die Belagerung aufgeben, nach einem mißlungenen Angriff auf Lissabon sein Kommando niederlegen.

Da schien ein längst erwartetes Ereignis in Spanien neue Aus-
sichten für MIGUELS Sache zu erwecken und die ganze pyrenäische Halb-
insel in den Krieg hineinzuziehen. Am 29. September 1833 starb König
Ferdinand VII. und zu dem portugiesischen Erbfolgekrieg gesellte sich

Dom Pedros
Siege.

Spanien.

ein spanischer. Seit Jahren hatte man sich gewöhnt, als Thronfolger in Spanien des Monarchen Bruder, Don Carlos, das Haupt der Apostolischen, der ultrareaktionären Priesterpartei, zu betrachten; denn drei Ehen des Königs waren kinderlos geblieben. Da vermählte er sich im Dezember 1829, kaum ein halbes Jahr nach dem Tode seiner Gemahlin, zum viertenmal mit Maria Christina, einer Schwester Ferdinands II. von Neapel und der Herzogin von Berry, und erließ wenige Monate später, am 29. März 1830, ein Gesetz, die pragmatische Sanktion genannt, durch welches er die Thronfolgeordnung von 1713, welche dem Mannsstamme allein Erbberechtigung zusprach, aufhob und das alte kastilianische Nachfolgerecht der Töchter wieder in Kraft setzte. Über seine Berechtigung zu diesem Schritte konnte man zweifelhaft sein; um so lebhafter bemächtigten sich die Parteien der streitigen Frage, die für Spaniens weitere Entwicklung von größtem Einfluß werden mußte, wenn durch die Geburt einer Tochter das neue Gesetz zur Anwendung kam. Wirklich wurde dem Königspaar am 10. Oktober 1830 die erste, und fünf Vierteljahre später eine zweite Tochter geboren, jene Isabella, diese Louise genannt. Gelang es jetzt der apostolischen Partei nicht, die Aufhebung der pragmatischen Sanktion zu erreichen, so nahte ihr Einfluß mit schnellen Schritten seinem Ende. Denn bei dem nicht fernem Tode des durch und durch siechen Ferdinand fiel die Regentschaft an Maria Christina, die in den Apostolischen die Freunde des Don Carlos, die Feinde ihrer Tochter, erblickte und daher Anlehnung an die Liberalen suchen mußte. An Bemühungen den Willen des Königs umzuändern, fehlte es daher nicht, und die Umstände begünstigten solche Bestrebungen. Im Herbst 1830 brachen in Navarra und Andalusien Empörungen aus, die den König umsomehr schreckten, als im Norden der gefürchtete Mina an der Spitze stand, der von der französischen Regierung ermutigt wurde. Allerdings gelang es die Aufstände niederzuschlagen. Louis Philipp ließ Mina fallen, als Ferdinand sich bereit erklärte, das Sultankönigthum anzuerkennen, und die Uneinigkeit der Rebellen beschleunigte ihren Untergang. Aber obgleich nun jede Gefahr beseitigt war, bewirkten diese Ereignisse doch, daß Ferdinand und sein charakterloser Minister Calomarde sich den Apostolischen wieder näherten. Eine schwere Krankheit des Königs im September 1832, die täglich seinen Tod erwarten ließ, rückte die Stunde der Entscheidung nahe heran. Maria Christina sah ihr mit Angst entgegen. Von seiten der Karlisten war kein Mittel verschmäht worden um sie beim Volk in schlechten Ruf zu bringen, und wenigstens die Anklage der Vergnügungssucht und der Verschwendung war vollauf begründet. Verbrauchte doch der königliche Hof im Jahre 1832 nicht weniger als 200 Millionen Realen, d. h. den vierten Teil der Gesamtausgaben und viermal so viel, wie für ihn ausgeworfen war. Die Königin, der allein die Schuld daran beizumessen war, fühlte sich einem Kampfe mit den Karlisten, wenn ihr Gemahl jetzt sterben sollte, nicht gewachsen. Ein Versuch sich mit Don Carlos zu verständigen

Die pragmatistische Sanktion.

Empörungen.

Anschläge der Karlisten.

schei
ältes
kenn
jolan
aber
Mut
fran
diese
sich
fort
lichte
gesch
fähig
die
Calo
einen
18. C
neue
Rege
Min
eine
Carl
West
eigen
er si
der
Prin
Stell
gäng
Mär
Erla
einen
der k
spond
der
Char
zu ge
der
lange
er fö
Erwa
behilf
allein
Nach
vorrä
Su

scheiterte; er lehnte die Hand der Infantin Isabella, die ihm für seinen ältesten Sohn geboten wurde, wenn er die pragmatische Sanktion anerkennen wolle, ab und beharrte unveränderlich auf seinem Standpunkte: solange der König lebe, werde er diesem treu bleiben; nach dessen Tode aber sei er König. Unter diesen Umständen verlor Maria Christina den Mut; sie bat, von dem österreichischen Gesandten unterstützt, den todkranken König selbst um die Aufhebung der pragmatischen Sanktion und dieser willigte am 18. September ein. Wider alles Erwarten aber besserte sich sein Befinden und Ende des Monats war jede Gefahr vorbei. Sofort schlug die Königin wieder einen anderen Ton an; alle Verantwortlichkeit für das Vorgefallene wurde auf Calomarde und die Gegenpartei geschoben; der König war durch die Art, wie man seine Unzurechnungsfähigkeit benutzt hatte, verletzt und seiner Gemahlin für die treue Pflege, die sie ihm erwiesen, dankbar; kurz schon am 1. Oktober entließ er Calomarde und ernannte Maria Christina zur Regentin. Ehe sie nach einem Vierteljahr diese Würde niederlegte, wurde der Widerruf vom 18. September feierlich zurückgenommen und die weibliche Erbfolge aufs neue hergestellt. Die liberalen Maßregeln, welche den Anfang der Regentschaft bezeichnet hatten, blieben aber völlig vereinzelt. Der neue Ministerpräsident Zea Bermudez nährte die sonderbare Hoffnung, durch eine konservative Politik die Ostmächte, die sich unumwunden für Don Carlos ausgesprochen hatten, für Isabella gewinnen zu können; um die Westmächte aber glaubte er sich nicht kümmern zu brauchen, da sie im eigenen Interesse Gegner der Apostolischen sein müßten. So entfremdete er sich beide Parteien im Auslande wie in Spanien. Schon erreichte der Gegensatz eine solche Höhe, daß bewaffnete Erhebungen für den Prinzen gewagt wurden. Auch Don Carlos selbst konnte seine bisherige Stellung nicht behaupten; als seine Schwägerin und eifrige Parteigängerin, die Prinzessin von Beira, eine Schwester Dom Miguel's, im März 1833 nach Portugal ausgewiesen wurde, erbat und erhielt er die Erlaubnis ihr zu folgen. Wenige Monate später erließ er von dort einen feierlichen Protest gegen die Huldigung, welche von den Cortes der künftigen Königin im voraus geleistet werden sollte. Eine Korrespondenz mit seinem Bruder, die mit den liebevollsten Versicherungen der Anhänglichkeit begann, nahm allmählich einen äußerst gereizten Charakter an, und dem Befehle Portugal zu verlassen und nach Rom zu gehen setzte er offenen Widerstand entgegen. Seine Sache war mit der Dom Miguel's jetzt untrennbar verwachsen; für sich wollte er, solange sein Bruder lebte, bei seiner strengen Legalität nichts thun; aber er förderte die Bemühungen des portugiesischen Prätendenten in der Erwartung, daß dieser dafür später auch ihm zur Erlangung des Thrones behilflich sein werde. Um so seltsamer war es, daß Zea Bermudez nicht allein fortfuhr im Namen Spaniens ebendiesen Miguel als König des Nachbarstaates anzuerkennen, sondern ihn sogar heimlich mit Kriegsvorräten unterstützte.

Aufhebung der Sanktion.

Erneuerung derselben.

Zea Bermudez.

Don Carlos nach Portugal.

Karlisten und
Christinos.

Vater Merino.

Don Carlos.

Sea Bermudez.

Martinez de la
Rosa.

Estatuto real.

So lagen die Dinge, als Ferdinand VII. starb. Als bald erhoben sich in fast allen Theilen Spaniens, besonders aber in den baskischen Provinzen, die Anhänger Karls V. wider die Verteidiger der Regentenschaft Maria Christinas, die Christinos. Überall fast hatten sie in den „königlichen Freiwilligen“, einer Miliz, die unter dem Einflusse der Geistlichkeit stand, organisierte Truppen zu ihrer Verfügung; dennoch scheiterten die meisten Erhebungen an der eigenen Unordnung, an dem Widerstande des liberalen Bürgertums und zum Theil auch an der Energie der Militärbehörden. Am bedrohlichsten war die Bewegung in Altcastilien, von wo der aus den Franzosenkriegen berühmte Vater Merino mit 11 000 Mann gegen Madrid heranzog. Wenn ein stetiger Plan seine Märsche gelenkt, eine gemeinsame Leitung die verschiedenen Erhebungen geordnet hätte, so wäre die Gefahr für die Hauptstadt kaum abzuwenden gewesen. Aber von einer Junta hierhin, von der anderen dorthin gerufen, verzettelte Merino seine Kräfte und wurde endlich über die portugiesische Grenze gedrängt. Don Carlos hatte die günstigste Gelegenheit verpaßt, indem er ohne sich zu rühren bei Dom Miguel verblieb; die unglaubliche Beschränktheit und Gedankenarmut, wovon er noch so viele Beweise ablegen sollte, trat schon hier zu Tage. So fand denn die karlistische Erhebung keinen Mittelpunkt, sondern entwickelte sich in den einzelnen Provinzen selbständig. Wo tüchtige Führer an der Spitze standen, gedieh sie; wo das nicht der Fall war, unterlag sie schnell. Auf christinischer Seite ging es aber nicht viel anders zu, die Regierung in Madrid beeinflusste die Entscheidung nur wenig; daß Merinos Scharen sich auflösten, daß auch in Katalonien, Navarra und den baskischen Ländern der Aufstand in die Berge zurückgedrängt wurde, war den Generalen Sarzfield, Quesada, Clauder zu danken, nicht dem Minister Sea Bermudez. Dieser Mann, der bei den Liberalen kaum minder verhaßt war als sein Vorgänger Calomarde, blieb zum allgemeinen Erstaunen am Ruder; durch eine Annäherung an Frankreich, dessen Beistand er schon im Oktober vergeblich erbat, durch die Anerkennung des Dom Pedro und die Aufnahme des gemäßigt liberalen Burgos in sein Kabinett hoffte er seine Stellung zu befestigen; aber nach einem Vierteljahr (am 14. Januar 1834) mußte er doch dem ungestümen Verlangen der ihm feindlichen Generale, besonders Clauders und Quesadas, weichen. Zu seinem Nachfolger bestimmte Maria Christina Martinez de la Rosa, den Minister von 1822, dessen vorsichtiger Liberalismus auch in Paris genehm war. Die Parteimänner befriedigte diese Lösung allerdings keineswegs und sie befeindeten Burgos, den einst hochgefeierten, trotz der verständigen Reformen, die er anbahnte, auf das lebhafteste; ließ es das neue Kabinett auch nicht an Mißgriffen fehlen, so waren im ganzen und großen seine Maßregeln doch zeitgemäß und erfolgreich. In der inneren Politik ragte als bedeutendste That der Erlaß einer Verfassung, des Estatuto real vom 10. April 1834, und die Berufung einer Volksvertretung in zwei Kammern (die der Proceres

und der Procuradores genannt) hervor; in der äußeren Politik trat Rosa entschieden zu den Westmächten hinüber, indem er im April den General Kobil zur Unterstützung Dom Pedros in Portugal einrücken ließ und am 22. mit England, Frankreich und Portugal die Londoner Quadrupelallianz abschloß. Das Hauptverdienst an diesem Vertrage, den er einen prächtigen Treffer und ganz und gar sein Werk nannte, nahm Lord Palmerston für sich in Anspruch; etwas überschwenglich sah er darin, als in dem Bündnis der vier konstitutionellen Westmächte, ein gewaltiges Gegengewicht gegen die Heilige Allianz des Nordens; die nächsten Aufgaben der Allianz waren aber doch ziemlich beschränkt, beschränkter als das spanische Interesse sie gefordert hätte. Die Mächte verpflichteten sich, die Entfernung der beiden Prätendenten aus Portugal zu erzwingen; England sollte dazu durch eine Flotte, Spanien durch ein Heer mitwirken, während Frankreichs Beteiligung im Notfall durch ein neues Abkommen geregelt werden sollte. Dafür, daß Don Carlos auch von Spanien ferngehalten werde, traf der Vertrag keine Vorkehrungen; denn ein direktes Eingreifen in den spanischen Streit widersprach Palmerstons Wünschen, weil die bewaffnete Einmischung dabei von Frankreich hätte ausgehen müssen und dieser Macht das Übergewicht in Madrid verliehen haben würde. In Portugal aber erzielte die Allianz schnell einen vollkommenen Erfolg. Kobil vereinigte sich mit Dom Pedro und brachte am 15. Mai den Migueliten bei Thomar eine vernichtende Niederlage bei, so daß beide Prätendenten sich fügen mußten. Dom Miguel unterzeichnete am 26. Mai den Vertrag von Evora, in dem er auf die Krone verzichtete, Portugal auf immer zu verlassen versprach und sich von den spanischen Angelegenheiten fernzuhalten gelobte, wogegen ihm ein Jahrgehalt von 375 000 Franks zugesichert wurde. Wenige Tage darauf schiffte sich auch Don Carlos unter englischer Vermittelung auf einem britischen Kriegsdampfer nach England ein.

Quadrupel-
allianz.Dom Miguel
besiegt.Vertrag von
Evora.

Miguel widerrief zwar bald darauf in Genua seine Zusagen, aber seine politische Rolle war doch ausgespielt. Vermählt mit einer Prinzessin von Löwenstein-Wertheim lebte er noch über dreißig Jahre völlig vergessen in Deutschland und starb am 14. November 1866 in Heubach. Don Carlos dagegen begann jetzt erst recht für seine Sache zu wirken. Im Juli 1834 entfernte er sich plötzlich aus London und erschien in den baskischen Provinzen, wo seine Sache den stärksten Halt fand. Durch Sprache, Sitten und Vorrechte mancherlei Art von dem übrigen Spanien geschieden, hatten die Bewohner dieser Gebirgslandschaften für die Ziele und Bestrebungen der liberalen Partei kein Verständnis. Sie genossen nach ihren alten Landesrechten, den fueros, der Privilegien einer gesonderten Verwaltung und Justiz, der Steuerbewilligung und der Militärfreiheit. Sie waren durch eine Zolllinie von Spanien getrennt und dagegen im freien Handelsverkehr mit Frankreich. Der daraus erwachsende Schmuggel war eine reiche Quelle des Wohlstandes und eine treffliche Schule des Kleinkrieges. Von den Liberalen, die nach Einheitlichkeit

Dom Miguel's
Ausgang.

Die Basken.

Erster Aufstand
unterdrückt.

Zumalacarregui.

Lage der beiden
Parteien.

der Verwaltung und Verfassung im ganzen Königreiche strebten, hatten sie zu allen Zeiten nur Angriffe auf ihre Privilegien erfahren. Ihnen auch schrieb sie es zu, daß Ballesteros, der Finanzminister in Calomardes Kabinett, den Plan wieder aufnahm, sie in die spanische Zolllinien einzuschließen. Dadurch erbittert, waren sie um so lieber bereit bei des Königs Tode gegen die neue Herrscherin Partei zu ergreifen. Die ersten Versuche der Auflehnung wurden indes bei ihnen durch Sarsfield ebenso schnell unterdrückt, wie in den anderen Provinzen. Die Städte, in denen Karl V. ausgerufen war, besonders Vittoria und Bilbao, wurden im Oktober 1833 wieder besetzt und die Aufständischen ins Gebirge gedrängt. Aber nicht lange dauerte dieser Rückschlag. Schon im November erhielten die Karlisten in Thomas Zumalacarregui einen Führer, der bei strengster Disziplin seinen Leuten die feurigste Begeisterung einzulößen verstand, und mit dem keiner der königlichen Generale sich messen konnte. Freilich war andererseits auch er es, der in den Kampf einen Zug barbarischer Grausamkeit brachte, der sich beständig steigerte und zu entsetzlichen Greueln führte. Wie er jeden seiner Leute, der sich zur Flucht waudte, mit dem Tode bestrafte, und jedem Offizier, der diese Strafe nicht vollstreckte, dasselbe Schicksal androhte, so ließ er im März 1834 mit kaltem Blut 120 Gefangene erschießen und rief dadurch die greulichste Wiedervergeltung hervor. Beide Heere wetteiferten an Grausamkeit; weder Greise noch Kinder und Frauen wurden geschont. Cabrera, neben Zumalacarregui der bedeutendste Offizier der karlistischen Scharen, mußte es erleben, daß seine alte Mutter von den Christinos erschossen wurde, und in wahnsinnigem Schmerz fühlte er ihren Tod durch das Blut von 24 Frauen liberaler Feinde. Die Verwilderung der Sitten nahm furchtbar zu und eröffnete mit jedem Kriegsjahre schrecklichere Aussichten.

Eine schnelle Entscheidung herbeizuführen war keine von beiden Parteien imstande. Die Karlisten waren nur in ihren Bergen stark und den Christinos fehlte geradezu alles, was zum Siege nötig war. Der englische Gesandte in Madrid meinte, es sei schwer zu sagen, ob sie den Krieg von Anfang an militärisch oder politisch am ärgsten verhunzt hätten. Aber freilich mußte man den Ministern den jämmerlichen Zustand, in welchem sie das Land gefunden hatten, zu gute rechnen. Ihre Berichte an die Cortes enthüllten wahrhaft trostlose Zustände. In den letzten zehn Jahren waren Anleihen zum Betrage von drei Milliarden Realen abgeschlossen, aber nur der vierte Teil war wirklich in die Staatskasse geflossen. Der Bestand der Flotte hatte sich seit 1818 von 65 auf 22 Schiffe vermindert, die kleinsten und ältesten fast unbrauchbaren Fahrzeuge eingerechnet. Die Stadtmilizen zählten auf dem Papiere fast 200 000 Mann, aber nur ein Drittel davon war „mehr oder weniger vollständig“ bewaffnet. Die Länge der Landstraßen wurde auf 740 Meilen angegeben, allein selbst auf den wichtigsten Strecken fehlten die Brücken. Und so gab es überall unglaubliche

Dinge zu melden, deren Besserung Millionen und aber Millionen erfordert hätte, während die Staatskassen leer, der Kredit erschöpft, der Stand der Papiere der schlechteste war. Wenn eine tüchtige Regierung jahrelang in ungestörter Arbeit sich der Hebung des gesunkenen Landes hätte widmen können, so wäre die Aufgabe noch schwierig gewesen; wieviel schwieriger mußte sie für das Ministerium Rosa sein, das gleichzeitig mit den Banden des Don Carlos, mit der Opposition in den Cortes und mit den revolutionären Parteien im Lande zu kämpfen hatte. Selbst in Madrid wagten die letzteren, die nach der Verfassung von 1812 riefen, blutige Aufstände und brachten das Leben der Minister in Gefahr. Rosa behauptete sich zwar bis in den Juni 1835 am Ruder, aber mehr als einmal mußte er seine Kollegen wechseln, besonders den im Kriegsministerium, das gerade der gleichmäßigsten Leitung so sehr bedurft hätte. Immer von neuem klagten die Generale, die gegen Zumalacarreghi geschickt wurden, über die Unordnung in der Verwaltung; lieber solle man sie absetzen, murrten sie wohl, und wenn man ihnen auch das Quartier in Ceuta (d. h. Festungshaft) bestimmen sollte. Nacheinander erprobten Sarzfield, Baldes, Quesada ihre Geschicklichkeit in dem gefährlichen Berglande, aber selbst gelegentliche Siege halfen ihnen nichts gegen einen Feind, den sie nicht verfolgen konnten. Auch Rodil, der Sieger in Portugal, der im Juli 1834 auf dem Kampfplatz erschien, vermochte den Feinden nichts anzuhaben, zumal die gleichzeitige Ankunft des Don Carlos deren Begeisterung noch höher entfachte. Siegesberichte schickte er wie seine Vorgänger und Nachfolger freilich so massenhaft nach Madrid, daß die amtliche Zeitung binnen drei Jahre 597 gewonnene Schlachten aufzählen konnte, in denen 380 000 Karlisten getötet oder gefangen sein sollten, d. h. beträchtlich mehr, als die baskischen Provinzen Bewohner hatten. Aber Siege oder Niederlagen, es blieb im ganzen stets beim alten; ein neues Gefecht bedeutete für die Gesamtlage kaum mehr, als daß so und so viel Spanier weniger am Leben waren. Nachdem Rodil sich binnen einiger Monate abgenutzt hatte, trat im Oktober 1834 der alte Mina an seine Stelle. Aber krank und gebrochen wie er war, konnte er seine oft bewährte Fähigkeit für den Gebirgskrieg auch nicht mehr recht bethätigen und bat nach einem halben Jahre um seine Entlassung. Ihn zu ersetzen kam der Kriegsminister Baldes um mit Hilfe frischer Truppen ein ganz neues System durchzuführen; statt seine Leute, wie es bisher geschehen, zu zersplittern, gedachte er sie zusammenzuhalten und wenige, aber wuchtige Schläge auszuführen. Das traurigste Mißlingen war die Folge dieses Planes. In den Bergen und Thälern um Estella überfiel und umschwärmte, ermüdete und zersplitterte Zumalacarreghi Ende April seine Feinde mit solchem Erfolge, daß die schlimmste Entmutigung und Verwirrung bei denselben einriß und Baldes schleunigst über den Ebro zurückging. Eine ganze Reihe fester Orte, die bisher noch von den Christinos behauptet waren, fiel in die Hände der Karlisten; Pampluna, Vittoria, Bilbao,

Erfolgreiche
Kämpfe.

Zumalacarreghis
Siege.

die Hauptstädte und Hauptfesten der Provinzen, hielten sich zwar, wurden aber von jedem Verkehr untereinander und mit Madrid abgeschnitten; es war ein Triumph, wie ihn Don Carlos noch nicht erlebt hatte.

Frankreich und
England.

Baldes verheimlichte dem Ministerium nicht, wie ernst die Lage sei, und mahnte dringend um französische Hilfe zu bitten. Davon hatte Rosa bisher nichts wissen wollen: aber schlimme Botschaften aus Aragon, wo Cabrera, und aus Kastilien, wo Merino gleichzeitig Fortschritte machten, gaben Baldes' Forderung doppeltes Gewicht. Anspruch auf französischen Beistand konnte man aus dem Quadrupelvertrage nicht herleiten. Zwar waren die beteiligten Mächte am 18. August 1834 übereingekommen ihn auf Spanien auszudehnen, dergestalt, daß Portugal die Christinos mit Truppen, England sie mit Schiffen und Munition unterstützen sollte; Frankreich aber wurde dadurch nur verpflichtet den Zuzug von Karlisten an der Pyrenäengrenze zu verhindern. Auch in der verschlimmerten Lage, die jetzt eingetreten war, wünschte Lord Palmerston die Einmischung Louis Philipps durchaus nicht und lehnte jede Verantwortlichkeit für Verwickelungen ab, die darüber mit den Ostmächten entstehen könnten. Mehr brauchte Louis Philipp, der selbst gar keine Lust zu dem gefährlichen Unternehmen hatte, nicht; obgleich Thiers die Einmischung befürwortete, wurde dem spanischen Gesandten am 8. Juni eine abweisende Antwort zu teil; alles, wozu man sich verstand, war neben der strengen Grenzsperrre an den Pyrenäen die Erlaubnis eine in Algier dienende Fremdenlegion in spanische Dienste zu übernehmen.

Zumalacarreguis
Tod.

In Madrid erwartete man währenddes täglich das Anrücken Zumalacarreguis, im karlistischen Lager wettete man darauf binnen sechs Wochen in der Hauptstadt zu sein. Aber zum erstenmal machte sich jetzt der hemmende Einfluß der Höflinge geltend, die sich um Don Carlos angesammelt hatten. Trotz aller seiner Vorstellungen erhielt Zumalacarregui Befehl nicht gegen Madrid, sondern gegen Bilbao zu ziehen. Er gehorchte und zog in den Tod. Vor Bilbao empfing er am 15. Juni eine Wunde, welcher er am 25. erlag. Der Verlust, welchen die karlistische Sache dadurch erlitt, war kaum zu ermessen. Daß die Belagerung von Bilbao aufgehoben werden mußte, war das kleinere Übel; das größere war die Unsicherheit und Zerrfahrenheit, die nun auch bei den Karlisten Platz griff. Eine ernste Niederlage, die sie am 16. Juli bei Mendigorria durch Cordoba, Baldes' Nachfolger, erlitten, konnte für den Wendepunkt im baskischen Kriege gelten. Bis dahin war die Macht der Karlisten stetig gewachsen; jetzt kam sie zum Stehen, und der Zug nach Madrid war zunächst unmöglich geworden.

Wendepunkt
des Krieges.

Die Radikalen.

Den plötzlichen Umschwung auszunutzen vermochten aber die Christinos nicht. Das Ministerium Rosa hatte die Ablehnung des französischen Hilfesuchts nicht überlebt, sondern einem liberaleren Kabinett unter dem bisherigen Finanzminister Toreno Platz gemacht. Den Radikalen genügte jedoch auch dieser Wechsel nicht, sie verlangten nach der Verfassung von 1812. Ihre Hauptstärke hatten sie in Andalusien.

Hier bildeten sich im August 1835 in fast allen Städten, Malaga, Cadix, Sevilla, Granada voran, Regierungsausschüsse, sogenannte Juntas, die den Befehlen aus Madrid den Gehorsam versagten. Ähnlich ging es in Aragon, in Catalonien, an der ganzen Ostküste. In wenigen Tagen sah das Ministerium seinen Einfluß auf die mittleren und westlichen Provinzen zurückgedrängt und selbst hier gefährdet. Unter diesen Umständen wußte Toreno keine andere Rettung, als noch einmal Hilfe von Frankreich zu erflehen. Aber es erging ihm nicht besser als seinem Vorgänger; Louis Philipp verweigerte den Beistand, den er gegen die Karlisten versagt, auch gegen die Radikalen. So mußte denn auch Toreno zurücktreten und seinem bisherigen Kollegen Mendizabal weichen, der den radikalen Progressisten nahe genug stand um auf ihre Freundschaft rechnen zu dürfen, und der sich nicht auf Frankreich, sondern auf England zu stützen entschlossen war. Durch versöhnliche Maßregeln und die Beförderung namhafter Parteiführer zu bedeutenden Ämtern beschwichtigte er die Aufregung soweit, daß sich die Juntas im Oktober allmählich auflösten. Auch gegen die Karlisten schien der neue Minister viel Entschlossenheit bethätigen zu wollen. Ein Vertrag vom 24. September sicherte ihm die Entsendung eines portugiesischen Hilfskorps; vier Wochen später ordnete ein Dekret die Aushebung von 100 000 Spaniern an. Mendizabal entwickelte eine unglaubliche Zuversicht auf den Erfolg seines Regimentes und brüstete sich insbesondere mit seinem „Finanzgeheimnis“ dergestalt, daß Palmerston spöttisch äußerte, er müsse mindestens die Gans mit den goldenen Eiern unter Verschuß haben. Eine Zeit lang imponierte er dadurch Feinden wie Freunden und verfügte in den Cortes über eine unerhörte Majorität; als diese mehr und mehr zusammenschmolz und endlich gar zur Minderheit wurde, löste er die Versammlung kurzweg auf und verschaffte sich dadurch im Januar 1836 eine neue Frist. Im Baskenlande hatte währenddessen Cordoba gegen die karlistischen Führer Maroto, Moreno, Eguia u. a. tapfer Stand gehalten, wenn er auch nicht jeden Verlust abzuwenden vermochte. In Catalonien und Aragon dagegen zog der Karlismus aus den Erhebungen der Radikalen großen Vorteil und operierte mit Massen, wie er sie bis dahin noch nicht zur Verfügung gehabt hatte. Mochte man sich in Madrid durch Mendizabals Schwindeleien täuschen lassen, in den Provinzen ward man seiner großen Worte bald satt. Wenn nicht endlich eine tröstliche Erfahrung die hundertmal versprochenen Thaten zu zeigen anfange, drohten die Aragonesen und Valencianer sich ganz von den Christinos loszusagen und ihre Provinzen selbständig zu organisieren. Die Neuwahlen zu den Cortes lieferten zwar fast lauter fortschrittliche Abgeordnete, aber die frühere unbedingte Herrschaft übte Mendizabal nicht mehr. Unter der Leitung zweier früherer Anhänger des Ministers, Isturiz' und Galianos, bildete sich eine neue Partei, die sich zugleich der Regentin zu nähern suchte. Seine beste Stütze besaß Mendizabal an Lord Palmerston, der ihn auf alle Weise zu fördern suchte. Ganz

Mendizabal.

Portugiesische
Hilfe.Fortgang des
Krieges.

im Widerspruch mit seiner bisherigen Politik lud er im März 1836 Frankreich zur bewaffneten Einmischung ein und erteilte, da Louis Philipp auch diese Aufforderung ablehnte, der englischen Flotte unter Admiral Hay Befehl thätigen Anteil am Kriege zu nehmen. Mendizabal suchte sich dafür dankbar zu zeigen und wollte einen ansehnlichen Erfolg, den Hay am 5. Mai in Gemeinschaft mit Evans, dem Kommandeur der englischen Fremdenlegion, vor San Sebastian davongetragen, benutzen um dem letzteren auf Kosten Cordobas eine besondere Auszeichnung zuzuwenden. Allein Maria Christina, die seiner schon längst überdrüssig war und jetzt in Isturiz den Mann der Lage sah, verweigerte ihre Zustimmung und entließ am 14. Mai das ganze Kabinett. Allerdings antworteten die Cortes darauf mit einem Sturm der Entrüstung und erteilten den neuen Ministern Isturiz und Galiano schnell hintereinander ein paar Mißtrauensvoten; aber die Folge war lediglich, daß sie am 23. Mai aufgelöst wurden, und der Ausfall der Neuwahlen schien zu bezeugen, daß das Land dieses kräftige Auftreten billige. Doch schon Ende Juli erhoben sich die Radikalen in Andalusien, riefen die Verfassung von 1812 aus und beherrschten in wenigen Tagen die ganze Provinz, ja bald auch Aragon, Katalonien und andere Landesteile im Norden und in der Mitte. Noch trüber wurde die Lage der Regierung durch ein paar kühne Expeditionen, welche die Karlisten nach Asturien und Kastilien unternahmen; in voller Verzweiflung rief Isturiz noch einmal den Beistand Frankreichs an: eine Provinz nach der anderen entziehe sich dem Gehorsam; bald werde die Regierung auf die Hauptstadt beschränkt sein; ohne französische Hilfe bleibe der Königin nichts übrig als die Verfassung von 1812 anzunehmen. Wirklich ward ihm jetzt das Versprechen zu teil die französische Fremdenlegion auf 8000 Mann alter Truppen zu verstärken; aber diese Hilfe kam zu spät.

Die Revolution
von La Granja.

In der Nacht zum 13. August 1836 drangen zu La Granja, wo sich die Regentin aufhielt, Soldaten des 4. Garderegiments, von dem Unteroffizier Garcia geführt, in das Schlafgemach Maria Christinens und erpreßten von ihr das Versprechen die Verfassung von 1812 wieder einzuführen. Der Sturz des Ministeriums, dessen Neubildung Calatrava übertragen wurde, scheußliche Pöbelscenen in Madrid, denen Queseda zum Opfer fiel, und überdies die vollständige Abwendung Frankreichs waren die Folge. Mit Recht oder Unrecht gab man in Paris diese Vorgänge für eine englische Intrigue aus; der Privatsekretär des englischen Gesandten sollte persönlich Geld unter die Auführer verteilt haben. Dem neuen radikalen Ministerium die Hilfe zu leisten, welche Isturiz versprochen war, fühlte sich Louis Philipp nicht verpflichtet. Thiers' Einwendungen und Vorstellungen blieben fruchtlos; 14 Tage nach der Revolution von La Granja mußte er von seinem Posten zurücktreten, und Graf Molé, der ihn ersetzte, machte sogleich die Verstärkung der Fremdenlegion rückgängig und näherte sich in starker Schwenkung der spanischen Politik der Ostmächte.

Noch einmal hatten so die Dinge für Don Carlos ohne sein Zuthun eine äußerst günstige Gestalt gewonnen. Eingeschüchtert und um sich selbst besorgt war Maria Christina nicht abgeneigt das Spiel verloren zu geben und sich in ihr Heimatland Neapel zurückzuziehen. Die Gemäßigten unter ihren Anhängern konnten sich nicht verhehlen, daß sie Don Carlos doch eigentlich näher ständen als den Radikalen, die jetzt das Ruder lenkten. Nur einige Zugeständnisse von seiten des Prätendenten und sie erklärten sich für ihn. Auch militärisch waren die Karlisten in großem Vorteil. Blieb die französische Fremdenlegion, zusammengeschmolzen wie sie war, ohne Verstärkung, so brachen in der englischen, die seit Monaten keinen Sold erhalten, gar Meutereien aus. Cordoba, der Befehlshaber der Christinos, hatte seinen Abschied, aber wochenlang keinen Nachfolger erhalten. Kühne Bandenführer, wie Gomez und Garcia, durchzogen die Provinzen südlich des Ebro und bedrohten sogar Madrid; ja selbst nach einer schweren Niederlage, die ihm der christinische General Maiz am 19. September 1836 bei Villarrobledo in der Mancha beibrachte, abentheuerte Gomez weiter, besetzte Cordoba und die Quecksilberstadt Almaden, verspottete den Kriegsminister Rodil, der gegen ihn auszog, und erlag erst Ende November wenige Meilen von Cadix den entschlosseneren Angriffen des Generals Narvaez, der vorher auch Garcia besiegt hatte; immerhin gelang es ihm auch so noch von seinen 10 000 Mann etwa den dritten Teil durch bewundernswürdige Gewaltmärsche über den Ebro zurückzubringen.

Auffschwung des Carlismus.

Gomez' und Garcias Streifzüge.

Don Carlos hatte mittlerweile eine neue Belagerung von Bilbao eröffnet. Seit Ende Oktober lag er vor der Stadt, die ihm vor Jahresfrist seinen besten Feldherrn, Zumalacarregui, gekostet hatte. Jetzt schien sie ihrem Schicksal nicht entgehen zu können. Nur zögernd entschloß sich der neue Befehlshaber in den baskischen Provinzen, Baldomero Espartero, doch wenigstens einen Versuch zum Entsatz zu wagen. Es kam darauf an den Karlisten das Fort Luchana zu entreißen, welches die Verbindung zwischen Bilbao und Portugalete sperrte. Begünstigt von einem furchtbaren Schneegestöber errang Espartero in der Weihnachtswacht diesen hart bestrittenen Erfolg; die Karlisten, bitter enttäuscht, zogen in wilder Hast von Bilbao ab, und die Christinos, durch Narvaez' Erfolge im Süden noch mehr ermutigt, jubelten maßlos über die glückliche Wendung der Dinge und glaubten jetzt durch einen Hauptschlag dem Kriege ein Ende machen zu können.

Espartero vor Bilbao.

In den ersten Tagen des März 1837, so war ihr Plan, sollten Espartero von Bilbao, Sarzfield von Pamplona und Evans von San Sebastian, mit zusammen etwa 50 000 Mann, aufbrechen und sich bei Tortosa in Guipuzcoa vereinigen um gemeinschaftlich dem Feinde den Todesstreich zu versetzen. Aber so gut der Plan ausgedacht war, so kläglich mißlang er. Espartero und Sarzfield vermochten nicht die Feinde aus ihren Stellungen zu verdrängen; Evans erfocht zwar am 15. März bei Oriamendi einen glänzenden Sieg, aber nur um am

Sieg bei Oriamendi.

Don Carlos
gegen Madrid.

nächsten Tage von Don Sebastian, Don Carlos' Bruder, ebenso entschieden geschlagen und zum Rückzug gezwungen zu werden. Dennoch wurde der Plan nicht aufgegeben; in etwas veränderter Gestalt sollte er im Mai ausgeführt werden; Espartero begab sich mit dem Haupttheile seiner Truppen zur See nach San Sebastian und brach von da mit 36 000 Mann nach Tolosa auf. Diesmal war ihm der leichteste Erfolg beschieden; auf den wichtigsten Punkten traf er nur kleine Scharen von Verteidigern. In Don Carlos' Kriegsrat hatte nämlich die Partei gesiegt, welche längst schon zu einem Zuge nach Madrid drängte. Um die Mitte des Monats brach das königliche Hoflager von Estella auf und setzte sich mit einem höchst mangelhaft verproviantierten Heere von kaum 14 000 Mann nach Aragon in Bewegung. Den Ebro sofort zu überschreiten und geradewegs auf die Hauptstadt loszugehen konnte man sich nicht entschließen; vielmehr wich die Marschrichtung immer stärker nach Osten aus und nach vier Wochen befand sich Don Carlos statt näher an Madrid hoch im Nordosten, in Salsona, dem Sitz der karlistischen Junta von Catalonien. Nur den dringenden Vorstellungen Cabreras, der in den Bergen von Valencia und von seiner starken Feste Cantavieja aus die karlistische Sache verfocht, gelang es die Expedition endlich zum Ebroübergang bei Cherta (nahe der Mündung) zu bewegen. Aber auch jetzt ward nicht die Straße nach Madrid eingeschlagen, sondern erst das reiche Valencia heimgesucht. Das gab den Christinos Zeit, Truppen heranzuziehen, die sorglosen Feinde bei Chiva am 15. Juli zu überfallen und sie in die Berge von Cantavieja zu werfen. Espartero hatte unterdes in den entblößten baskischen Provinzen die wichtigsten Plätze erobert und rückte nun, zum Oberbefehlshaber aller gegen die Karlisten kämpfenden Truppen ernannt, auch seinerseits über den Ebro heran. Wäre er ein Feldherr im großen Stile gewesen, so hätte Don Carlos nicht mehr entkommen können; allein die Fähigkeit getrennte Truppenteile nach einem Ziele zu lenken ging ihm völlig ab. Die Karlistenführer hingegen, neben Cabrera besonders Zaratiegui, operierten sehr geschickt und wußten die feindlichen Generale theils einzeln zu schlagen, theils sich zwischen ihnen hindurchzuwinden und sich dann in der Richtung auf Madrid zu vereinigen. Am 12. September stand Don Carlos mit 16 000 Mann jenseit des Tajo in Arganda und sein Vortrab sah die Thürme der Hauptstadt vor Augen.

Calatrava.

Wenige Wochen vorher war das Ministerium Calatrava zusammengebrochen. In anbetracht der schwierigen Lage, die es nach der Revolution von La Granja vorfand, war seine Amtsführung doch nicht erfolglos gewesen. Obgleich es selbst aus Radikalen bestand und der Anerkennung der Verfassung von 1812 seinen Ursprung verdankte, hatte es doch sofort alle Anstalten getroffen um diese in gemäßigttem Sinne umarbeiten zu lassen und hatte die Cortes für diese Auffassung zu gewinnen gewußt. So war nach langen parlamentarischen Kämpfen die Verfassung vom 8. Juni zustande gekommen, die, immer noch sehr demo-

frati
war
trifti
vor
Epa
droht
Neub
und
alles
Wid
wagt
am
salen
dem
gesch

Lager
anein
die
dem
ihren
Ober
haber
Klass
Man
obgle
essen
genos
Teije
zeigte
die
östlich
Dies
Cirilo
begab
und
hatte,
Unmi
Feind
demon
Gener
Relig
seinen
zu dü
gebun

kratisch gefärbt, doch den Konservativen soviel Gewähr bot, wie nötig war um sie von dem Übergang ins karlistische Lager abzuhalten. Ein triftiger Anlaß für den Rücktritt des Ministeriums lag auch jetzt nicht vor; es fiel vor der mutwilligen Demonstration einer Anzahl von Esparteros Offizieren, die im August, als Zaratiegui die Hauptstadt bedrohte, ungestüm einen Ministerwechsel forderten. Natürlich fiel die Neubildung des Kabinetts nun Espartero zu, der somit die politische und die militärische Leitung in seiner Hand vereinigte. Für ihn hing alles davon ab, daß er den Karlisten den Einzug in Madrid verwehrte. Wider Erwarten gelang ihm das ohne Schwertstreich. Don Carlos wagte nicht es auf einen Kampf ankommen zu lassen, und wandte sich am 13. September zum Rückzug nach Nordosten. Unter großen Mühsalen und schweren Verlusten erreichte er Ende Oktober den Ebro mit dem demütigenden Bewußtsein ein entscheidendes Unternehmen gänzlich gescheitert zu sehen.

Don Carlos'
Rückzug.

Das war aber nicht das einzige Unglück. Die Parteien in seinem Lager, die sich stets lebhaft bekämpft hatten, gerieten jetzt noch heftiger aneinander. Die eine machte der anderen das Mißlingen zum Vorwurf; die Ultras aber klagten die Gemäßigten überdies noch an, daß sie zu dem Zuge geraten. Es gelang ihnen den Prätendenten ganz unter ihren Einfluß zu bekommen. Wir, so lautete die Parole, die der neue Obergeneral Guergué ausgab, wir, die Dummköpfe, die Finsterlinge, haben Ew. Majestät nach Madrid zu führen, und wer nicht in diese Klasse gehört, ist ein Verräter! Die militärische Unfähigkeit dieses Mannes, der im Laufe des Jahres 1838 mehrere Niederlagen erlitt, obgleich auch Espartero den Krieg sehr lässig führte, schädigte die Interessen Karls aber kaum so sehr, wie das fanatische Treiben seiner Parteigenossen, unter denen der Bischof von Leon und der Höfling Arias Teijeiro hervorragten. Unter den treuesten Anhängern des Prinzen zeigte sich Unzufriedenheit, mehr als ein Regiment murrte und meuterte, die Basken begannen des Krieges überdrüssig zu werden, und auch die östlichen Kabinette wurden stutzig und hielten ihre Subsidien zurück. Dies letztere berichtete dem Prätendenten der Erzbischof von Havana, Cirilo, der nach einer Rundreise an den genannten Höfen sich zu ihm begab und wenigstens soviel durchsetzte, daß an Stelle des fanatischen und unfähigen Guergué, der im Juni das feste Peñacerrada verloren hatte, der gemäßigte und tüchtige Maroto das Oberkommando erhielt. Unmöglich konnte sich dieser aber sicher fühlen, solange seine erbitterten Feinde den vertrauten Rat des Fürsten bildeten und demselben vor-

Guergué und
Maroto.

genossen gefordert hatte, erklärte er endlich geradezu, es bleibe ihm nichts als Selbsthilfe übrig. Dann ließ er ohne Zögern Guergué, Garcia und zwei andere Generale nach kurzem Kriegsrat am 18. Februar 1839 zu Estella erschießen. Don Carlos antwortete darauf mit einer Proklamation, die Maroto als einen Verräter absetzte und zur Rechenschaft vorlud. Allein als keine Hand sich rührte um diesem Befehle Achtung zu verschaffen, als der Verräter selbst mit seinen Truppen heranrückte, entschlossen seinen Willen durchzusetzen, da mußte sich Don Carlos wohl oder übel fügen, mußte seine Proklamation zurücknehmen und verbrennen lassen, eine neue an ihre Stelle setzen, welche die Hinrichtung der Generale billigte und Maroto eine Ehrenerklärung gab, und endlich gar 35 Mitglieder der Ultrapartei, darunter den Bischof von Leon, den Arias Teijeiro, den Beichtvater Larraga aus seiner Nähe und den ihm anhängenden Landesteilen verbannen. Damit war seine Sache thatsächlich verloren. Nicht als ob die Ultras allein imstande gewesen wären sie zu verteidigen. Aber der Glaube an die Möglichkeit eines Sieges war jetzt vernichtet. Zwischen Don Carlos und Maroto konnte sich ein Vertrauensverhältnis nicht wieder gestalten; Maroto mußte sich sagen, daß der Mann, für welchen er kämpfte, die erste Gelegenheit ergreifen werde um sich seiner zu entledigen. Diese Einsicht trieb ihn zum Bertrat. Noch im Februar 1839 ging er auf Unterhandlungen ein, die Espartero ihm anbot. Sie scheiterten freilich fürerst an der Forderung Marotos, daß die junge Königin Isabella den ältesten Sohn des Don Carlos heiraten solle. Ob er diese Forderung werde aufrecht erhalten können, hing wesentlich von dem Ausgang der nächsten Kämpfe ab. Dieser war überall Espartero günstig; eine Reihe von Gefechten im April und Mai häuften neuen Ruhm und neue Auszeichnungen auf den „Siegesherrzog“ (Duque de la Victoria), wie sein neuester Titel lautete, und machten Marotos Stellung immer schwieriger. Alle seine Gegner im karlistischen Lager verdoppelten ihre Anstrengungen um ihn zu stürzen, und die furchtbaren Verwüstungen, mittels deren Espartero die Basken einzuschüchtern und dem Frieden geneigt zu machen suchte, erregten auch bei den Truppen neuen Zorn, neue Kampfeslust und mancherlei Meutereien gegen Maroto. So mußte dieser um sich selbst zu retten mit den Verhandlungen Ernst machen und alle unerreichbaren Bedingungen schwinden lassen. Teils mit dem englischen Admiral Hay, besonders aber mit Espartero wurden persönliche Besprechungen und schriftliche Verhandlungen gepflogen, die am 31. August 1839 in dem Vertrag von Bergara endeten, kraft dessen Maroto seine Truppen, 21 Bataillone und 3 Schwadronen, in das christinische Lager überführte, wogegen den Offizieren ihre Grade und Würden, den Basken ihre bisherigen Privilegien gewährleistet wurden.

Der Vertrag
von Bergara.

Don Carlos'
weitere Schick-
sale.

Der Prätendent gab seine Sache jetzt verloren; am 14. September verließ er nach mehr als fünfjährigem Aufenthalte die baskischen Länder und begab sich nach Frankreich. Hier wies ihm die Regierung Bourges

als
sprüch
molin
Mon
1860
und
beide
1868
mit f
Waffe
ultra
Isabe
das
noch
dem
den
aber
began
Lager
1837
Dezen
den
unter
Novem
selbst
die
tados,
sich d
antwo
März
der
der
der m
es ihn
sich d
im
wähler
erschüt
Jahren
von n
hebung
anerka
zwischen
war
Trotz

als Wohnort an und gestattete ihm erst 1845, nachdem er seinen Ansprüchen zu Gunsten seines ältesten Sohnes, des Grafen von Montemolin, entsagt hatte, sich zu entfernen. Er starb 1855 in Triest. Graf Montemolin (Don Carlos VI.) und sein Bruder Don Fernando machten 1860 einen unglücklichen Versuch, sich den spanischen Thron zu erobern und starben gleich darauf schnell hintereinander, gleichfalls in Triest, beide kinderlos. Ihr dritter Bruder Don Juan verzichtete im Oktober 1868 zu Gunsten seines Sohnes Don Carlos (VII.), der nun sofort mit seinem Bruder Alfonso den Versuch begann, seine Rechte mit den Waffen zur Geltung zu bringen. Die karlistische, d. h. die äußerste ultramontane Partei, hatte nie aufgehört die Regierung der Königin Isabella als unrechtmäßig zu betrachten. Auch als Don Carlos 1839 das Spiel verloren gab, kämpfte sein tüchtigster Anhänger, Cabrera, noch monatelang weiter; erst im Juli 1840 überschritt auch er mit dem Reste der Aufständischen die französische Grenze und beendete dadurch den siebenjährigen Bürgerkrieg. Zur Ruhe kam das zerklüftete Land aber auch dadurch nicht. Von den Anhängern des Prätendenten befreit, begannen die Christinos um so leidenschaftlicher den Parteikampf im eigenen Lager zu erneuern. Die Regentin hielt nach Erlaß der Verfassung von 1837 fest zu den konservativen Moderados, aus deren Mitte sie im Dezember jenes Jahres das Ministerium Osalia bildete, das sich bis in den September 1838 hielt um dann einem nicht viel anders gefärbten unter dem Herzog von Frias zu weichen, der seinerseits wieder schon im November dem Grafen Perez de Castro seinen Platz einräumte. In sich selbst gespalten, waren die Moderados ebenso unfähig zur Regierung wie die Progressisten, unter denen die leidenschaftlichsten Elemente, die Exaltados, immer mehr die Führung an sich rissen. Trotzdem vereinigten sich die Feinde des Ministeriums unter den Moderados mit ihnen und antworteten auf die Vertagung der Cortes, welche Perez de Castro im März 1839 anordnete, mit einer Steuerverweigerung. Eine Auflösung der Cortes, regierungsfeindliche Neuwahlen und eine zweite Auflösung der kaum zusammgetretenen Versammlung waren die Folge. Dank der maßlosen Beeinflussung, welche das Ministerium sich erlaubte, gelang es ihm dann eine gefügige Mehrheit zusammenzubringen. Aber es sollte sich des Sieges nur kurze Zeit erfreuen. Als ein neues Gemeindegesetz im Juni 1840 den Gemeinden das Recht ihre Obrigkeiten selbst zu wählen entzog, brach ein Aufstand los, der Christinens Stellung völlig erschütterte. Auch ihr Privatleben erregte den größten Anstoß; seit Jahren lebte sie mit einem ihrer Leibgardisten, Muñoz, einem Manne von niederer Herkunft, in einem Verhältnis, das erst 1844 mit der Erhebung des Muñoz zum Herzog von Rianzares als rechtmäßige Ehe anerkannt wurde. Der einzige Mann, der etwa noch eine Versöhnung zwischen der Regentin und den Progressisten herbeizuführen vermochte, war Espartero, den sie mit Ehren überhäuft und dem Ministerium zum Trotz in seinen Ämtern erhalten hatte. Zu ihm, der in Catalonien

Karl VI.

Karl VII.

Cabrera.

Regierende
Ministerien.Der Aufstand
von 1840.

Esparteros
Regentschaft.

sein Sturz.

die letzten karlistischen Scharen bekämpfte, eilte die Regentin und bat um seinen Beistand. Aber die Bedingungen, die er auf einer Zusammenkunft in Barcelona stellte, schienen ihr selbst unter diesen Umständen unannehmbar. Bald belehrte sie der Fortgang der Ereignisse eines Besseren. Das Moderado-Ministerium, welches sie unter dem Schutze des Generals D'Donnell in Valencia bildete, blieb völlig machtlos; die aufständische Regierungsjunta in Madrid beherrschte mehr und mehr das ganze Land. So gab sie denn am 16. September 1840 Espartero die Vollmacht zur Bildung eines progressivistischen Kabinetts. Tubelud wurde dieser in Madrid aufgenommen und verlangte nun von der Regentin, die noch immer in Valencia weilte, die Auflösung der Kammer, die Zurücknahme des Gemeindegesetzes, die Entfernung der Camarilla. Lieber, als daß sie auf diese Forderungen einging, verzichtete Christine auf die Regentschaft. Am 12. Oktober dankte sie ab, übertrug ihre Rechte dem Ministerium und verließ das Land. Die neuen Cortes billigten das Vorgefallene und ernannten am 8. Mai 1841 Espartero zum Regenten. Aber auch ihm war es nicht vergönnt, dem Lande die Ruhe wiederzugeben. Obgleich er die Aufstandsversuche der Moderados D'Donnell, Narvaez, Concha u. a. mit Strenge unterdrückte und den vollen Haß dieser Partei sich aufs Haupt lud, konnte er doch den Ansprüchen der Exaltados nicht genügen und sah seinen Anhang immer mehr zusammenschmelzen. Die günstige Gesinnung, welche Frankreich den Anhängern Christinens und dieser selbst bewies, zwang ihn an England eine Stütze zu suchen, woraus denn seine Gegner nicht ermangeten, sich ein populäres Feldgeschrei zurechtzumachen. Endlich kam es gar zu einem förmlichen Bündnis der extremen Parteien gegen ihn. Die Exaltados mit dem Obersten Prim, die Moderados mit dem General Narvaez an der Spitze, erhoben sich im Juli 1843 wider ihn; eine revolutionäre Regierung, die aus Lopez, Caballero und Serrano bestand, wurde in Madrid eingesetzt, und der Siegesherzog sah sich so von aller Welt verlassen, daß er seine Würde niederlegte und sich am 30. Juli in Cadix nach England einschiffte. Den verbündeten Parteien war es aber auch nicht möglich auf die Dauer gemeinschaftlich zu regieren, und so war das Endergebnis dieses Aufstandes ein Beschluß der Cortes, welcher die kaum 13jährige Isabella für volljährig erklärte und der langen Regentschaft ein Ende machte. Am 10. November 1843 leistete die junge Königin den Eid auf die Verfassung und begann ihre dem Namen nach selbständige Regierung, die ein Vierteljahrhundert sich hielt um mit dem schmähslichsten Sturz zu enden. In schnellem Wechsel folgten sich nun ein progressivistisches Ministerium unter Olozaga und ein reaktionäres unter Gonzalez Bravo, bis im Mai 1844 Narvaez, das militärische Haupt der Moderados, das Ruder ergriff und es mit zwei kurzen Unterbrechungen sieben Jahre festzuhalten verstand. Eine neue Verfassung vom 25. Mai 1845, eine zweckmäßige Steuer- und Verwaltungsreform, endlich im Jahre 1849 auch eine allgemeine Amnestie

führten das Land zu geregelteren und ruhigeren Verhältnissen zurück. Aber eine wahre Versöhnung der Parteien wurde nicht erreicht, und ehe noch die Früchte, welche Narvaez' maßvolle Politik zeitigte, gereift waren, erlag er den erbitterten Angriffen der Absolutisten.

Die Politik der Großmächte und das junge Europa.

Diese spanischen Wirren hatten nun während der dreißiger Jahre Die Ostmächte. die Stellung der großen Mächte zu einander wesentlich beeinflusst. Fest zusammenhielten die drei Ostmächte; selbst die Kongresse der Monarchen und der Minister kamen wieder in Aufnahme. Wegen der Vorgänge auf der Pyrenäenhalbinsel wären dieselben allerdings nicht einmal erforderlich gewesen, so fest konnte Don Carlos auf die Sympathieen der beiden Kaiserhöfe und selbst des Königs von Preußen rechnen. Trotz der bedrängten Finanzverhältnisse Osterreichs ließ Metternich Millionen von Gulden in die Kasse seines Schüglings fließen; auch der sparsame Friedrich Wilhelm scheute nicht vor ähnlichen Opfern zurück, und Nikolaus bedauerte lebhaft durch die Entfernung Spaniens an der militärischen Unterstützung des Prinzen gehindert zu sein. Aber wenn die Wahl zwischen Karlisten und Christinos den Ostmächten keinerlei Zweifel verursachte, so verwickelte sich die Sache doch durch die Quadrupelallianz und die Haltung, welche Louis Philipp infolge derselben zu den spanischen Ereignissen einnahm. Metternich hätte mit der Julimonarchie sehr gern ein gutes und enges Einvernehmen unterhalten; er hegte zwar große Bedenken, ob eine so prinziplose Regierung sich dauernd werde behaupten können; allein er wußte, daß es in Louis Philipps Macht Louis Philipp. stand den revolutionären Parteien im Auslande seine Unterstützung zu gewähren und sie dadurch in unberechenbarer Weise zu fördern. Daß der König schon im Interesse seiner eigenen Dynastie dazu nicht sehr geneigt sei, stand ihm nicht minder fest; aber theils die unveröhnliche Feindschaft, die der Zar gegen die Orleans hegte, theils der Wunsch des französischen Königs sich wenigstens den Schein des Liberalismus zu bewahren verhinderte doch eine wirklich intime Annäherung an die Ostmächte und drängte ihn vielmehr zum Bündnis mit England. Greifbare Vorteile hatte ihm dasselbe bis dahin kaum gebracht. In Belgien hatte er keinen seiner Herzenswünsche erreicht; seine Anconade war von England ebenso scharf verurteilt wie von den Ostmächten; die geplante französisch-englische Intervention zu Gunsten der Polen war gescheitert; selbst der deutsche Bund hatte sich die Einmischung der beiden Mächte in seine Beschlüsse von 1832 nicht gefallen lassen und ebenso nach dem Putsch von 1833 den Protest derselben gegen die Besetzung Frankfurts durch österreichische und preußische Truppen zurückgewiesen; in Spanien lagen die beiden Verbündeten fast ununterbrochen in einem nicht zu verbergenden Kampfe um den vorwiegenden Einfluß am Hofe Maria Chri-

stinens. Am schwierigsten und widerspruchsvollsten aber gestaltete sich das Verhältnis der Julimonarchie zu der radikalen Propaganda des Flüchtlingsstums. Während der König schlechterdings nicht umhin konnte den Polen in Frankreich Ausnahme und Unterstützung zu gewähren, mußte er doch gegen die geheimen Gesellschaften ankämpfen, die seinen eigenen Thron untergruben; während er die Schweiz gegen die Drohungen der Ostmächte, welche Ausweisung der Flüchtlinge forderten, in Schutz nahm, konnte er doch nicht verkennen, wie gefährlich das revolutionäre Treiben hart an seinen Grenzen für ihn selber werden müsse. Denn in der That kam es in der Schweiz zu einer förmlichen Organisation des europäischen Verschwörertums. Die Seele desselben war der Italiener Giuseppe Mazzini. 1808 zu Genua geboren, hatte dieser hochbegabte Mann sich mit schwärmerischer Innigkeit die Verfolgung seiner politisch-religiösen Ideale zur Lebensaufgabe gestellt. Durch Geburt und Vermögen wie durch Gemütsstimmung und Sitten war er der Aristokrat unter den Revolutionären. Der Carbonarismus, dessen Mitglied er gewesen war, entsprach seinen hohen Anforderungen nicht; zu viele fremdartige Bestandteile hatten sich in denselben gedrängt, und es gebrach ihm die Stetigkeit und Sicherheit der Leitung, die Mazzini für unentbehrlich hielt. So faßte er den Plan selbst eine neue Gesellschaft zu gründen. Die Folgen der italienischen Aufstände von 1831 trieben ihn ins Ausland; in Marseille gründete er das junge Italien und schuf sich in einer Zeitung gleiches Namens ein Mittel zur Verbreitung seiner Ideen. Auch der Carbonarismus hatte seinen Schwerpunkt nach Frankreich verlegt, und seine oberste Behörde, die Haute Venta, mit der Pariser zu der Haute Vente Universelle vereinigt. Diesen Versuchen Frankreich zum Mittelpunkt der europäischen Revolution zu machen durfte Louis Philipp unmöglich thatenlos zusehen. Der Hohen Venta freilich ließ sich schwer auf die Spur kommen. Mazzini hingegen, der in der Presse offen seine Ansichten vertrat, war leicht zu erreichen. Eine Fälschung mußte den Stoff liefern, der ein unmittelbares Einschreiten rechtfertigen sollte. Es waren im Mai 1833 zu Rodez in Südfrankreich zwei Italiener von einem dritten ermordet worden; ein Agent der Polizei entdeckte darauf ein von Mazzini unterzeichnetes Todesurteil, welches den Mord als einen politischen erscheinen ließ. Und obgleich nun die Geschworenen von Aveyron die Unterschrift für nachgemacht erklärten und den Angeschuldigten freisprachen, wurde er doch des Landes verwiesen. Gleichwohl verbarg er sich unter falschem Namen noch geraume Zeit in Frankreich um einen Plan auszuführen, den er gemeinsam mit der Hohen Venta verfolgte; denn bis dahin hatte er noch nicht völlig mit den Carbonari gebrochen. Es handelte sich um einen Einfall in Savoyen, mit der Absicht von da aus Italien zum Aufstand zu bewegen. Eigentlich sollte das Unternehmen gleichzeitig mit dem Frankfurter Putzch gewagt werden; allein es verzögerte sich bis Anfang 1834 und erfreute sich nun der Mitwirkung deutscher, polnischer und anderer Flüchtlinge.

Mazzini.

Das junge
Italien.Verfolgung in
Frankreich.Der Savoyer
Putzch.

Die
fan
über
Gre
nich
dies
die
sich
zeln
unte
bünn
die
sie
zeich
Ver
folgt
Glei
ein
Gese
geger
rechte
sollte
die
Diese
sich,
progr
aus
schaft
junge
stein
rasche
Die
Zeit
Ihr
nämli
deutsc
gewor
A-B-
man
seiner
Art,
tigen,
auswe

Putz

Die militärische Leitung war dem aus der polnischen Revolution bekannten Ramorino übertragen. In der Nacht zum 1. Februar 1834 überschritten die Verschworenen in zwei Abteilungen von Genf aus die Grenze; aber schon am selben Tage mußten sie sich zurückziehen, da sie nicht den geringsten Anklang bei der Bevölkerung fanden. Infolge dieses Mißlingens brach Mazzini offen mit den Carbonari und begann die Bildung des jungen Europa. Die Demokraten jedes Volkes sollten sich zu einem Bunde nach Art des jungen Italien vereinigen, die einzelnen Bünde sich zu einer Gesamtheit verbrüdern. Ein Centralausschuß unter Mazzinis Vorsitz bildete die Spitze, die Verfassungen der Einzelbünde aber wurden von jedem selbständig entworfen. Eifrig ergriffen die deutschen und polnischen Flüchtlinge in der Schweiz diese Gedanken; sie begründeten ein junges Deutschland und ein junges Polen und unterzeichneten mit dem jungen Italien zusammen am 15. April 1834 zu Bern die Verbrüderungsakte, ein Schutz- und Trutzbündnis zur Verfolgung gleicher Ziele unter dem gemeinschaftlichen Symbol: Freiheit, Gleichheit, Humanität. Ein einziger Gott, so lautete ihr Programm: ein einziger Herrscher — Gottes Gesetz; ein einziger Ausleger dieses Gesetzes — die Menschheit. Kämpfen wollte man für die junge Freiheit gegen die alte Sklaverei, für die junge Gleichheit gegen die alten Vorrechte, für die neuen Ideen gegen den alten Glauben. Jedes Volk sollte dabei seine volle Selbständigkeit behalten, keines über das andere die Herrschaft verlangen, ein großer Bruderbund sie alle umschließen. Dieses Programm verscholl nicht ungehört. Ein junges Frankreich bildete sich, eine junge Schweiz, ein junges Spanien. Doch fehlte es trotz der programmmäßigen Eintracht nicht an Entzweiung. Mazzini selbst mußte aus dem Vorstande ausscheiden, und auch in den einzelnen Landsmannschaften gab es Reibereien genug. Nächst dem jungen Italien war das junge Deutschland am thätigsten. Unter seinen Häuptern waren Breidenstein und Stromaier die bekanntesten; doch wechselten die Ausschüsse in rascher Folge; in weniger als zwei Jahren hatte es ihrer sechs gegeben. Die Verbindung beschränkte sich auf die Schweiz und Frankreich. Zur Zeit ihrer größten Blüte hatte sie etwa 300 Mitglieder an 25 Orten. Ihr Einfluß erstreckte sich aber bedeutend weiter. Die Mitglieder stifteten nämlich in den meisten Städten der Schweiz Lesevereine, in welche die deutschen Handwerksburschen aufgenommen und für republikanische Ideen gewonnen wurden. Da las man das Baser Unser neuer Lesart, das A-B-C-Buch der Freiheit, die Erklärung der Menschenrechte; da sang man das schreckhafte Lied von den hundert Handwerkern, das in jedem seiner Verse die Genossen irgend eines Gewerkes aufforderte, mit Beil, Art, Hammer oder Strick, je nachdem, die deutschen Fürsten zu beseitigen, oder man lernte die lästerlichen Verse des Frankfurter Sauerwein auswendig, das Lieblingslied der deutschen Flüchtlinge:

Wenn die Fürsten fragen: Was macht Absalom?

Könnst ihr ihnen sagen: Ei, der hänget schon.

Doch an keinem Baume und an keinem Strid,
Sondern an dem Traume einer Republik.

Wollen sie gar wissen, wie's dem Flüchtling geht,
Sprecht: er ist zerrissen, wo ihr ihn bescht.
Gebt nur eure großen Purpurmäntel her,
Das giebt gute Hosen für das Freiheitsheer.

Fragen sie gerühret: will er Amnestie?
Sprecht, wie sich's gebühret: er hat steife Knie.
Ihm blieb nichts auf Erden als Verzweiflungstried
Und Soldat zu werden für ein freies Reich.

Solche Lieder und Ideen trugen die Handwerksburschen dann über den Rhein ins Vaterland zurück, und aus diesem Gesichtspunkte betrachtet war die Wirksamkeit Jungdeutschlands nicht ganz gering anzuschlagen, besonders da von Paris aus in demselben Sinne gewirkt wurde. Wenn man aber ein thätiges Eingreifen von ihm befürchtete, wenn man besorgte, es werde einen Einfall in Baden zuwege bringen und Deutschland revolutionieren, so war das eine gewaltige Überschätzung; dazu fehlten alle Mittel. Gleichwohl waren die Regierungen entschlossen dem Treiben ein Ende zu machen und setzten ihren Willen auch durch, allerdings nicht ohne Widerstand überwinden zu müssen. Begünstigt wurden sie durch mancherlei Ausschreitungen der Flüchtlinge. Nach dem Savoyerzuge verlangten Rußland, Osterreich, der deutsche Bund und Sardinien die Ausweisung aller daran Beteiligten. Zürich als Vorort sagte diese zu, verwahrte sich aber gegen die angedrohten Gewaltmaßregeln. Thatsächlich wurden auch die meisten Teilnehmer des Zuges aus der Schweiz entfernt; aber begünstigt von einzelnen Kantonen, welche diese Nachgiebigkeit gegen fremdländische Einnischung mißbilligten, blieben andere im Lande, unter ihnen Mazzini, der in Bern geduldet wurde, das an der Spitze der Widerstrebenden stand. Thörichterweise ließ die Polizei dort auch eine lebhaftere Demonstration der Flüchtlinge zu. Sie versammelten sich am 27. Juli 1834 im Steinhölzli, hielten heftige Reden gegen die Regierungen und verhöhnten deren Landesfarben. Das gab denn zu neuen Drohungen seitens der Großmächte Anlaß; eine förmliche Grenzsperrung gegen die Schweiz wurde eingeführt und der diplomatische Verkehr mit Bern abgebrochen. Dennoch hätte dieses sich kaum gefügt, wenn nicht Louis Philipp, auf den es sich meinte stützen zu können, auf die Seite der Ostmächte getreten wäre. Nun erschien weiterer Widerstand unmöglich, die Versammlung im Steinhölzli wurde amtlich als ein bedauerliches Ereignis mißbilligt und es begann die „Flüchtlingshatz“, die jetzt, um die frühere Verschuldung vergessen zu machen, um so leidenschaftlicher betrieben wurde. Eine Mordthat, die in Zürich Ende 1835 an einem deutschen Studenten, Lessing, der für einen Spion galt, verübt wurde, schien diesen Umschwung auch moralisch zu rechtfertigen. Die meisten Flüchtlinge mußten die Schweiz verlassen; da ihnen auch Frankreich keine Aufnahme gewährte, blieb in Europa nur England ihnen als Zufluchtsort; viele

Die Reaktion.

Feldzug gegen
die Schweiz.

wandten sich nach Amerika. Die aber in Europa blieben, gaben auch jetzt ihre Gegnerschaft wider das Bestehende nicht auf, und wenn auch das junge Europa mit dem Jahre 1836 langsam erstarb, so fehlte es nicht an anderen Gesellschaften, welche seine Tendenzen fortpflanzten.

Diese hatten ihren Sitz fortan besonders in Frankreich. Denn nur den aus der Schweiz kommenden Flüchtlingen wurde hier der Aufenthalt verwehrt; denen, die bereits im Lande verweilten, blieb er gestattet; man schätzte ihre Zahl noch 1838 auf 13 000. Schon 1832 hatte sich in Paris ein deutscher Volksverein gegründet, der etwa 600 Mitglieder zählte, aber nicht eigentlich den Charakter einer geheimen Gesellschaft hatte. Nach etwa zwei Jahren machte er jedoch einen solchen Platz, dem Bunde der Geächteten, unter dessen Mitgliedern der Kölner Benedey die Hauptrolle spielte. Die Genossen traten zusammen in Hütten oder Zelten; die Vertreter mehrerer Zelte bildeten das Lager (oder den Berg); an der Spitze stand die Nationalhütte oder der Brennpunkt. Die Sitzungen gaben vor, sie stammten aus den Papieren des Freiherrn von Stein und seien vielleicht dieselben wie die des Tugendbundes. Durch heimkehrende Handwerker wurden auch in Frankfurt und anderwärts einzelne Zelte gegründet, ohne jedoch Bedeutung zu erlangen. Ein ähnlicher Bund, der sich von den Geächteten abzweigte, waren die Gerechten, die in Hamburg eine Gemeinde hatten. Beide Vereine gingen endlich um 1840 wieder auf in dem Bunde der Deutschen, der größere Verbreitung als die früheren gewonnen und, wie prahlerisch behauptet wurde, in Frankfurt und Hamburg je 5000 Genossen gezählt haben soll. Das Gefühl der Ohnmacht, das allen diesen Geheimbünden gemeinsam war, verlockte sie zu jedem Mittel zu greifen, das ihnen Bedeutung zu geben versprach, auch wenn sie ihren Grundsätzen dadurch so vollständig ins Gesicht schlugen, wie durch die Verbindung mit dem vertriebenen Herzog von Braunschweig oder dem nachmaligen Kaiser Napoleon III., der 1836 zur Zeit seines Straßburger Attentates auf ihren Beistand rechnete. Viele kräftige und tüchtige Männer, die bei gesunden staatlichen Verhältnissen segensreich im öffentlichen Leben hätten wirken können, verzehrten in diesem Verschwörertum ihre Kraft und gingen elend zu Grunde; mehr als einer endete wie Rauschenplatt schließlich im Irrenhause oder erlag einem langsamen Siechtum. Vielen erschwerte es die Eitelkeit, die in der Geheimnisthuerei stets neue Nahrung fand, von ihrem verkehrten Treiben Abschied zu nehmen, wenige, wie Mathy oder Rochau, bewahrten unter den Stürmen und Verlockungen des Flüchtlingstums die innere Gesundheit, den frischen Mut und den freien Blick um nach dem Umschwunge des Jahres 1848 wieder rüstig in der Heimat mitwirken zu können. Die meisten blieben als Opfer der trüben Zeit und der eigenen Haltlosigkeit auf der Walfstatt, und wenn die glücklichere Nachwelt ihrem ruhmlosen Thun und Leiden den Zoll des Dankes, den sie beanspruchten, nur spärlich zu entrichten vermag, so wird sie ihnen die traurige Spende des Mitgeföhles doch nicht versagen dürfen.

Die Flüchtlinge
in Frankreich.

Die Geächteten
und Gerechten.

Die Litteratur.

Börne und
Heine.Das junge
Deutschland.

Auch die deutsche Litteratur hatte sich dem krankhaften Radikalismus der dreißiger Jahre nicht zu entziehen vermocht. Die romantische Schule hatte sich allmählich ausgelebt und gewissermaßen als Erbteil für die folgende Generation nur das in ihr waltende Prinzip der Ironie hinterlassen, dessen negative Tendenz sich nun in maßloser Weise als Satire, Skepsis und Kritik geltend machte. Wohl hatten diese in den damaligen Zuständen eine große Berechtigung, und Männer wie Platen oder Immermann konnten mit ihrem sittlichen Ernste nur gutes wirken, wie derb sie auch die Geißel des Spottes schlangen. Aber dieser sittliche Ernst fehlte bei manchem der einflußreichsten Wortführer und bei anderen, denen man ihn nicht absprechen möchte, wurde er doch durch den übermütigsten Subjektivismus dergestalt überwuchert, daß die großen erhaltenden Ideen der Religion, des Vaterlandes, der Geseßlichkeit, ja selbst der Moral vor dem launenhaften Belieben des Individuums wie Bagatellen erschienen. Die Bannerträger dieser äzenden und zersetzenden Kritik des Bestehenden wurden Börne und Heine, jener ein ehrlicher, charaktervoller, aber verbitterter Feind der politischen Mißere in Deutschland, für die er doch nach seiner ganzen Denkweise keine fortschreitende Besserung erhoffen, sondern nur den radikalen Umsturz wünschen konnte; dieser trotz seiner genialen Begabung ein charakterloser Cyniker, dessen vergiftender Einfluß dadurch nicht aufgewogen wurde, daß er wie ein heftig wirkendes Ferment die trägen Massen in Gärung brachte. Daß beide Männer Juden waren, wenn auch getaufte, daß beide seit der Julirevolution in Frankreich lebten, entfremdete sie dem positiven Schaffen, das ohnedies nicht in ihrer Natur lag, noch mehr und gab ihrem Spott über Deutschland, ihrem Hohn gegen das Christentum, ihrer Polemik gegen die gefeiertsten Namen der deutschen Litteratur etwas doppelt Verletzendes. Freilich empfand das erst ein späteres Geschlecht mit ganzer Lebendigkeit; die jugendlichen Zeitgenossen staunten voll Bewunderung diese blendende, zermalmende Satire an und vergaßen es, daß diese Keulenschläge und Schwerterstrieche nicht bloß die altmodische und beengende Rüstung des deutschen Volkes, sondern das deutsche Volk selbst trafen. Zugleich lockte die bequeme Feuilletonform dieser Briefe und Reisebilder, die wachsende Leichtigkeit der journalistischen Tagesproduktion zur Nachahmung, und da die augenblickliche Wirkung nicht sicherer erzielt werden konnte als durch auffälligen Radikalismus des Inhalts und durch pikante Extravaganz des Stiles, so wurde der Ehrgeiz auch bedeutenderer jüngerer Talente in diese ungesunde Richtung hineingerissen. Wienbarg, Gutzkow, Laube und einige andere Schriftsteller, die man bald als das junge Deutschland zu bezeichnen anfang, obgleich sie mit dem politischen Bunde dieses Namens nichts zu thun hatten, wetteiferten miteinander in der Verherrlichung des Atheismus und der Emanzipation des Fleisches; der politischen Kritik mußte man freilich enge Grenzen ziehen, da auf diesem Gebiete die Zensur durchaus keine Rücksicht kannte; aber auch diese Beschränkung rettete die Schriftsteller

des jungen Deutschland endlich nicht vor den Streichen des Bundestages, der am 10. Dezember 1835 ihre sämtlichen Schriften, die bisherigen wie die zukünftigen, verbot, so daß jene in den nächsten Jahren nur unter Pseudonymen ihre Werke veröffentlichen konnten.

Hinter dem Bundestage standen jetzt wieder, ebensoeng verbunden wie zur Zeit der Kongresse von Aachen und Verona, die drei Großmächte der Heiligen Allianz. Wie erbittert der russische Zar auch zur Zeit des türkischen Krieges auf Metternich gewesen war, der gemeinsame Kampf gegen die Revolution hatte die Erinnerung daran doch allmählich verwischt. Die Ausöhnung, welche Graf Ficquelmont, der als ständiger Botschafter Österreichs in Peterburg geblieben war, erfolgreich angebahnt hatte, erhielt das Siegel der Befristigung in den Konferenzen von Münchengrätz, wo Nikolaus und Kaiser Franz mit ihren Ministern vom 9. bis 19. September 1833 bei einander waren und über die ganze lange Reihe der schwebenden europäischen Fragen sich verständigten. Unerwünscht war es freilich, daß der König von Preußen bei dieser Zusammenkunft fehlte und sich zwar durch den Kronprinzen vertreten ließ, aber keinen Minister gesandt hatte. Anfänglich hatte man auf die persönliche Anwesenheit des Monarchen, der bis Ende August in Teplitz verweilte, rechnen dürfen; als sich aber die Ankunft des Zaren über den festgesetzten Termin verzögerte, erklärte Friedrich Wilhelm der Herbstmanöver wegen nicht länger warten zu können. Trotz des Besuches, den er dann noch dem österreichischen Kaiser in Theresienstadt abstattete, und trotz der Begegnung, die er mit dem Zaren auf dessen Hinreise in Schwedt hatte, wußten die beiden Kaiser recht wohl, daß die friedliche und gemäßigte Richtung des Berliner Kabinetts mit der ihrigen nicht völlig zusammenfiel, daß insbesondere die starkbetonte Verwerfung des Nichteinmischungsprinzips, über die sie sich geeinigt hatten, in des Königs Augen einen Offensivcharakter trug, der den Frieden gefährden könne. Indes war der Beitritt Preußens doch unentbehrlich, und Mettelrode reiste deshalb mit Ficquelmont von Münchengrätz nach Berlin um dort nicht ohne Milderung der Formen schließlich am 15. Oktober zum Ziel zu gelangen und die Unterschrift Preußens zu gewinnen. Man sah von einer förmlichen Mitteilung des geschlossenen Vertrages an die anderen Mächte ab, gab aber doch besonders Frankreich deutlich genug zu verstehen, daß man das Recht der Einmischung auf Anrufen eines bedrohten Souveräns zu wahren entschlossen sei und wenn ein dritter dies verhindern wolle, gemeinsam gegen denselben auftreten werde. Wenn auch die Westmächte, besonders England, die Verabredungen von Münchengrätz überschätzten, so daß Lord Palmerston sogar glaubte, es sei die Teilung der Türkei beschlossen worden, so war das Ergebnis doch bedeutungsvoll genug: die alte Übereinstimmung der drei Ostmächte war wiederhergestellt.

Zwischen Österreich und Preußen waren auch die deutschen Zustände eingehend erörtert worden. Schon Ende August war Metternich

Die Großmächte.

Münchengrätz.

Die Wiener
Konferenzen.

mit Ancillon in Teplitz übereingekommen, die übrigen Bundesgenossen zur Beschickung von Ministerkonferenzen einzuladen, die im Januar 1834 in Wien eröffnet werden sollten. Von Münchengrätz aus hatte dann der preußische Kronprinz mehrere Höfe besucht um deren Zustimmung zu gewinnen. Natürlich konnte keiner daran denken seine Beteiligung abzulehnen, und die Konferenzen fanden wirklich vom Januar bis Juni 1834 statt. Vor allem wurden Maßregeln gegen die Ständeversammlungen beschlossen; ihrem Steuerbewilligungsrecht wurden enge Grenzen gezogen, jede Beratung über die Gültigkeit von Bundesbeschlüssen sollte unterdrückt, der Versuch einer Budgetverweigerung mit allen verfügbaren Mitteln zurückgewiesen, die Öffentlichkeit und die Veröffentlichung der Verhandlungen beschränkt werden. Für Streitigkeiten zwischen Ständen und Regierungen wurde ein Schiedsgericht geschaffen, auf dessen Erfindung Metternich besonders stolz war. Die sieben Kurien des Bundestages sollten von drei zu drei Jahren je zwei Männer bezeichnen, aus deren Mitte die streitenden Stände und ihre Regierung je drei auszuwählen hätten, die sich dann einen Siebenten aus jenen 34 zum Obmann erkoren: so war mit scheinbarer Unparteilichkeit dafür gesorgt, daß niemals regierungsfeindliche Schiedsmänner in diesem Gerichte Platz finden konnten. Auch der Presse wurden von der Wiener Ministerkonferenz neue Einschränkungen bereitet; die Erlaubnis zur Herausgabe eines Blattes wurde an den Nachweis der Befähigung des Redakteurs geknüpft, über welche natürlich der Regierung das Urtheil zustand, und sollte jederzeit widerruflich sein. Gegen die Universitäten wurden die früheren Bestimmungen erneuert und in vielen Punkten noch verschärft; aber auch die Gerichte entgingen der Fürsorge der Minister nicht; doch scheiterte der Versuch, die Geschworenen wieder zu beseitigen, an dem Widerspruche Bayerns. Ein Teil der Konferenzbeschlüsse wurde in Frankfurt 1834, und soweit die Universitäten in Betracht kamen im Juni 1835, zu Bundesgesetzen umgewandelt, ein anderer Teil dagegen geheimgehalten und erst nach zehn Jahren wider den Willen der Regierungen veröffentlicht. Die Ergebnisse, welche sich die Großmächte von all diesen Bestimmungen versprachen, blieben nicht hinter den Erwartungen zurück. Dank denselben und den erneuten Demagogenprozessen gelang es wirklich das politische Leben in Deutschland abermals für einige Jahre niederzuhalten, bis der Verfassungsbruch des Königs von Hannover, der Streit der preußischen Regierung mit dem Erzbischof von Köln und vollends die Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. den Anstoß zu einer neuen Regsamkeit gaben, die sich langsam aber stetig bis zur Revolution von 1848 entwickelte.

Bundeschieds-
gericht.

Andere Be-
schlüsse.

Franz' I. Tod.

Gänzlich bedeutungslos blieb für die deutsche wie für die europäische Politik der Tod des guten Kaisers Franz, dem am 1. März 1835 sein geistesschwacher und körperlich siecher Sohn Ferdinand auf dem Throne folgte. Nur für die innere Politik Oesterreichs war das Ereignis von einer gewissen Tragweite.

In
den
er i
jeh
aber
Jahr
der
konfe
män
geme
wied
Bern
mini
Mar
in G
Abst
mach
Staa
sehr
vom
lowr
der
word
höch
am
Zusan
Vert
der
dem
auch
d. h.
Orga
forme
die
verha
der
Daß
beson
wurde
drei
schen
in Ka
Nikola
Infog

Metternichs Stellung wurde an sich dadurch nicht erheblich geändert. In der auswärtigen Politik behielt er denselben ausschließlichen Einfluß, den ihm der verstorbene Monarch zugestanden hatte; in der inneren war er ja auch bis dahin fast ganz unthätig gewesen. Allerdings hätte er jetzt gern eine regere Wirksamkeit in dieser Richtung entfaltet, stieß dabei aber auf die Rivalität des Grafen Kolowrat, dem in den letzten zehn Jahren dieses Gebiet von Kaiser Franz fast ganz überlassen war und der jetzt mit des Kaisers Bruder Ludwig und Metternich die Staatskonferenz bildete. Die Spannung zwischen den beiden leitenden Staatsmännern erreichte einen sehr hohen Grad, als Kolowrat im Januar 1836 gemeinsam mit dem Finanzchef von Eichhoff zur Deckung des regelmäßig wiederkehrenden Defizits von ca. 30 Millionen Gulden eine bedeutende Verminderung des Militärbudgets vorschlug. Vereint mit dem Kriegsminister Grafen Hardegg und dem Generaladjutanten des Kaisers Clam-Martiniß bekämpfte Metternich diesen Antrag, mußte aber schließlich doch in Ersparnisse von etwa 12 Millionen willigen. Weiter gingen Kolowrats Absichten dann dahin den Zuckerzoll, welcher jede Einfuhr unmöglich machte, auf zehn Prozent herabzusetzen und daraus Einnahmen für die Staatskasse zu ziehen. Die Verordnung wurde auch genehmigt, aber sehr bald ohne Kolowrats Wissen auf die Klage der Zuckerfabrikanten vom Erzherzog Ludwig zurückgenommen. Infolgedessen verlangte Kolowrat im September 1836 seinen Abschied, zumal auch die Zulassung der Jesuiten in ganz Österreich trotz seiner Vorstellungen genehmigt worden war. Eine solche offene Bekundung des Zwiespaltes in den höchsten Regionen wünschte Metternich jedoch zu verhüten, und so kam am 6. Dezember ein Kompromiß zustande, durch das ein geordnetes Zusammenwirken gesichert werden sollte. Erzherzog Ludwig wurde in Vertretung des Kaisers Präsident der Staatskonferenz, in welche auch der Thronfolger Franz Karl eintrat; ordentliche Mitglieder waren außerdem nur Metternich und Kolowrat; als außerordentliche aber sollten auch die Mitglieder des Staatsrates und die Präsidenten der Hofstellen d. h. die Minister zugezogen werden. Thatsächlich erwies sich dieser Organismus als wenig brauchbar. Erzherzog Ludwig liebte weder Reformen noch Debatten, und so wurde es mehr und mehr Regel, daß an die Stelle der Konferenzberatung das schriftliche Botieren trat. So verharrte das Reich auch unter dem neuen Monarchen in jenem Zustande der Stagnation, der es an den Rand des Abgrundes führen mußte. Daß sich vollends in der äußeren Politik nichts geändert habe und insbesondere die enge Verbindung mit Preußen und Rußland fortbestehe, wurde noch im Herbst des Jahres 1835 durch die Begegnungen der drei Monarchen äußerlich kundgethan. Nikolaus nahm an den preussischen Manövern in Schlesien teil, Friedrich Wilhelm an den russischen in Kalisch; beide zusammen besuchten den Kaiser Ferdinand in Teplitz, Nikolaus begleitete denselben auch nach Prag und reiste von da im tiefsten Inognito nach Wien um der Witwe des verstorbenen Kaisers ritterlich

Die Staatskonferenz.

Die Fürstenbegegnungen in Kalisch und Teplitz.

Russischer
Einfluß in
Deutschland.

seine Huldigungen darzubringen, eine Aufmerksamkeit, die bei der Bevölkerung laut dem Preussischen Staatsanzeiger allgemeine Rührung hervorrief. In solchen Außerlichkeiten versäumte der russische Monarch niemals etwas; auch seinem preussischen Schwiegervater gegenüber war er stets die Liebenswürdige selbst und erntete dafür unbedingte Hingebung. Seine Politik dagegen war keineswegs preußenfreundlich, sondern in jeder Weise darauf gerichtet den Berliner Einfluß an den deutschen Höfen durch den russischen zu verdrängen. Auch das Geld wurde dabei nicht gespart; der Rubel reist im deutschen Land, sang Platen 1833; „sonst gab's nur Einen Kopek, jetzt giebt's ein ganzes Schock!“ Noch wirksamer aber waren die verwandtschaftlichen Beziehungen mit den Höfen von Stuttgart, Darmstadt, Wiesbaden, Kassel u. s. f., die überall dem Petersburger Kabinett die Wege bahnten. Eine Note von 1834, an die deutschen Mittelstaaten gerichtet, wagte geradezu die Idee eines russischen Protektorates auszusprechen, und einige Jahre später bemühte sich eine Schrift von großer politisch-historischer Gelehrsamkeit, die Europäische Pentarchie (Leipzig 1839), demselben Gedanken im Publikum Anhang zu verschaffen. Wenn die Gruppierung der Mächte äußerlich wieder ganz derjenigen glich, die in den ersten Jahren der Restauration bestanden hatte, so war innerlich doch eine bedeutsame Verschiebung vollzogen: hatte vor zwei Dezennien Metternich den Ton angegeben und trotz gelegentlicher Konflikte den Zaren nach seinem Willen gelenkt, so war jetzt unverkennbar Nikolaus die führende Persönlichkeit geworden und der alternde Staatskanzler mußte zufrieden sein, wenn er noch einen gewissen regulierenden Einfluß üben konnte. Gern hätte er in diesem Sinne Frankreich zu engerem Anschluß an die Ostmächte bewogen, weil er sich überzeugt hielt, daß Louis Philipp seine, nicht aber des Zaren Stellung verstärken werde. Allein selbst diese Hoffnung sollte ihm vereitelt, ja geradezu in das Gegenteil verkehrt werden. Denn im Orient hatten sich Verwickelungen entsponnen, die Frankreich in den schärfsten Gegensatz zu den Ostmächten trieben, England dagegen, dessen Interessen sich doch gerade auf diesem Boden am deutlichsten mit den russischen durchkreuzten, abermals wie in den Tagen Canning's zu einer engen Verbindung mit Rußland veranlaßten.

Mehemed Ali und die Türkei.

Für die Pforte war durch den Abschluß der griechischen Frage und durch den Frieden von Adrianopel keineswegs eine Erholungspause eingetreten, in der sie sich innerlich zu neuem Widerstande gegen die von allen Seiten andrängenden Schwierigkeiten hätte stärken können. Vielmehr entwickelten sich unmittelbar aus jenen Ereignissen neue Konflikte, welche die Existenz des Reiches ernstlich zu gefährden drohten.

Beginn des
Konfliktes.

Am bedenklichsten war die mächtige Stellung, die Mehemed Ali von Ägypten einnahm. Die bedeutsame Rolle, welche dieser ungewöhnliche

Man
gespi
den
genü
Gerä
denn
zur
er si
und
med
dern
sichst
verw
legen
er ih
tigen
bei d
sich
so re
die I
deshe
med
konnt
päisch
Wort
waren
eingel
ein s
hunde
Auge
haste
schäft
Bosn
schen
Sulta
türkij
von
Pasch
ein L
Früh
gelan
werde
in de
er die
hebur